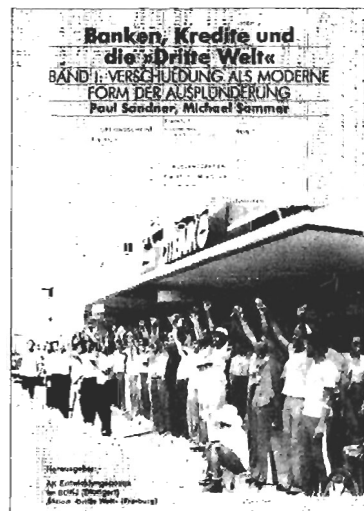




VERSCHULDUNG

Banken, Kredite und die »Dritte Welt«
Sandner, Sommer u.a.

Band I: Verschuldung als moderne Form der Ausplünderung

Ursache, Entstehung und Wirkungsweise der Verschuldung der »Dritten Welt« verständlich erklärt; nicht nur für »Einsteiger«.
3., überarbeitete Auflage, DM 9,50,
ISBN 3-926369-53-1

Band II: Südkorea, Argentinien und Tansania – Länderbeispiele

Die in Band I gezeigten Ursachen und Wirkungsweisen der Verschuldung konkret an drei Länderbeispielen
ca. 120 S., ISBN 3-926369-54-X



Welturanmarkt

ISBN 3-926369-55-8; 9,50 DM; 128 Seiten
Hrsg. AKAARIK und Umwälzzentrum Münster e.V.
mit vielen Fotos und Abbildungen

Namibia: Die Uranproduktion für den grauen Markt

Rio Tinto Zinc: Ob in Panama oder Europa – ein Konzern ist weltweit dabei

Die BRD: Die Uranmafia reicht von NUKEM bis zur Gewerkschaft Brunhilde

Natürliche Strahlenbelastung:

Wie kommt das Uran auf den Acker

Die Militärs: Atombomben aus hoch angereichertem Uran und Plutonium, Munition aus abgereichertem Uran – sie können alles gebrauchen

Die »Dritte Welt«: Verschuldeter Einstieg in die Atomtechnologie

Schmetterling Verlag, Holzhauser Str. 31, 7-S-80

LATEINAMERIKA nachrichten

16. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

September 1988

DM 4,50

174

Der IWF tagt in Berlin



Die Schein-Heiligen bitten zum Tanz

Aus dem Inhalt:

IWF: Auf der Anklagebank / Zerschlagen und dann? / Potsdamer Erklärung / **BRASIL:** Widerstand in Amazonien / **ARGENTINIEN:** Der große Ausverkauf / **HAITI:** Droht die Militärdiktatur? / **CHILE:** Streit ums Plebiszit

Editorial	3
— IWF-KAMPAGNE: Permanent Peoples's Tribunal	4
IWF zerschlagen! Und dann?	12
Reform oder Revolution	16
Potsdamer Erklärung	21
Rezension: Vom 'Tanz der Millionen' zum 'Schwarzen Montag'	24
— BRASILIEN: Amazonien: Zerstörung und Widerstand	25
— ARGENTINIEN: Der große Ausverkauf	33
Atomare Privatisierung	38
Die Rückkehr des alten Peronismus	42
Chilenen in Buenos Aires verhaftet	46
— HAITI: Auf dem Weg zu einer Militärdiktatur?	47
— CHILE: Ja zum Nein oder Nein zum Nein oder wie?	52
Solidarität mit »Casa de la Mujer«	65
— MEXIKO: Wahlwirbel	66
— EL SALVADOR: Duarte eleganter Abgang	69
Nachruf auf Jürg Weis	74
— KURZNACHRICHTEN	75
— EINGEGANGENE BÜCHER	77
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	78
— TERMINE	80

Die Titelseiten-Illustration haben wir mit freundlicher Genehmigung des Latin America Bureau, London, dem Cover des Buches »The Dance of the Millions – Latin America and the Debt Crisis« entnommen (s. Rezension auf S. 24).

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 174
 September 1988
 Jahrgang 16 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke
 Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 25. August 1988

Abo-Preise:
 Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahrsweise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

EDITORIAL

Die Schein-Heiligen bitten zum Tanz. Auf der IWF- und Weltbank-Tagung vom 22. bis 29. September schwingen in West-Berlin die Dirigenten und Kapellmeister der Weltwirtschaft ihren Taktstock. Im bestens bewachten Congress Centrum singen sie das Hohelied vom Segen internationaler Kredite und der wohlfahrtsfördernden Wirkung der völlig freien Marktkräfte, hämmern sie den Härte-Punkt von Schulden-Rückzahlung, Weltmarktanpassung und Subventionsabbau, wird illustren Exoten Raum gegeben für folkloristische Einlagen, mündet das Ganze im Grande Finale des selbstverschuldeten Dilemmas der ach so armen Länder. Tusch.

Doch so harmonisch wird das Stell-Dich-Ein der über 10.000 Finanzminister, Banken-Bosse und Währungsexperten wohl kaum über die Bühne gehen. Gemäßigte und radikale, ökologische und anti-imperialistische, gewerkschaftliche und feministische Argumente und Aktionen werden Mißtöne in das groß-inszenierte Banker-Treffen zu bringen wissen.

DIE FINANZ-BOSSE DER WELT SPIELEN AUF ZUM TOTENTANZ.

ES DARF AUS DER REIHE GETANZT WERDEN!

In diesem Heft wird unseren LeserInnen eine Veränderung in den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN auffallen: Wir haben beschlossen, die "Namenslosigkeit" in den LN zu beenden; die Artikel können in Zukunft mit dem Namen des/r Verfassers/in gezeichnet werden (was bislang nur in Ausnahmefällen geschehen ist). Wir hoffen, die LN damit für die LeserInnen transparenter zu machen, inhaltliche Gegensätze und Konturen innerhalb des Redaktionskollektivs klarer zu zeigen. Entwicklungslinien in der Berichterstattung sollen erkennbarer werden. So geht es uns darum, deutlich werden zu lassen, ob eine gegenüber vorangehenden Heften veränderte Einschätzung oder Bewertung Ergebnis einer Entwicklung des/r Verfassers/in ist, den veränderte Bedingungen oder bestimmte Ereignisse zur Änderung seiner Sicht geführt haben; oder ob jemand anderes den Artikel geschrieben hat, der/die einfach anderer Meinung ist.

In den LN hat ein breites Spektrum zum Teil ganz verschiedener Auffassungen Platz, und dies wird auch so bleiben. Unsere Absicht ist es, daß die für uns Redaktionsmitglieder sehr klar verortbaren unterschiedlichen Positionen zukünftig auch für unsere LeserInnen leichter als solche erkennbar sind.

In dieser Form neu sind in diesem Heft auch die "Kurznachrichten". Sie werden in den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN von nun an regelmäßig Platz finden.

Permanent Peoples' Tribunal

VOM 26.-29. SEPTEMBER AN DER FU BERLIN

Wie in den LN 172/173 versprochen wollen wir diesmal weiter über das von der Lelio-Basso-Stiftung organisierte Permanent Peoples' Tribunal gegen den IWF berichten. Uns interessieren dabei zunächst der geplante Ablauf des Tribunals, darüber hinaus jedoch auch die juristische Argumentation gegen die IWF-Politik. Daher werden wir uns auf die Ergebnisse der Konferenzen von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) beziehen.

DER IWF AUF DER ANKLAGEBANK

Am Montag den 26. September um 9 Uhr wird Adolfo Perez Esquivel, der argentinische Friedensnobelpreisträger und Präsident der Liga für Völkerrechte das Permanent Peoples' Tribunal eröffnen. Danach wird Francois Rigaux aus Belgien, der Präsident des Tribunals ebenfalls eine Eingangsrede halten. Danach wird die Anklageschrift vorgestellt werden.

Zu den ökonomischen Aspekten, der Struktur und Rolle des IWF und der Weltbank wird Elmar Altvater, Prof. für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin sprechen. Zu den juristischen Aspekten Jan Verhoeven, Jurist von der Universität Louvain in Belgien, zur Verantwortung der Länder des Nordens Katharina Focke aus der BRD, Europaabgeordnete der SPD, zur Verantwortung der Länder des Südens Moises Ikonokoff aus Argentinien, Direktor des dortigen Instituts für wirtschaftliche Entwicklung, sowie zu den soziokulturellen Aspekten der Verschuldung Susan George, Autorin aus Frankreich.

Ab 15 Uhr werden Vertreter der Opfer aus verschiedenen Regionen und gesellschaftlichen Schichten gehört werden. Die Einleitung übernimmt Franz Hinkelammert, Theologe und Ökonom aus Costa Rica. Zentralamerika wird vertreten werden durch Xavier Gorostiaga von CRIES aus Nicaragua, Brasilien durch Aloysio Mercadante von der CUT, Bolivien durch den Bürgermeister von La Paz oder Sucre, die lateinamerikanische Kirche durch Paulo Schilling, Ratgeber von Kardinal Arns aus Sao Paulo, die Indios Lateinamerikas durch Jorge Valiente Guilpidor, den Vizepräsidenten der Vereinigung der Indios aus Argentinien, Peru durch Jabier Mujica Petit von CEDAL, Mexico durch Vertreter/innen der Textilarbeiter/innen und Argentinien durch den Gewerkschafter Ricardo Perez.

Am Dienstag den 27. September ab 9 Uhr wird die Anhörung der Opfer fortgesetzt mit einer Vertreterin von den Philippinen, danach ebenfalls einer Vertreterin aus Afrika und dem Ökonomen Jash Tandon von "Africa in transition" aus Simbabwe.

Da die Opfer der IWF - Politik nicht nur in III. Welt - Ländern

zu finden sind, wurden auch Betroffene aus Europa eingeladen. So werden zur Lage in Ungarn Andrea Szegö von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, sowie Bischoff Casey, Präsident von NGO "Trocaire" aus Irland sprechen. Auch indirekte Opfer werden vertreten sein: so die durch die Anpassungspolitik zerstörte Natur durch Vandana Shiva, von der Forschungsgesellschaft für Wissenschaft, Technologie und natürliche Ressourcen aus Indien sowie Arbeiter und Vertreter von Gewerkschaften aus Italien oder der BRD.

Ab 15 Uhr werden an diesem zweiten Verhandlungstag zwei Anwälte der Opfer Rederecht haben, zunächst Beimusz Smukler aus Argentinien, der Vorsitzende der amerikanischen Juristenvereinigung, und danach Cheryl Payer aus den USA. Sie werden mehrere Zeugen vernehmen. Unter anderen zu dem Thema: "Was wäre, wenn die Politik des IWF auf das am meisten verschuldete Land, die USA, angewendet würde?" Als Zeugen werden zur Verfügung stehen Cornia und Frances Stewart von UNICEF und Pierre Galand von OXFAM aus Belgien für die NGOs.

Die Verhandlung wird am 28. September um 9 Uhr mit der Verteidigung von IWF und Weltbank fortgesetzt werden, die Robert Triffin, Ökonom aus den USA als Pflichtverteidiger übernommen hat, nachdem die beiden Institutionen erwartungsgemäß ihre Vorladung nicht akzeptiert haben. Die Verhandlung findet ihren Abschluß durch die Staatsanwälte Eveline Herfkens, Mitglied des Europaparlaments aus den Niederlanden und Gustave Massiah von CEDETIM aus Frankreich.

Um 15 Uhr trifft sich die Jury hinter verschlossenen Türen, um das Urteil zu beschließen und niederzuschreiben.

An folgende Mitglieder der ständigen Jury wurden Anfragen gestellt, für die Jury des Tribunals in Berlin zur Verfügung zu stehen:

Francois Rigaux, Belgien, Völkerrechtler
Salvatore Senese, Italien, Richter am Kassationsgericht
Richard Falk, USA, Völkerrechtler
Adolfo Perez Esquivel, Argentinien, Friedensnobelpreisträger
Eduardo Galeano, Uruguay, Schriftsteller
George Wald, USA, Nobelpreisträger für Biologie
Victoria Abellan Honrubia, Spanien, Völkerrechtlerin
Luciana Castellina, Italien, Mitglied des Europaparlaments
Antonis Tritsis, Griechenland, Ex - Kultusminister
Joe Nordman, Frankreich, Jurist
Sergio Mendez Arceo, Mexico, ehem. Erzbischof von Cuernavaca
Marie Angelique Savane, Senegal, Präsid. von AFARD/AAWORD

Am Donnerstag den 29. September soll um 10 Uhr das Urteil verkündet und danach die Konferenz geschlossen werden.



An einer Stadionwand in La Plata, Argentinien:
"IWF oder Bildung? Moratorium jetzt!"

DIE FUNKTION DES TRIBUNALS

Wie bei den Russel-Tribunalen und den Anhörungen zur Situation der Menschenrechte in Argentinien, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Afghanistan, West-Sahara oder Timor, die die Lelio Basso-Stiftung durchgeführt hat, wird es auch beim Permanent Peoples-Tribunal in Berlin darum gehen, aufzuzeigen, wie eine bestimmte Politik die Rechte der Völker verletzt. Es geht um mehr, als um eine moralische Verurteilung des IWF und der Weltbank. Vielmehr sollen Vorschläge erarbeitet und ein Forderungskatalog erstellt werden, auf deren Grundlage die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) und soziale Bewegungen weiterarbeiten, öffentliche Meinung mobilisieren und so einen Beitrag zur Lösung des Problems leisten können.

Die Legitimität des Tribunals ist immer wieder bestritten worden. So hatte schon beim Russell-Tribunal 1967 De Gaulle Sartre entgegengehalten, Gerechtigkeit könne nur vom Staat ausgehen, Recht könne nur von ihm gesprochen werden. Sicher ist es nach wie vor so, daß den Staaten vorbehalten bleibt, das Tribunal anzuerkennen. Es ist daher gerade eines der Ziele des Permanent Peoples-Tribunal dem Recht der Völker gerade auch gegenüber ihren eigenen Staaten oder Regierungen zum Durchbruch zu verhelfen. Salvatore Senese, eines der Jurymitglieder meint: "Die Entstehung der Rechte der Völker legitimiert und entwickelt sich dank etwas, das wir als 'Erwachen der Völker' bezeichnen können." Drei Phänomene von historischer Bedeutung erscheinen ihm dabei nennenswert: der Prozeß der Dekolonisierung, der Eintritt in das Atomzeitalter und damit die immer absurder werdende Kriegführung und die Entste-

hung der UNO-Charta nach 1945. Ausgehend davon könne die Idee der Rechte der Völker die Politik beeinflussen und die Rechtsnormen verändern. Es ging auch Lelio Basso nicht nur darum, die bestehenden Rechtsnormen, wie z.B. die UNO-Charta auszuschöpfen. Er wies ebenso daraufhin, daß eine veränderte historische Situation die Veränderung und Erweiterung der bestehenden Rechtsnormen notwendig mache und neue Rechtssubjekte etabliere. Ziel ist nicht nur, die Geschichte der Völker zu schreiben und in Erinnerung zu rufen, wie im Falle der Armenier, sondern auch eine "Erinnerung der Zukunft des internationalen Rechts" zu schaffen. Dazu Gianni Tognoni, ein weiteres Mitglied des PPT: "Das Permanent Peoples-Tribunal ist auch eine 'Erinnerung der Zukunft' des internationalen Rechts. Es ist ein kollektives Forschungsprojekt. Es ist ein Instrument der Solidarität für die, die bisher kein anerkanntes Recht auf Existenz, kein Recht zu sprechen und zu hoffen hatten ..." Es ist Teil der "imaginären Funktion" des Tribunals den Gesichtspunkt des Rechts von Seiten der Völker zu suchen, anstatt sich darauf zu beschränken, die eigene Position in Übereinstimmung zu bringen mit dem, was "anerkannt" ist. Man will sich gerade gegen das positivistische Rechtsverständnis stellen, daß besagt, Legitimität könne nur auf Zwangsgewalt beruhen, die von einem Staatsapparat ausgeübt wird. "Das Rechtsstaatsprinzip trägt hier keine entscheidende neue Präzisierung bei, da doch die strenge Bindung an das Recht des Staates reduziert sei auf die rein formalen Elemente der bestehenden Normen und Institutionen", meint Francois Rigaux, Präsident des PPT. Auch von Seiten des internationalen Rechts (Völkerrechts) habe man, ausgehend von einer Rechtstheorie, die Recht mit Staat identifiziert, nicht dazu kommen können, die Legitimität staatlicher Mächte kontrollieren zu können. Eine der wenigen Ausnahmen davon bilde die Verurteilung der Apartheid.



Der Kampf der Völker um ihre Rechte. Einigkeit der Bauern für eine Agrarreform.

Das Recht der Völker dagegen stützt sich auf den Kampf der Völker der Dritten Welt, auf Friedens- und Ökologiebewegungen, auf die Organisationen zur Verteidigung der Rechte der Menschen, der Flüchtlinge, der Einwanderer und auf alle Anstrengungen im Widerstand gegen die Staatsgewalt. Daraus bezieht das Tribunal seine Legitimität: Aus der Übereinstimmung, die man feststellen kann zwischen dem, was dort von wenigen gesagt wird und den Aktionen, die von ganzen Völkern durchgeführt werden.

"Alle, die kämpfen, leiden und sich opfern, um die Bedingungen für ihre Völker zu verbessern, sind die einzigen, die tatsächlich den Garanten der Legitimität des Tribunals."

ERGEBNISSE DER NGO-KONFERENZEN VON LIMA

Wir wollen nun versuchen, die rechtlichen Argumente, die auf der Konferenz von Lima zu hören waren, kurz zusammenzufassen. Dort waren zwei Kommissionen gebildet worden. Die erste sollte Analysen zu möglichen juristischen Impugnationen der Verschuldung erarbeiten, die zweite sollte Handlungsanweisungen entwickeln. Unsere Darstellung stützt sich teilweise auf Dokumente älteren Datums, die den beiden Kommissionen vorlagen.

Unzweifelhaft müssen die Übereinkünfte zwischen Gläubigern (in der großen Mehrheit der Fälle Privatbanken) und Schuldner (Nationalstaaten) als internationale, juristische Akte, als Verträge verstanden werden. Da es sich bei den Banken weder um staatliche Organisationen, noch um internationale Organisationen, im Sinne des Rechts, handelt, ist die gültige Rechtsordnung für diese Verträge, die des Schuldnerstaats. Obwohl ein Nationalstaat schon juristisch nicht auf seine Souveränität verzichten kann, so tun es die Schuldnerländer in der Realität doch, nämlich zugunsten der Banken. Die nationalen Regierungen entscheiden dies oftmals, ohne das Parlament befragt zu haben. In vielen Fällen wurden die Verträge von Militärregierungen, also ohne Entscheidungsmöglichkeiten des Volkes, abgeschlossen. Mit derselben Selbstverständlichkeit, ohne legitimiert zu sein, haben jedoch später auch gewählte Regierungen private Schulden in staatliche umgewandelt. Das Parlament hat also schon bei der Entstehung bestimmter Verträge niemand befragt.

Aber es bestehen noch weitergehende Zweifel an der Gültigkeit der Kreditabkommen: Sie enthalten einseitig die Gläubiger favorisierende Klauseln. Dies ist natürlich kein Zufall, denn mit der Kontrolle der internationalen Finanzmechanismen und der willkürlichen Festlegung der Zinsenraten durch die Gläubiger ist über die Frage, wer die bessere Ausgangsposition hat, keine Diskussion mehr notwendig. Wie es auch das bürgerliche Privatrecht vorschreibt, so müßte es auch bei Kreditvergaben dieser Größenordnung heißen: die Vertragspartner können sich frei entscheiden. Es ist hinlänglich bekannt, daß die Schuldnerstaaten bei Nichtakzeptanz oder Nichterfüllung der Abkommen Drohungen und politischen Pressionen ausgesetzt sind.

Die aktuelle wirtschaftliche und soziale Lage in den Schuldnerländern macht eine Rückzahlung unmöglich. Kein Rechtssystem legitimiert die Vertragsausführung auf Kosten der Grundbedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten. Hier werden Bestimmungen der Charta über bürgerliche und politische Rechte und über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte von 1966 verletzt. Ebenso das Recht auf Entwicklung, das die UNO - Resolution Nr.37/199 vom 18.12.82 zugesteht. Selbst wenn man also die Legitimität der Schulden anerkennt, so gibt es doch andere juristische Gründe, um die Forderung nach Nicht-Bezahlen der Auslandsschulden oder der Zinsen zu begründen. Da wäre die "rebus sic stantibus" - Klausel zu nennen, nach der Verträge nicht eingehalten werden müssen, wenn sich die Umstände seit Vertragsabschluss substantiell geändert haben. Zur tatsächlichen Veränderung der Umstände haben Protektionismus, verschlechterte terms of trade, exportierte Inflation der Industrieländer und Kapitalflucht maßgeblich beigetragen. Rechtswissenschaft sowie Zivil-, Handels- und internationales Recht akzeptieren die rebus sic stantibus - Klausel und sie ist auch bereits mehrfach im Zusammenhang mit der Verschuldungsproblematik angewandt worden. So hatten z.B. zwischen 1839 und 1842 die USA ihre Zahlungen eingestellt. Am 13. Dezember 1932 gab das französische Abgeordnetenhaus die Außerkraftsetzung des Schuldvertrages mit den USA bekannt, der unter der Prämisse abgeschlossen worden war, daß Frankreich deutsche Reparationszahlungen erhalte. Die Situation in den Schuldnerländern ist heute sicherlich wesentlich schlechter für den Großteil der Bevölkerung als Mitte der 70er Jahre und in vielen Ländern hat eine Deindustrialisierungsprozeß einen bedeutenden Teil der Entwicklungsbasis zerstört. Dies, so die cubanische Delegation auf der Limaer Konferenz, rechtfertigt die Einstellung der Zahlungen.

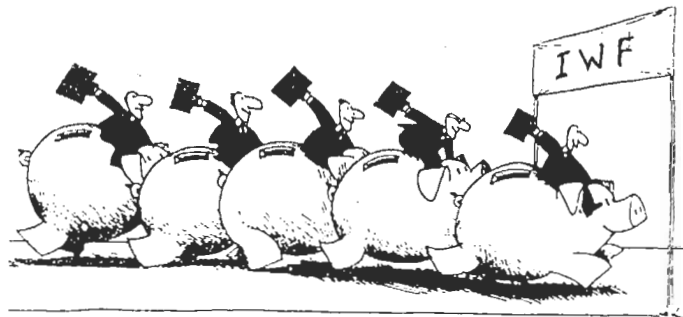


"Flexibilisierung", die Arbeits- u. Lebensbedingungen werden immer schlechter.

Aber ein weiterer interessanter Beitrag soll hier nicht unerwähnt bleiben. Die Auswirkungen der IWF - Politik auf die Bestimmungen des Arbeitsrechts tragen massiv zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter in den Schuldnerländern bei.

Es muß hier nicht ausführlich darauf eingegangen werden, daß die materielle Lage der Arbeiter in Lateinamerika, wie eine neue Studie von PREALC (1987) belegt, sich in den letzten Jahren stark verschlechtert hat. Das Pro-Kopf-Einkommen ist gesunken, die Arbeitslosenzahlen sind gestiegen und um das Überleben zu sichern, muß mehr gearbeitet werden als zuvor. Aber der Anpassungsdruck, neoliberale Wirtschaftsstrategien und IWF - Anpassungsprogramme verfehlten auch in anderer Hinsicht nicht ihr Ziel: der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Dies kann sich auf das Abschließen von kurzfristigen Arbeitsverträgen beziehen oder auf Sonderarbeitsverträge, die keiner Kontrolle unterliegen und nicht unter den Schutz des normalen Arbeitsrechts fallen. Besonders betroffen sind aber auch die kollektiven Rechte der Arbeiter, also ihr Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß, kollektive Verhandlungen und Streikrecht. 1986 hatte die ILO - Konferenz über "Flexibilisierung von Arbeitsbedingungen" davor gewarnt, daß es sich bei diesem Prozeß um eine langfristige Umstrukturierung des Arbeitsmarktes handelt, erkennend, daß diese Flexibilisierung kein konjunkturelles Problem darstellt.

Die Situation wird von zahlreichen Gewerkschaften auf verschiedene Weise bekämpft. Sie wehren sich dagegen, daß Arbeiter Hauptleidtragende einer Anpassungspolitik werden, die schließlich nur der Bezahlung der Schulden dient. Die peruanischen Vertreter nennen da ein interessantes Beispiel aus ihrer Verfassung, die die Ausbeutung verbietet und die Suche nach dem universellen Frieden auf der Basis sozialer Gerechtigkeit zum übergeordneten Ziel erklärt. Dieser Anspruch ist kaum mit den Resultaten der IWF - Anpassungsstrategien in Einklang zu bringen. Hier könnte die ILO aktiv werden, denn Art. 10 ihrer Verfassung ruft dazu auf, wenn es sich bei den Vertragschließenden um ILO-Mitglieder handelt. Und ihr Art. 37 besagt, daß alle Interpretationsprobleme ihrer Verfassung oder vertragliche Schwierigkeiten zwischen zwei ihrer Mitgliedsstaaten vom internat. Gerichtshof entschieden wer-



den. Es bleibt eines der Schlüsselprobleme in der juristischen Diskussion, das Entscheidungen des intern. Gerichtshofes sich nur auf Staaten beziehen können, die seine Kompetenz anerkennen. So ist es auch nicht möglich, den IWF anzuklagen, sowenig wie die ILO dies tun könnte. Dies schließt jedoch eine Konsultation nicht aus. (so besagt es Art. 96 der UNO-Charta).

VERSCHIEDENE POSITIONEN, DOCH GEMEINSAME AKTION

Abschließende Presseerklärungen nach einer Konferenz erwecken oft den Eindruck, als seien schließlich alle einer Meinung gewesen. So war es auf der NGO - Konferenz in Lima nicht. Es gab sogar fundamentale Kritik z.B. von Seiten kolumbianischer, honduranischer und peruanischer Bauernvertreter, die das Motto der Konferenz "Nicht bezahlen, was nicht bezahlbar ist" in Frage stellten. Könne es ihnen denn tatsächlich dienen, wenn Schulden nicht bezahlt würden? Betreffe es sie überhaupt, wenn über die Verschuldungsfrage diskutiert werde? fragten sie und schlugen vor, daß sich ihre Organisationen lieber regionalen Entwicklungsalternativen zuwenden sollten. Die Konferenzen von Havanna und Campinas in Brasilien seien bereits über eine Gewerkschaftsallianz nicht hinausgegangen. Von einigen Delegierten wurde das Thema "Auslandsverschuldung" als Fluchthema bezeichnet, das von den jeweiligen Regierungen besetzt und dazu benutzt werde, die Volksorganisationen in einen nationalen Konsens einzubinden.

Einig war man sich dagegen insoweit, als man die Forderung "Nicht zahlen" eher in ihrer Funktion zur Herstellung politischer Einheit sah. Sie sei politisch sinnvoll, könne jedoch nicht als konkrete Handlungsanleitung für alle lateinamerikanischen Länder dienen. Das weitere Vorgehen konnte in einem gemeinsamen Aktionsprogramm zusammengefaßt werden. An drei Fronten soll gearbeitet werden:

An der "legalen Front": die NGOs sollen Initiativen unterstützen, die die rechtliche Form der Verschuldung überprüfen und vor dem Internationalen Gerichtshof klagen. Sie sollen zudem ein internationales Tribunal der Völker gegen den IWF anstreben. Letzteres sollte mit dem IWF- und Weltbanktreffen im September in Berlin koordiniert werden.

An der "sozialen und ethischen Front": Die NGOs sollen ihre Aktivitäten mit Gewerkschaften, Kirchen und anderen Volksorganisationen koordinieren.

An der "ökonomischen Front": Die NGOs sollen die Gründung einer Schuldnerländer - Vereinigung, die sich aus Volksorganisationen zusammensetzen soll, initiieren. In diesem Zusammenhang wird auch die Vorbereitung für das IWF - Treffen in Berlin als wichtig angesehen.

Es ist sicher interessant, auf dem Tribunal in Berlin zu sehen, ob bereits Fortschritte dahingehend gemacht worden sind oder ob sich etwas Längerfristiges entwickeln kann im Rahmen der Anti - IWF - Kampagne.

Veit Hannemann

IWF-KAMPAGNE

In der deutschen Linken gibt es seit geraumer Zeit eine teilweise hitzige Diskussion um die Einschätzung der IWF - Politik und die sinnvollsten Strategien gegen IWF und Weltbank. In verschiedenen Dritte-Welt-Zeitschriften sind die unterschiedlichen Positionen der politischen Gruppen bereits widergegeben worden. (so z.B. in IZ3W) unsere folgende Kritik von zwei wichtigen Positionen innerhalb dieses Spektrums soll der weiteren inhaltlichen Auseinandersetzung förderlich sein.

IWF zerschlagen! Und dann?

Die Position der Autonomen

Schon im ersten Satz muß die erste Einschränkung gemacht werden, denn es ist augenscheinlich, daß von "der Position" der Autonomen nicht gesprochen werden kann. Sie sind eine heterogene Gruppe innerhalb des linken Spektrums. Namen sind kaum bekannt und das soll auch so bleiben. Trotzdem sind ihre theoretischen Aussagen natürlich identifizierbar und vor allem in besonderen Schriftenreihen, wie z.B. "Autonomie", "Wildcat" oder "Neuer Internationalismus" zu finden. Die einzelnen Aussagen der Gruppen zum IWF beziehen sich oftmals zurück auf diese Veröffentlichungen.

Der ersten Einschränkung soll jedoch gleich eine zweite folgen: in der Diskussion um die IWF - Kampagne sind die Autonomen ständig präsent. Es mag an der Berlin - zentrierten Kampagnenvorbereitung liegen, allerdings auch an den bürgerlichen Medien, daß den Autonomen eine Beachtung geschenkt wird, die ihre eigentliche Bedeutung für die gesellschaftlichen Veränderungen und sozialen Bewegungen in der BRD überbewertet. Trotzdem werden wir uns mit ihnen auseinandersetzen: erstens, da ihre Analyse interessant ist, andererseits jedoch auch, da ihr Avantgarde-Anspruch und ihre Militanz eine Herausforderung für die übrigen linken Gruppierungen darstellen.

Zur Analyse der IWF-und Weltbankstrategien

Natürlich können wir die Argumentation hier nur verkürzt darstellen und müssen sonst auf die Autonomie Nr. 10 und 14, sowie auf "Wildcat" oder den "Treibsand-Reader" zum "Neuen Internationalismus und IWF - Kampagne" (Hrsg. Asta der Uni Bremen) verweisen.

Der IWF stelle das Instrument des internationalen Kapitals dar, mit dem die Ausbeutung des Trikont (Afrika, Asien, Lateinamerika) organisiert werde. Die Entstehung und Funktionsweise dieses Instrumentariums sei historisch aus dem "Zentral-Clearing" der

nationalsozialistischen Reorganisation des Imperialismus, seiner Politik der "Neuen Ordnung" abzuleiten. So wie es dem Nationalsozialismus bei seiner Großraum - Politik um die militärische Eroberung und spätere wirtschaftliche Dominierung mittels einer Leitwährung und eines supranationalen Kreditmechanismus gegangen sei, so hätten sich die US - Amerikaner in Bretton Woods mit dem Dollar und einem an ihnen gebundenen festen Wechselkurs durchgesetzt. Die Begeisterung Harry Dexter Whites, aber auch das Interesse Keynes an einer Clearing Union für das neue Weltwirtschaftskonzept wird in diesem Zusammenhang mehrfach hervorgehoben, um klarzumachen, daß es sich da um eine Kopie, also schließlich um imperialistische Kontinuität handle. Mittels dieses finanztechnischen Instrumentariums jedenfalls sei es zudem möglich gewesen, Inflation aus den Metropolen in die Peripherie zu verlagern. Als weitere Belege für den historischen Zusammenhang werden Invasionspolitik und Antikommunismus angeführt. Ziel der US - Politik sei es gewesen, zunächst Rohstoffmärkte zu sichern. Doch bereits in den 50er Jahren sei schon zu erkennen gewesen, daß die langfristige Strategie des internationalen Kapitals - nun unter Dominanz der USA - auch die systematische Vernichtung oder Vertreibung breiter Bevölkerungsschichten miteingeschlossen habe: hierbei handele es sich nicht etwa um eine Fehlleistung



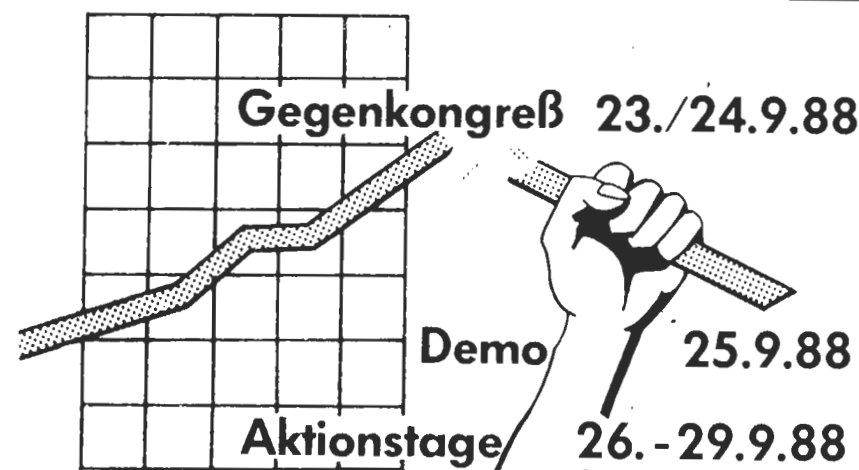
des Systems, sondern vielmehr um seinen Erfolg. Mit der Weltmarkt-integrationspolitik plante also das internationale Kapital nicht nur die Vertreibung vom Land und die Durchsetzung agrartechnischer Konzepte, die Ansiedlung der Landflüchtigen in den Großstadtgürteln und deren dortige Funktion als industrielle Reservearmee,

sondern auch die gezielte Hunger - und Ausrottungspolitik gegen die "überflüssigen Esser". Trotz der Fortschritte bei der Durchsetzung dieser Strategie wird festgestellt, daß sich das internationale Kapital doch vorübergehend in der Krise befände. Zunächst in einer Absatzkrise, der jedoch mit einem "weltweiten Rationalisierungsangriff" begegnet werde. Die weitere Krise für dieses Modell der "Entwicklung" ergebe sich aus der Existenz eines sich von mal zu mal stärker zu Wehr setzenden "Weltproletariats". Ländliche Unterklassen, die Landreformen erzwänge, ein neues städtisches Proletariat, daß höhere Löhne fordere und vor allem in letzter Zeit, die Gruppe derer, die nichts mehr zu verlieren haben und sich in "riots", "Hungeraufständen" und spontanen Supermarktplünderungen zu Wehr setzen - sie alle zählen dazu. Noch bezögen sie ihre Stärke aus ihrer Spontanität und Subjektivität, aber die internationale Entwicklung lasse hoffen. Hier wird dann von einem zunehmenden Zusammenhang zwischen den Kämpfen im Trikont und dem Widerstand gegen die "neue Massenarmut" in den Metropolen gesprochen. Hafenarbeiterstreiks in Genua, Bergarbeiterstreiks in England, Studentenrevolte in Madrid und Paris und nicht zu vergessen natürlich der Kreuzberger erste Mai 1987 sprechen für die These.

Der eigene Anspruch an die Analyse war noch so formuliert worden: "...in die sozialen und ökonomischen Bedingungen unterhalb der Reichweite der üblichen bürgerlichen-ökonomischen Begrifflichkeit einzusteigen, um die wirkliche soziale Natur der Verwertungsbedingungen zu erkennen." Was ist geblieben von einer berechtigten Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft, die mit ihrer Begrifflichkeit die realen Verhältnisse verschleiert? Die Begrifflichkeit der Autonomen ist merkwürdig zwiespältig: zunächst erinnert die Argumentation an traditionelle K-Gruppen-Analysen. Als Akteur erscheint zunächst nur "das internationale Kapital", hin und wieder auch die "multinationalen Konzerne", wobei unklar bleibt, ob dies schlicht dasselbe sein soll. Repräsentiert werden sie jedenfalls durch Institutionen wie IWF und Weltbank. Geplant und organisiert wird nicht von Menschen, es handelt "das Kapital" mit seiner "Mordmaschine". Diesem unmenschlichen Block mit seinen gemeinsamen Interessen, der weder durch nationale Einzelinteressen, noch durch Kapitalfraktionen gespalten erscheint, befindet sich "das Weltproletariat" gegenüber. Alles ist geplant, alles hat im "Schweinesystem" seinen Platz. Die große Verschwörung gegen die Armen und Unterdrückten. Von einer ökonomistischen Sichtweise hat man sich jedoch so noch lange nicht entfernt. Dieser jedoch sollte etwas entgegengesetzt werden: eine nicht verschleiende, die soziale Wirklichkeit erfassende Analyse. Daher die Konzentration auf "die Unterklassen" im "Trikont". In ihrer Analyse reduzieren die Autonomen jedoch auf ein Weltproletariat, geeint durch die Unterdrückung durch eine "Mordmaschine", durch Hunger und Vertreibung.

Historische Entwicklungsprozesse einzelner sozialer Gruppen erscheinen plötzlich nicht mehr relevant: selbst wenn man sich in diesem Zusammenhang auf die Menschen beschränkt, die in den Armenvierteln der großen Städte hausen müssen, wie unterschiedlich können ihre Erfahrungen sein und dementsprechend ihre politische Handlungsweise. Sind sie etwa Flüchtlinge aus einem anderen Land, rassisch verschieden von der einheimischen Bevölkerung, ehemalige Landarbeiter, leben sie von Gelegenheitsarbeit, Kleinkriminalität oder als Arbeiter in einer Fabrik. Die Tatsache, daß sie alle ums Überleben kämpfen müssen, eint sie noch nicht zu "der Unterklasse". Davon auszugehen, daß hier ein revolutionäres Potential heranwächst, ist leider verfrüht. Wenn man die politischen Ereignisse

IWF/WELTBANK-KAMPAGNE



nisse der letzten Monate in Lateinamerika verfolgt, gibt es jedenfalls dafür wenige Anzeichen. In Chile bleibt, inzwischen incl. der Kommunistischen Partei, offensichtlich kein anderer Weg, als sich auf das Plebiszit Pinochets einzulassen; in Argentinien wird der oppositionelle Präsidentschaftskandidat Menem heißen, der für einen Populismus in der Tradition Peróns steht. Es ist nicht zu leugnen, daß sein parteiinterner Wahlsieg gerade durch die Unterstützung der Ärmsten möglich wurde. In Mexico gewinnt mit Cárdenas ein Politiker hohe Stimmenzuwächse, der zwar der Korruption innerhalb der PRI, die nur durch massiven Wahlbetrug an der Macht bleiben konnte, den Kampf angesagt hatte, der aber sicher keine revolutionären Veränderungen durchsetzen wird. Die absurdeste Behauptung allerdings ist sicher die, daß die Guerrillabewegungen in Lateinamerika heute "einmalig stark" seien. Besonders peinlich mutet dabei an, daß der Autor im Internatio-

nalismusreader sich genötigt sieht, diese Behauptung lediglich mit einem FR - Zitat vom 8.9.87 zu stützen. In Chile jedenfalls scheint die Unterstützung der FPMR eher abzubrockeln, in El Salvador bildet die FMLN einen politischen Arm aus, mit dem sie an den nächsten Wahlen teilnehmen will, in Kolumbien führt ein Teil der Guerrillabewegungen Verhandlungen mit der Regierung, in Uruguay haben sich schon vor längerer Zeit die Tupamaros entschlossen, momentan dem militärischen Kampf abzuschwören und politische Arbeit zu leisten, in Argentinien ist keine Guerrilla mehr existent...

Es ist offensichtlich, daß der "Gegen-Akteur", wenn man so will, in den Schriften der Autonomen geeinter und revolutionärer erscheint, daß das Wunschdenken die differenziertere historische Analyse verdrängt hat. Es ist nicht abzustreiten, daß es den Autonomen gelungen ist, Zusammenhänge klarzumachen, die sonst oft unter den Tisch fallen, so z.B. zwischen der weltwirtschaftlichen Entwicklung und den Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, der Funktion der sogenannten "grünen Revolution" oder zur Position der Frau in den herrschenden Ausbeutungsstrukturen. Was die Lektüre jedoch weniger erfreulich macht, ist die angewandte Sprache. Da werden vom Kapital nicht nur "geostrategische Vernichtungswellen" und "Rationalisierungsangriffe" geplant und durchgeführt, da wurden auch "die USA durch mexikanische Landarbeiterrevolten angegriffen", die "sozial-technische Waffe" wird "gegen die Klasse" (!) geführt. Da ist nur folgerichtig, daß der IWF nur angegriffen und zerschlagen werden soll. Militärterminologie und -logik. Ansonsten ergötzen sich die Autoren in Superlativen und Symbolen, als könne man sich den verschlimmerten Zuständen in der III. Welt nur mit noch emotionsbeladeneren Begriffen annähern. Eine emanzipatorische Idee kann auch nur auf einer entsprechenden sprachlichen Ebene vertreten werden. Schließlich geht es ja wohl zunächst darum, wenn man andere Kreise erreichen will, daß man diese Idee vermittelt. Maximalforderungen wie die nach der Zerschlagung des IWF erzwingen eben die Fragen: Mit wem wollen wir das erreichen? und: Was kommt danach?

Veit Hannemann

Reform oder Revolution

DIE POSITION DER GRÜNEN

Das Dilemma all derer, die nicht wollen, daß es so bleibt, wie es ist, ist traditionellerweise, sich vor eine knifflige Entscheidung gestellt zu sehen: Reform oder Revolution. Die "Entscheidung" darüber, wie es so wird, wie es sein soll, hängt nicht nur von den jeweiligen Zielen ab, die umreißen, wie es denn nun werden soll, sondern auch von der Einschätzung der Kräfteverhältnisse, der Möglichkeit von Bündnissen, der Analyse der verschiedenen gesellschaftlichen Dynamiken usw.

Zwar wurde die Sterilität der Pseudoalternative "Reform oder Revolution" unter anderem dadurch deutlich, daß beide Strategien als Instrumente immer noch andere inhaltliche Resultate erbringen können, als die, für die sie "eigentlich" gedacht waren: Revolution kann Unterdrückung und Ausbeutung auf neuer Ebene reproduzieren, obwohl sie doch dagegen angetreten war; eine Reform kann ein System "wasserdichter", seine Grundzüge stabiler machen, obwohl sie es doch humanisieren oder letztlich überwinden wollte. Dennoch schwebt diese "Alternative" als zentrales Kriterium für Veränderungen weiterhin in den Köpfen, Diskussionen und Kämpfen der Linken, ist der Vorwurf von Reformismus oder Revolutionsromantizismus vor entsprechenden Auditorien immer noch ein "tödliches" Verdikt.

DIE GRÜNEN IM ALTEN DILEMMA

Mit den Etiketten Realismus oder Fundamentalismus droht das alte Dilemma die Grünen zu spalten. Um es aufzulösen, wird bei den Grünen/AL nun zuweilen versucht, revolutionäre Ziele reformistisch, bzw. fundamentale Veränderungen realistisch zu erreichen, indem "diesseits von romantischer Revolutionsschwärmerei und jenseits von Reformklempnerei" (Vollmer, 154) "Forderungen mittlerer Reichweite" entwickelt werden. Diese Forderungen sollen den Charakter haben, einerseits jenseits ihres konkreten Inhalts den Spielraum für weitergehende Veränderungen zu erweitern und Dynamiken in diese Richtung zu entwickeln, andererseits aber auch an dem ansetzen, "was heute herrschendes Bewußtsein darstellt" (Wolf/Ratzmann, 37). Eine solche Forderung war die nach dem Abzug aller Mittelstreckenraketen, und zwar nicht, weil es sich analog um Raketen mittlerer Reichweite handelte, sondern weil es mit dieser Forderung möglich war, über eine konkrete Aufrüstungsmaßnahme hinaus die gesamte herrschende "Sicherheitspolitik" in Frage zu stellen. Im Zusammenhang der Verschuldung der "Dritten Welt" soll die Forderung nach globaler und einheitlicher Schuldenstreichung eine ähnliche Rolle spielen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit neuer Entwicklungswege - sowohl in den Industrieländern als auch in der "Dritten Welt" - und einer neuen Weltwirtschaftsordnung lenken.

Diese neuen Entwicklungswege und diese neue Weltwirtschaftsordnung können nur Folge politischer Veränderungen sein, die das Ziel von "Entwicklung" umdefinieren auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse, den Abbau von Herrschaft, einen ressourcenschonenden Umgang mit der Natur usw. Besteht unter den Verfechtern dieser Strategie Konsens darüber, daß die extreme Exportorientierung der "dritten Welt", die über den Schuldendruck immer weiter forciert wird, zugunsten einer stärkeren, regional eingebundenen Binnenorientierung überwunden werden muß, so herrscht offensichtlich Uneinigkeit darüber, was das konkret zu bedeuten hätte: wie weit geht die Binnenorientierung, wie wird festgelegt, was exportiert werden darf und muß, wie wird auf den Bedarf nach Importgütern im Lande reagiert, wie wird auf die internationale Nachfragestruktur rea-

giert? Zum Glück ist mensch jedenfalls von Patentrezepten weggekommen, z.B. solchen, die jedwede Exporte verteuerten.

Die Frage nach dem Verhältnis von Marktorientierung und politischer Steuerung gehört jedoch weiterhin zu den schwierigsten, auch im Zusammenhang damit, wie die Entwicklungsstrategie "nach der Verschuldung" aussehen könnte: Die marktorientierten Reformen realsozialistischer Länder mit ihren Wachstumserfolgen und sozialer Polarisierung zeigen die Problematik jeglicher Form von Abkopplung auf; denn diese Reformen werden ja nicht allein wegen eines "Modernisierungswahns" der Eliten unternommen, sondern um den Konsumforderungen der Gesellschaft erfolgreich begegnen zu können. Die eigene Knappheit ist angesichts des protzigen Konsumverhaltens des Westens immer weniger legitimierbar. Und gibt es unter "Dritte-Welt"-Bedingungen auch ganz andere "Knappheitsprobleme", nämlich strukturell bedingten Hunger, so besteht das Problem der politischen Regelung von Angebot und Nachfrage auch dort, wie das kubanische Hin und Her zwischen materiellen Produktionsanreizen (z.B. Bauernmärkten) und Kampagnen zur Hebung des politischen Bewußtseins, aber auch die "Wirtschaftsflüchtlinge" zeigen.



DER SCHWIERIGE RADIKALREFORMISMUS

Die Frage der Kombination von Marktgrößen und politischen Regulierungen stellt sich natürlich nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf internationaler, wenn die ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen durch politische Abmachungen überwunden werden sollen, wie es von grüner Seite verlangt wird. Am dabei auftauchenden Problem der Legitimität von Regierungen wird auch deutlich, wie schwierig es ist, mit "Forderungen mittlerer Reichweite" Reformer und Revolutionäre zusammenzubringen: Radikal wird die Verantwortung der Eliten der Schuldnerländer dependenztheoretisch erklärt, diese seien ja nur Brückenköpfe der Metropolen, in Chicago und Harvard ausgebildet, und ihre Macht hänge letztlich von ihrer Unterstützung durch die Eliten der Metropolen ab. Ihre Mitschuld an der Verschuldung "ihrer" Länder sei damit doch auch nur die Schuld des Systems, des allumfassenden. Diese Sichtweise simplifiziert u.E. jedoch die reale Situation der meisten Länder der "Dritten Welt", indem die dortigen Gesellschaften aus lediglich zwei Lagern: Eliten vs. Volk bestehend erklärt werden. Und da die Eliten ja "eigentlich" zu den Metropolen gehören, bleibt übrig: das Volk, zur Identifikation geeignet. Nebenbei: Die Führer der ebenfalls hochverschuldeten realsozialistischen Länder können ja bei aller Kritik kaum einfach zu Brückenköpfen des Weltkapitals mit Fluchtgeldern auf Schweizer oder anderen Konten reduziert werden.

Radikal wird also die Verschuldung aus dem Wirken der ideellen Gesamtelite erklärt, reformistisch sollen deren Regierungen zunächst auf einer großen Konferenz die Schuldenstreichung organisieren, dann die geforderte Umorientierung der Entwicklungswege und der Weltwirtschaftsordnung in die Wege leiten. Natürlich wissen die Grünen/AL, daß es sich um einen sozialen und politischen Kampf handelt, der über diese Politik entscheidet, und hoffen daher, daß eine Schuldenstreichung oppositionellen Kräften in der "Dritten Welt" einen größeren Spielraum verschafft. Diese Kräfte wollen sie durch Kooperation unterhalb der Regierungsebene stärken. Kritik daran, mit dem Tenor, daß eine Schuldenstreichung ja letztlich den Eliten nütze und nichts verändere, wie sie in schöner Übereinstimmung von autonomen und sozialdemokratischen Kreisen geäußert wird, weisen sie mit dem Hinweis zurück, daß v.a. das Volk unter der Verschuldung leidet, also auch am meisten von ihrer Streichung profitieren würde. Nun handelt es sich hierbei ja aber um kein Null-Summen-Spiel: Wenn das Volk gewinnt, indem z.B. nicht noch weiter am Gesundheitssystem gekürzt oder dies gar ausgebaut wird, verliert damit noch nicht die Elite. Vielmehr ist kaum zu bezweifeln, daß die Elite zumindest ebenfalls gewinnt: ökonomisch durch freiwerdendes Kapital, über das sie verfügt und das die in ihrem Interesse einsetzen kann, ideologisch zum einen über ihre Selbstdarstellung als Nationaler Retter ("wir haben es geschafft, die

Geißel der Auslandsschuld von unserem Volk zu nehmen!"), zum anderen durch die wieder realere Möglichkeit, wie in der Vergangenheit sozialen Konflikten von Fall zu Fall auch mal durch begrenzte Sozialprogramme die Spitze zu brechen. Damit soll nicht unterstellt werden, daß die Schuldenstreichung automatisch die herrschenden Regimes stütze; es gibt aber ebensowenig eine objektive Dynamik in entgegengesetzte Richtung, die sich aus dieser Maßnahme entwickelt.

Im Bestreben, die Radikalität der Forderung nach Schuldenstreichung hervorzuheben, vereinfachen die Grünen/AL, wie schon angemerkt, die gesellschaftlichen Akteure auf Elite vs. Volk: Wann aber repräsentiert eine Regierung das Volk und nicht die Elite? Mensch könnte anführen, daß das dann der Fall sei, wenn sie nicht ausländische Unterstützung zum Verbleib an der Macht braucht und wenn sie die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Diese hat nun leider oft ein "falsches Bewußtsein", wählt die Garcías und Alfonsins - und manchmal schlimmere -, ohne dazu gezwungen zu sein. Leider ist so schwer festzustellen, wer das richtige Bewußtsein bereits jetzt repräsentiert und wann es sich allgemein durchgesetzt hat. Konkreter Ausdruck der Suche nach dem richtigen Bewußtsein: Wenn eine Ausnahme Südafrikas von der Schuldenstreichung vorgenommen wird, da die repräsentativen Organisationen der Opposition das fordern, ist das leicht nachvollziehbar; in anderen Ländern ist für uns die Identifikation mit den Guten gegen die Bösen und damit die Feststellung, wer denn nun für "das Volk" sprechen darf, jedoch nicht zu einfach (z.B. Peru). Natürlich sollen und müssen politische Kräfte wie die Grünen/AL sich einmischen, Bündnispartner suchen etc., aber läßt sich daraus bereits ein "globales Gegenmodell" entwickeln?

Schließlich: Es wäre schön, wenn die Forderung nach einer allgemeinen Streichung der Auslandsschulden der Länder der "Dritten Welt" tatsächlich am "herrschenden Bewußtsein" hier ansetzen könnte. Der geringe Stellenwert, den diese Forderung (noch?) in der herrschenden wissenschaftlichen und politischen Diskussion, aber auch in der Öffentlichkeit einnimmt, verweist darauf, wie schwierig es ist, Reformismus und Radikalität erfolgversprechend zusammenzubringen. Die Kritik kommt entsprechend von beiden Seiten: Den Radikalen ist das alles nur ein reformistisches Herumdoktern, das letztlich dem System nützt, den Reformisten bleibt's Utopie. Natürlich haben beide Recht: die mit der unbefleckten Wahrheit und die mit der erfahrungsgetränkten Kenntnis des Möglichen. In der Tat: das Dilemma "Reform oder Revolution" muß überwunden werden; dazu gibt's noch viel zu tun.

Jürgen Weller

Lit.: Ludger Vollmer: Schulden streichen!, in: Alt Vater u.a.: Soll und Haben, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988; Udo Wolf, Volker Ratzmann: Verhindern, vermeiden. Vom Umgang mit ungeliebten Kongressen, in: Stachlige Argumente 51, Juli 1988

Potsdamer Erklärung

Im September 1988 wird die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in West-Berlin stattfinden. Aus diesem Anlaß tagte vom 3. bis 5. Juni 1988 in Potsdam ein DDR-weites Seminar, auf dem wir Probleme des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems diskutierten.

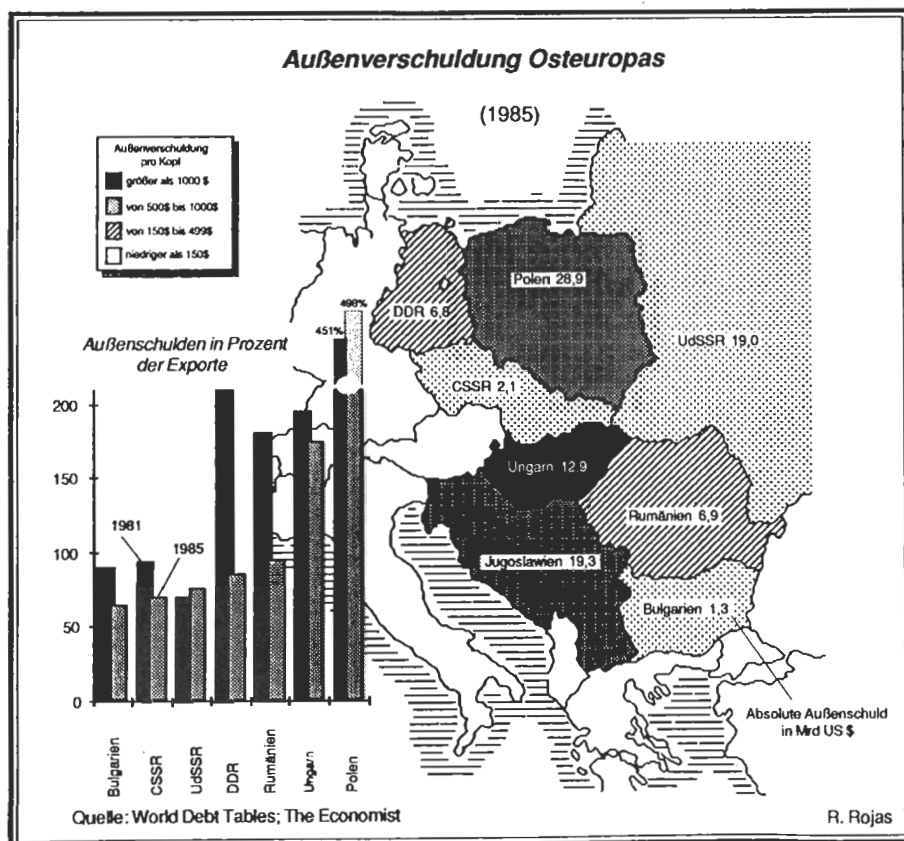
Dabei wurde u.a. hervorgehoben, daß die Schulden der "Dritten Welt" sich derzeit auf mehr als eine Billion US-Dollar belaufen. Es steht fest, daß diese Schulden, trotz positiver Handelsbilanz, nicht rückzahlbar sind und überdies die Exporterlöse nicht einmal für die Zinszahlungen ausreichen. Aber gerade diese ungeheure Zinslast ist es, die jene Länder heute in ständiger Abhängigkeit hält und immer größere Teile ihrer Bevölkerung in wachsende Armut drängt. Eine entscheidende Ursache dafür liegt, wie Erich Honecker im März 1986 gegenüber der mexikanischen Tageszeitung "Excelsior" unterstrich, "in der untergeordneten, ungleichen Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft von heute, in der neokolonialistischen Ausbeutung durch transnationale Monopole".

Das Krisenmanagement von IWF, Weltbank und Finanzexperten des von ihnen beauftragten "Pariser Clubs", mit Umschuldungen, Notkrediten und Einzelfallbehandlung der Schuldnerländer festigt diese Abhängigkeit und verschärft die Krise.

Der IWF und die Weltbank sind Instrumente des internationalen Finanzkapitals, Mittel zur Aufrechterhaltung der mörderischen Strukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Die Folgen sind bekannt: Hunderte Millionen Hungertote, soziale und ökologische Verwüstungen nie genannten Ausmaßes und die sich aus all dem ergebenden, bis ins Unermeßliche gehenden Flüchtlingsströme.

Die jüngsten Entwicklungen in Jugoslawien, Polen, Ungarn und Rumänien verdeutlichen, daß auch realsozialistische Länder durch ihre unbewältigten wirtschaftlichen Probleme in den Sog von Entwicklungen auf dem internationalen Kapital- und Geldmarkt geraten. Der direkte und indirekte Druck von IWF, Weltbank und großer Privatbanken ruft auch in solchen Ländern bevölkerungsfeindliche Maßnahmen auf den Plan. Die mit der Kreditvergabe verbundenen Empfehlungen oder Auflagen gegenüber diesen Ländern sind im Kern dieselben wie die IWF-Diktate gegenüber verschuldeten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, wie z.B. Verbesserung der Investitionsbedingungen insbesondere für das ausländische Privatkapital, drastische Einschränkung im Sozialbereich und der Abbau von Subventionen, unter anderem für Grundnahrungsmittel. Die Folgen sind Preiserhöhungen, Versorgungskrisen, Arbeitslosigkeit, Lohnstop, welche heute große Teile der Bevölkerung vieler betreffender Länder unter das Existenzminimum gedrückt haben.



Wir sind davon überzeugt, daß jetzt mehr denn je alle progressiven und demokratischen Kräfte gemeinsam in die Verantwortung gerufen sind.

Wir unterstützen deshalb die "Fuldaer Erklärung" zur IWF/Weltbank-Kampagne 1988, die auf dem 11. Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO) vom 28. bis 31. Mai verabschiedet wurde. Wir unterstützen insbesondere die in dieser Erklärung erwähnte "Forderung nach Streichung der Schulden", die von der betroffenen Bevölkerung in der "Dritten Welt" erhoben wird.

Die Bildung eines Schuldnerkartells kann ein erster Schritt sein, um dem Gläubigerkartell eine Kraft entgegenzustellen. Die Lasten der Verschuldungskrise, die vor allem durch die IWF-Auflagenpolitik verstärkt wurde, müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind und daran verdienen.

Doch dies wird nicht durch eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erreichen sein. Deshalb unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen in der "Dritten Welt" und in den Metropolen, die gegen das Machtkartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten kämpfen.

Eine Schuldenstreichung allein jedoch wird die Probleme langfristig nicht lösen. Solange die Beziehungen der Völker über den "freien Weltmarkt" geregelt werden, solange also das Prinzip des größtmöglichen Gewinns das politische und ökonomische Handeln bestimmt, werden Mensch und Umwelt nur als Kostenfaktor darin auftauchen. Solange kann es auch keinen wirklichen Frieden geben, und die Kette der wirtschaftlichen Krisen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung in der Peripherie und zunehmend auch in den Metropolen wird nicht abreißen."

Deshalb fordern wir von der Regierung der DDR, daß sie sich auf die Maxime internationaler Solidarität aus sozialistischer Verantwortung besinnt und die Praktiken dieser Mordmaschine anprangert. Wir erwarten, daß den Teilnehmern der Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 1988 keine Unterstützung gewährt wird. Denn wir gehen davon aus, daß die Organisatoren dieser Jahrestagung die zuständigen Behörden der DDR um die Bereitstellung diverser Hotelplätze und "Fahrparks" einschließlich des erforderlichen Sicherheitsaufwandes ersucht haben.

Wir fordern alle politischen Verantwortlichen, gesellschaftlichen Kräfte und die Kirchen in der DDR auf, sich mit dem durch die rücksichtslosen Maßnahmen unter anderem von IWF und Weltbank in Armut gestürzten Teil der Weltbevölkerung zu solidarisieren.

Wir rufen die genannten Kräfte auf, alle ihre Möglichkeiten zu nutzen, um mit ihren spezifischen Mitteln alle Menschen in der DDR zu informieren und zu aktivieren sowie eine Aktionswoche vom 23.-30. September zu gestalten.

Potsdam, den 5.6.1988

Die Potsdamer Erklärung wurde von der Ostberliner AG - Weltwirtschaft erarbeitet. Seit geraumer Zeit diskutiert diese Gruppe weltwirtschaftliche Themen und bereitet sich ebenfalls auf den IWF - Kongreß in West-Berlin vor. Aus diesem aktuellen Anlaß wurde die Erklärung an alle Kirchgemeinden und Basisgruppen in der DDR verschickt.

Rezension: Vom »Tanz der Millionen« zum »Schwarzen Montag«

Jackie Roddick von der Glasgow University hat zur Schuldenkrise der lateinamerikanischen Länder umfangreiches Material zusammengetragen und in flottem, nicht akademischen Englisch ein lesenswertes Buch geschrieben. Neben den allgemeinen Kapiteln zur Schuldenkrise, die ihre Geschichte und Ursachen, ihr 'Management' bis zum 'Schwarzen Montag' und ihre Auswirkungen analysieren, untersuchen drei Länderstudien die Fälle des grössten Schuldners (Brasilien), der bisher radikalsten "Verweigerung" (Peru) und eines kleinen Schuldnerlandes (Costa Rica).

Die Stärken des Buches liegen v.a. in zwei Bereichen: Die Informationsfülle erlaubt es, Antworten auf vielerlei Einzelfragen zum Thema zu finden, betreffen sie nun größere Zusammenhänge oder Details. Ein Glossarium verschafft Basiskenntnisse, ein Index erlaubt den gezielten Zugang zu einzelnen Themen im umfangreichen Werk und Kästen im Text erläutern spezielle Fragen, was bei der komplizierten Materie alles sehr hilfreich ist. Zum zweiten wird die Schuldenkrise politisch verstanden, und also analysiert, welche politischen und ökonomischen Mechanismen sie herbeigeführt haben, wer profitiert und wer die Zeche zahlt. Wichtig ist der Autorin v.a., die Konsequenzen von Scheinlösungen aufzuzeigen (Baker-Plan, debt-equity-swaps usw.), zu denen sich Regierungen, Banken und internationale Finanzinstitutionen "bereiterklären", die aber die langfristigen Entwicklungsperspektiven Lateinamerikas, welche nicht zuletzt durch die Austeritätspolitik im Zusammenhang mit der Schuldenkrise bereits stark beschränkt sind, eher noch problematischer gestalten. Dabei wird durchaus detailliert auf die jeweiligen Interessen auch der verschiedenen Akteure innerhalb der kapitalistischen Industrieländer und möglichen Veränderungen, die daraus erwachsen können, eingegangen, ohne dabei die konsequente Position gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufzugeben. Daher erstaunt es um so mehr, daß – und das ist vielleicht die einzige Schwäche des Buchs – den radikaleren Lösungsansätzen, wie der von Fidel Castro geforderten Streichung der illegitimen Schulden, so wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Gerade im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Diskussionen um die Überwindung von Scheinlösungen hätte ein Beitrag zu den Perspektiven solcher Ansätze interessant sein können.

Das trotz dieser "Lücke" interessante Buch endet mit einem schönen Zitat von Keynes: "Once we allow ourselves to be disobedient to the test of an accountant's profit, we have begun to change our civilisation."

Jackie Roddick, *THE DANCE OF THE MILLIONS*, Latin America and the Debt Crisis; Latin America Bureau, London 1988. Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 BERLIN 61

BRASILIEN

Amazonien: Zerstörung und Widerstand

Alle wollen den tropischen Regenwald retten – zumindest in wohlfeilen Phrasen. Sogar Helmut Kohl schwang sich auf dem "Weltgipfel" in Toronto zum Fürsprecher der bedrohten Wälder auf. Die vom Deutschen Naturschutzring veranstaltete Tagung "Umweltzerstörung und Weltbank" (vom 22. – 24.9 in Berlin in der Hochschule der Künste) bietet nun Gelegenheit, aus erheblich kompetenteren Quellen etwas über die aktuelle Lage in Amazonien zu erfahren. Ailton Krenak, der Sprecher der Vereinigung der indianischen Völker Brasiliens und Jaime da Silva Araujo, Präsident der Nationalen Vereinigung der Gummisammler, werden in Berlin sein. Anlaß für uns, die Hauptprobleme in dieser Region zu skizzieren und kurz die bisher in Europa weitgehend unbekannte Bewegung der Gummisammler vorzustellen.

Es gibt in den BRD-Medien wohl keine Stimme mehr, die die Abholzung des tropischen Regenwaldes als notwendigen Preis der Entwicklung rechtfertigt und die Auswirkungen wegdreden will, vielmehr erheben sich allerorten Kassandrarufer, die nicht nur die Gefahren für den brasilianischen Urwald, sondern für das Weltklima beschwören.

Auf der einen Seite also die oft plakative Beschwörung der Katastrophe, auf der anderen Seite Zahlen, die dank der Satellitenbeobachtung immer genauer werden: Im Mai dieses Jahres informierte die brasilianische Forstbehörde (Instituto Brasileiro de Desenvolvimento Florestal – IBDF), daß 1983 – 1987 in Amazonien 20 Millionen Hektar verbrannt worden sind, eine Fläche ungefähr der Größe der Bundesrepublik. Davon waren 40% mit Urwald bedeckt. Damit ist aber nicht das gesamte Ausmaß der Zerstörung erfaßt, da die Satelliten ja nur die verbrannten Flächen registrierten. Für die Regierungsbehörde, deren Zahlenschätzungen immer sehr niedrig angesetzt sind, waren diese neuen Erkenntnisse ein Schock: Sie war bisher immer – aufgrund von Hochrechnungen – davon ausgegangen, daß maximal 12,5 Millionen ha verbrannt seien. Das heißt aber, daß 1987 ein ganz schlimmes Jahr für Amazonien war. Am 24. August 1987 registrierte der US-Satellit NOAA nicht weniger als 8000 einzelne Feuer, jedes mindestens einen Quadratkilometer groß. Hier sind natürlich keine wildgewordenen Pyromanen am Werk, sondern Großgrundbesitzer, die Weideland präparieren. Nach Angaben des IBDF gehen nur 5% des zerstörten Urwaldes auf Rechnung der Holzindustrie, den Rest besorgen zum größten Teil die agroindustriellen Viehzuchtprojekte, die durch finanzielle Anreize des brasilianischen Staates in den Urwald gelockt werden. Die Zerstörung des Amazonas – Waldes ist die Folge einer geplanten und gezielten Politik, die der industriellen und wirtschaftlichen "Er-

schließung" dieses Gebietes dienen soll, um es in den brasilianischen Markt zu integrieren und an den Weltmarkt anzuschließen. Die Expansion in Amazonien dient nicht zuletzt der Exportförderung, ist also Ergebnis genau der Politik, die Bundesregierung und IWF den Ländern der 3. Welt nicht oft genug ans Herz legen können.

Aber noch eine andere Verkürzung kennzeichnet häufig das Reden über Amazonien: In dem verständlichen Bemühen, unsere "Betroffenheit" wachzurufen, werden düstere Prognosen für das Weltklima gestellt und die Regenwälder als Lungen der Erde bezeichnet, so auch im Klimaschutzprogramm der Grünen (S.9). Diese Argumentation, abgesehen davon, daß sie in der Wissenschaft inzwischen fast einhellig auf Ablehnung stößt, führt zu der Zumutung, daß Brasilien seine Urwälder zu Gunsten der hochindustrialisierten Länder bewahren soll (während unsere Wälder vor die Hunde gehen), damit die BRD - Industrie eifrig weiter emittieren kann (denn gerade aufgrund der hohen Emissionen wird das Weltklima ja zu einem Problem) und somit ihre wirtschaftliche Vormachtstellung gerade gegenüber den Ländern der Dritten Welt sichern kann. Dabei wird auch übersehen, daß Wälder kein bloßer Naturraum sind, sondern Lebensraum für viele Millionen Menschen, die dort angepaßt an die Besonderheiten ihrer Umwelt leben und wirtschaften. Die "Entwicklung" des Großraums Amazonien entzieht den traditionellen Nutzern des Waldes die Lebensgrundlage, marginalisiert und tötet sie. Im folgenden sollen kurz die Hauptursachen für die Zerstörung skizziert und neue Widerstandsformen in der Region selbst dargestellt werden.

INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG UND UMWELTZERSTÖRUNG

Neben den Staudammprojekten, auf die hier nicht eingegangen werden soll (vgl. dazu die Berichte in LN 161/62 und 166) sind es i.w. drei Faktoren, die die "Erschließung" und damit Zerstörung des Amazonasgebietes forcieren.

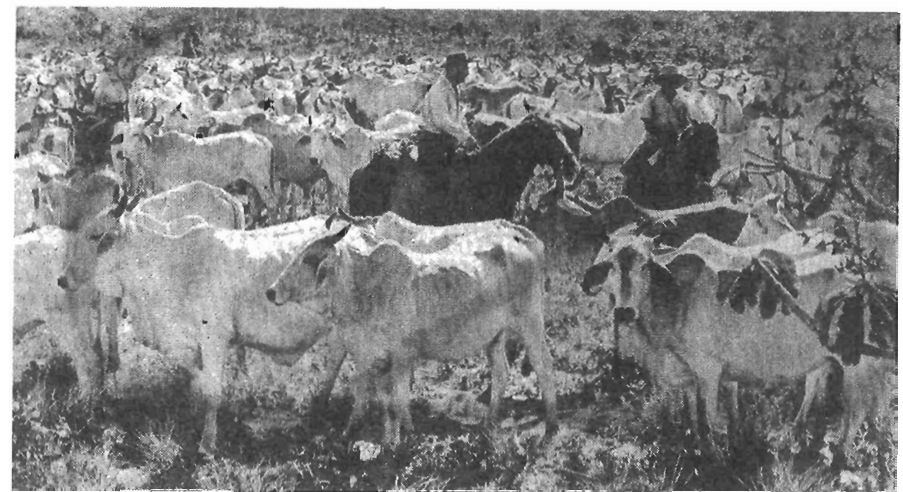
1. Großprojekte

Für eine industrielle Entwicklung in Amazonien ist beispielhaft in seinen Dimensionen aber einmalig, das Projeto Grande Carajas (PGC). Es ist angesiedelt um einen riesigen Eisenerzfund (geschätzte Reserven: 18 Milliarden Tonnen) und umfaßt ein Gebiet von 895 000 km², damit mehr als 10% der Fläche Brasiliens, ein Gebiet so groß wie England und Frankreich zusammen. Wichtigste Investitionsprojekte sind der Eisenerzabbau, die 890 km lange Eisenbahnlinie nach São Luis (inzwischen fertiggestellt), der Ausbau des Hafens dort und die Ansiedlung von Folgeindustrien. Allein der Bau der Eisenbahnlinie verschlang Investitionen von 3,6 Milliarden Dollar, an denen die EG (600 Millionen) und die Weltbank (304,5 Millionen) maßgeblich beteiligt waren.

Zwar wurden einige Umweltauflagen mit den Krediten verbunden, die aber keineswegs die weitreichenden Folgen der industriellen

2. Viehwirtschaft

Amazonien ist unter der Militärdiktatur zur großen Siedlungsreserve des Lands erklärt worden. "Land ohne Menschen für Menschen ohne Land" hieß die signifikante Formulierung. Längst aber ist das Amazonasgebiet nicht mehr die große Leere, die Umwandlung des Landes in Immobilien ist im vollen Gange. Waren 1960 lediglich 6,4% Amazoniens (die Zahlen beziehen sich auf "Amazonia Classica") als Immobilien registriert, so waren es 1980 bereits 11,4%, eine Entwicklung, die sich seitdem eher beschleunigt haben dürfte. Die neuen Eigentümer des Landes sind in der Regel Großgrundbesitzer, deren Land meistens, wenn überhaupt, für extensive Viehwirtschaft genutzt wird. 1986 gehörten 50% des Grundbesitzes in Amazonien 1% der Grundbesitzer, eine Zahl, die durch die z.T. wahnwitzige Größe einzelner Besitze verständlich wird. Bekannt geworden ist das Beispiel der inzwischen verkauften VW-Farm, die aber mit ihren 130 000 ha eher zu den "mittleren" Grundbesitzen zu rechnen ist. Die "Manasa Mandeira Nacional" bringt es auf eine Fläche von 4,3 Millionen ha, verteilt auf sechs Farmen. Offiziell beschäftigt sie 68(!) Menschen. Die typischen Investoren sind reiche Privatleute und Firmen aus dem Süden Brasiliens (die sogenannten *sulistas*), aber auch Multinationale Konzerne, wie die italienische Liquifarm. Lokale Studien haben gezeigt, daß kleinbäuerliche Siedlungsprogramme weitgehend gescheitert sind. So haben im Bundesstaat Rondonia 50% der angesiedelten "Kolonisatoren" nach kurzer Zeit ihr Land wieder verkauft. Das Ergebnis der Agrarkolonisation in Amazonien ist also kaum "Land für die Landlosen", sondern eher "mehr Besitz für die Reichen", ein Besitz, der zudem auf die zweifelhafteste Weise genutzt wird. Leidtragende dieses Prozesses sind die traditionellen Bewohner Amazoniens, in erster Linie die Indios. Ihre Gebiete wurden ver-





Mit "Amazonien" ist in diesem Artikel die Planungsregion "Amazônia Legal" bezeichnet. Sie umfaßt die Bundesstaaten Pará, Amazonas, Acre, Rondônia, Mato Grosso, Goiás (Nordteil), sowie die Territorien Amapá und Roraima. Diese Region bedeckt rund 59% der Gesamtfläche Brasiliens.

Entwicklung in der Region verhindern können: Die Planung sieht vor, daß im Rahmen des PGC 15 Eisenhöfen entstehen, die mit Holzkohle befeuert werden. Dafür müßten 90 000 - 200 000 ha Wald jährlich gerodet werden. Zwar ist die Wiederaufforstung der abgeholzten Flächen vorgesehen, aber als Plantagenwirtschaft mit Eukalyptusbäumen. Dabei müßte eine Fläche von der Größe Belgiens wiederaufgeforstet werden. Gerade dieses Beispiel zeigt, daß die von der Weltbank unterstützten und zur Legitimation herangezogenen Forstwirtschaftsprojekte äußerst zweifelhaft sind:

"Die 'sozialen Wälder' gehören nicht der betroffenen Dorfbevölkerung, sondern fast immer Großgrundbesitzern. Es handelt sich gar nicht um Wälder, sondern um Plantagen von schnell wachsenden Eukalyptusbäumen, die für die Dorfbewohner nur wenig von Nutzen sind, da sie weder Viehfutter noch Dünger hervorbringen... So vergrößert die 'soziale Forstwirtschaft' also noch den Hunger in der Dritten Welt. Sie trägt zur Arbeitslosigkeit bei, da Eukalyptusplantagen nur in der Phase der Anpflanzung arbeitsintensiv sind. Die Menschen werden gezwungen, den natürlichen Wald zu roden, um das Holz als Brennholz zu verkaufen. Der tropische Wald wird so eher noch mehr gefährdet." (Aus einem Brief von E. Goldsmith, dem Herausgeber von "The Ecologist" an den Präsidenten der Weltbank - abgedruckt in "Wechselwirkung" Nr.38)

Natürlich besteht ein großer Anreiz zu "wildem" Rodungen, da diese noch immer billiger sind als die gesetzlich vorgeschriebene Wiederaufforstung. Das läßt für die indianische Bevölkerung in dem Gebiet (mehr als 13 000) schlimme Folgen befürchten, zumal 16 von 27 Indiogebieten noch keinen legalen Status haben.

kleinert, aber selbst in den ihnen zugewiesenen Schutzgebieten (terras indígenas) sind sie keineswegs vor den Auswirkungen der Kapitalisierung Amazoniens geschützt. Die Geschichte der Agrarkolonisation ist auch die Geschichte der Verdrängung und Massakrierung der Indios. Der jüngste grausame Vorfall ereignete sich im Westen Amazoniens. Dort ermordete am 28.3. dieses Jahres ein Großgrundbesitzer und Holzhändler mit seinen Leuten 14 Tikunas. Übergriffe und Massaker an Indios sind keine brutalen Einzelfälle, sondern entspringen der Logik der Expansion und Verwertung, für die die Indios ein reiner Störfaktor sind. So erklärte der Hauptbeschuldigte für das Massaker an den Tikunas: "Die bereits zugewiesenen Gebiete sind doch mehr als genug für die Bedürfnisse dieser Leute, die doch fast nichts produzieren:" (Folha de São Paulo vom 22.4.88)

3. "Grenzsicherung": Das Projekt Calha Norte Neben den privaten Investoren spielen der brasilianische Staat und die Militärs eine entscheidende Rolle bei der "Erschließung" Amazoniens. Besonders weitreichend ist dabei das Projekt "Calha Norte", das der Sicherung der nördlichen Grenzen dienen soll. Die Freigabe der Gelder hat bereits begonnen. Das Projekt wurde von den Militärs im Nationalen Sicherheitsrat unter strikter Geheimhaltung konzipiert und über die autoritären Mechanismen des alten Regimes vorbei am Parlament beschlossen. 14% der Fläche Brasiliens sind betroffen, i.w. die Grenzgebiete zu Venezuela, Kolumbien, Surinam und Guyana. 78% der Ausgaben sind für militärische Verwendung vorgesehen, erklärtes Ziel des Projektes ist es, die staatliche Kontrolle in diesem Raum zu verstärken, bzw. überhaupt zu etablieren. Die Begründungen sind dabei teilweise absurd. So wird das Gespenst einer kommunistischen Bedrohung durch eine instabile Lage im karibischen Raum an die Wand gemalt und ein verstärkter Kampf gegen den (insb. Kokain-) Schmuggel proklamiert. Wer allerdings andere Grenzen Brasiliens kennt (Paraguay) weiß, daß die Präsenz von Militärs dem Schmuggel eher Auftrieb verleiht.

Für die Militärs sind unkontrollierte Räume ("Vakuum") ein Horror, die Indios werden damit zu einem Sicherheitsrisiko. Eine konsequente Politik für die eingeborenen Völker müßte ihnen in ihren Stammesgebieten die volle Souveränität zugestehen, da die Organisation des Stammes ja gerade nicht mit staatlichen Mechanismen kompatibel ist. Das Projekt "Calha Norte" verfolgt genau das entgegengesetzte Ziel. Es sieht die besondere juristische Konstruktion "colônia agrícola" vor, in der jeder Familie 100 ha Land zustehen, eine Verteilungsform, die an den kollektiven Nutzungen von Stammesgesellschaften vorbeigeht. Indiogebiete (terras indígenas) dürfen nach diesen Plänen nicht mehr ausgewiesen werden.

Weiter sollen von dem Projekt "Entwicklungsimpulse" für den abgelegenen Raum ausgehen, mit den schon absehbaren Konsequenzen. 80 000 Indios leben in diesem Gebiet, sie sind unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. P. Suess, der Beauftragte der Brasiliani-

schen Bischofskonferenz für Indiofragen, hat die Planungen der Militärs als Ethnozid - Projekt bezeichnet.

WIDERSTAND IN AMAZONIEN

Das hier gezeigte Bild ist düster, daran gibt es nichts zu deuten. Die Zerstörung Amazoniens ist nicht die unbeabsichtigte Folge einer "wilden" Entwicklung, sondern absehbare Konsequenz der bewußt und geplant betriebenen Erschließung dieses Raumes. Dennoch hat sich in den letzten Jahren auch eine positive Entwicklung angedeutet. Der Widerstand gegen die Zerstörung des Regenwaldes ist nicht mehr die Sache einiger Umweltschützer, die mit ihren paternalistischen Ratschlägen gerade in Brasilien eher den Verdacht aufkommen ließen, hier sei ein neuer Öko-Imperialismus am Werk (Motto: Wälder für euch - High Tech für uns), der die Reservativierung der Dritten Welt betreibt.

Zunehmend haben in den letzten Jahren die Indios und andere Bewohner Amazoniens begonnen, sich selbst zu organisieren und, statt zurückzuweichen, Forderungen zu formulieren und politisch zu artikulieren. Das ist nicht unproblematisch, da ja Stammesgesellschaften kollektive Lebensformen praktizieren, die mit der politischen Konstruktion einer zivilen Gesellschaft auf der Grundlage individueller Rechte nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Ziel der Indios ist ja auch nicht die Partizipation an der bürgerlichen Gesellschaft, sondern das kollektive Recht der autonomen Entfaltung als Stamm. Dennoch: Bei der Diskussion um die Stellung der Indios in der neuen Verfassung Brasiliens waren die Indios - unterstützt von kirchlichen Gruppen und Anthropologen plötzlich präsent. Sie, die den rechtlichen Status von unmündigen Kindern haben und von einer staatlichen Behörde verwaltet werden, zogen selbst nach Brasília und artikulierten politische Forderungen - z.T. mit Erfolg (vgl. LN 171/172).

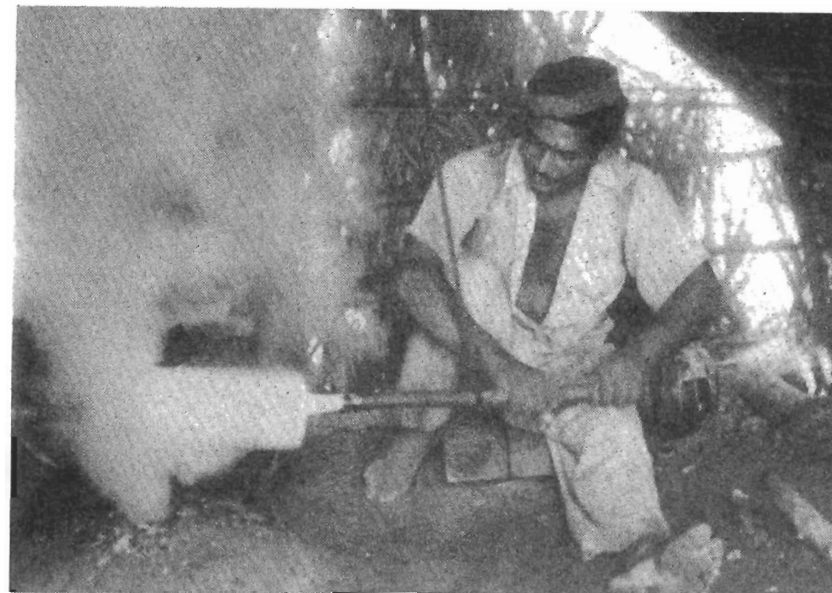
Nach dem Massaker im März sind die Tikunas aktiv geworden, haben eine Delegation entsandt, die mit führenden Politikern verhandelt hat (u.a. mit Justizminister Brossard) und erreicht, daß der Hauptverantwortliche für das Massaker festgenommen wurde. Im April dieses Jahres haben die Tikunas - mit 20 000 Menschen der größte Stamm Brasiliens - den ersten Streik in ihrer Geschichte organisiert. Grund: Die staatliche Indiobehörde wollte Lehrer entlassen, weil diese von den Tikunas selbst entwickelte Unterrichtsmaterialien verwendet hatten. Daraufhin entließen die Tikunas die Indiobehörde und untersagten ihr den Zutritt zum Stammesgebiet.

GUMMIZAPFER OHNE HERREN

Die Indios sind nicht die einzigen Bewohner Amazoniens, die sich der Verwüstung entgegenstellen. Von der internationalen Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen haben die Kautschukzapfer eine

Gewerkschaft gegründet, die sich ausdrücklich gegen die Zerstörung des Regenwaldes zur Wehr setzt. Die Kautschukzapfer - seringueiros - sind mit dem großen Kautschukboom (d.h. etwa seit 1840) nach Amazonien gekommen und auch geblieben, als nach dem 2. Weltkrieg die Kautschukgewinnung im großen Stil endgültig zusammengebrochen ist. Seit dieser Zeit haben sie immer mehr Autonomie erlangt, da sich die Besitzer der Kautschukpflanzungen, die patrões, nach und nach zurückzogen. Die seringueiros befreiten sich so von allen Formen direkter Ausbeutung und arbeiten auf eigene Rechnung auf Land, das niemand beanspruchte. Sie praktizieren dabei eine Mischung aus einer auf den Markt orientierten Sammeltätigkeit und Subsistenzwirtschaft. Dabei haben sie produktionsformen entwickelt bzw. von den Indios übernommen, die den Regenwald nicht zerstören. Natürlich haben die seringueiros keine legalen Besitztitel, und trifft die "Erschließung" des Gebietes und die Verwandlung des Landes in Immobilien gerade sie. Zwanzig Jahre nachdem die letzten patrões gegangen sind, kommen die neuen Herren, die das Land "gekauft" haben und nun Viehweiden anlegen wollen. Der Widerstand der seringueiros formierte sich primär in Acre, wo die Invasion der neuen Investoren besonders massiv war. 1973 organisierten sie die ersten "empates", Blockaden, um Abholzungen zu verhindern, 1980 gab es Gewerkschaftsgruppen bereits in 60% aller Landkreise Acres.

Die Organisation der seringueiros war von Anfang an von massiver Repression bedroht. 1981 verhaftete die Militärpolizei nach einer Demonstration in Xapuri, einem des gewerkschaftlichen



Gummizapfer beim Herstellen eines Kautschukballen

einer Demonstration in Xapuri, einem Zentrum des gewerkschaftlichen Kampfes, 180 seringueiros. Die Situation hat sich dort in der letzten Zeit noch verschärft. Am 18. Juni dieses Jahres ist das Gewerkschaftsmitglied Ivair Iginio de Almeida ermordet worden. Angesichts wachsender Repression ist es notwendig, daß der Kampf der seringueiros von der internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Die zentrale Forderung der Gewerkschaft ist die Einrichtung von sogenannten "reservas extractivas", d.h. von Gebieten, die einer traditionellen Nutzung vorbehalten bleiben sollen und auf keinen Fall gerodet werden dürfen. Inzwischen sind in Acre tatsächlich "reservas extractivas" ausgewiesen worden, im Zusammenhang mit dem Ausbau einer Straße (der BR 364) fordern die seringueiros die Anerkennung von 25 weiteren "reservas extractivas".

Bei dem Kampf um die Erhaltung des Regenwaldes geht es also nicht um die Rettung einer "unberührten" Landschaft, sondern um die Wahrung von Lebensraum für viele Menschen, die von der agroindustriellen Entwicklung unmittelbar bedroht werden: 500 000 Menschen (die Zahl ist eine offizielle Schätzung) leben als Gummisammler in Amazonien. Aufgabe europäischer Umweltorganisationen muß in erster Linie die Unterstützung des Kampfes der Bewohner Amazoniens sein, nicht die Entwicklung von grandiosen Plänen, wie man von hier aus den Regenwald rettet.

Ailton Krenak hat auf einer Konferenz in Italien solchen Hirnspinnstücken eine pointierte und wohlbegründete Abfuhr erteilt. Als der Vorschlag gemacht wurde, Regenwaldgebiete zu kaufen oder gegen Schulden zu tauschen, antwortete er: "Habt ihr denn nicht begriffen, daß diese Geschichte der Zerstörung der Natur genau da begonnen hat, als eure Vorfahren ankamen, um das Land zu kaufen oder zu verkaufen, daß unsere Vorfahren besaßen. Die Weißen müssen aufhören mit dieser fixen Idee, daß man alles verkaufen und kaufen kann."

Thomas W. Fatheuer

Weitere aktuelle Informationen über Amazonien finden sich in der empfehlenswerten August-Ausgabe (Nr.38) der Zeitschrift "Wechselwirkung" mit dem Schwerpunkt "Schuldenkrise und Umweltzerstörung". Bezug direkt über den Verlag (Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61)

Außerdem:

"Indianer und Großprojekte" - Brasilien Nachrichten 97/1987 (Bezug: LN Vertrieb, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61)

"Amazonien - eine indianische Kulturlandschaft" - Ausstellungskatalog. Die Ausstellung wird im September auch in Berlin zu sehen sein.

ARGENTINIEN

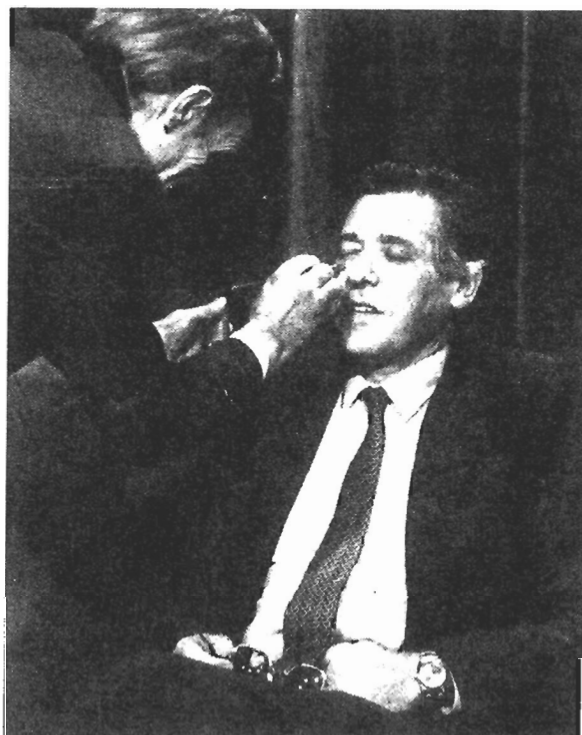
Der große Ausverkauf

Vom "Tafelsilber" redet schon niemand mehr, längst ist man bei der "Tischdecke" angelangt: In dem größten Privatisierungsprogramm der argentinischen Geschichte verschreibt die Regierung Alfonsíns systematisch die staatlichen Wirtschaftsunternehmen an ausländische Konzerne. Einst als Motoren einer nationalen Wirtschaftsentwicklung aufgebaut, werden nun die staatlichen Fluggesellschaften und die petrochemische Industrie, die Energie- und Gasunternehmen und das Telefonsystem, die Eisenbahn und Fernsehkanäle, ja selbst die Rüstungsfabriken der Militärs und das nationale Atom-Programm (s. d. folgenden Artikel) Opfer der "Entstaatlichung". Einen Ansatz um die ökonomische Misere Argentiniens zu überwinden, bildet diese "Demonopolisierungskampagne" jedoch keineswegs: Das "erwirtschaftete" Geld dient lediglich dazu, die Zinszahlungen für die weiter steigende Auslandsverschuldung aufrecht erhalten zu können.

Dazu kommt, daß die privaten "Investoren" natürlich nur an denjenigen Unternehmen bzw. Unternehmensteilen interessiert sind, die profitabel arbeiten - oder die durch Entlassungen, Rationalisierung, Preiserhöhungen und ähnliche Maßnahmen aus der Zaubertüte der befreiten Marktkräfte leicht zu gewinnabwerfenden Unternehmen gemacht werden können. Die Betriebe hingegen, die tatsächlich chronisch defizitär sind (wie der öffentliche Nahverkehr, die Müllabfuhr etc.) finden keine Käufer und bleiben Aufgabe des Staates. Denn zumindest eine Grundversorgung auch der armen Bevölkerung wird (noch?) für unabdingbar gehalten; und derart drastische Preiserhöhungen, daß dieses Geschäft auch für private Firmen interessant würde, sind nicht oder nur gegen große soziale Widerstände durchzusetzen. Dem Staat bleibt die Drecksarbeit überlassen, oder wie der für die Privatisierungen verantwortlich zeichnende "Minister für Öffentliche Werke" Rodolfo Terragno es schöner ausdrückte: "Der Staat muß all die Arbeit übernehmen, die notwendig ist, und die die private Aktivität nicht übernehmen kann." (Página/12, 1.11.87)

KAUF OHNE RISIKO UND OHNE SCHULDEN

Darüberhinaus sind aber auch bei den Unternehmens-Privatisierungen die Bedingungen nur allzuoft alles andere als vorteilhaft für die Staatskasse. So wurde der erste spektakuläre Privatisierungs-Deal, der Verkauf der staatlichen Fluggesellschaft "Aerolíneas Argentinas" an die Scandinavian Airlines (SAS) im Februar zwar von der Regierung groß gefeiert; der Preis dafür war allerdings hoch: Ob-



Wirtschafts-
minister
Sourrouille:
das letzte
Make-Up

wohl die SAS 40% der Anteile von Aerolíneas aufkauft, übernimmt das Unternehmen keinen einzigen Cent der über 1 Mrd. US-\$ Schulden der argentinischen Fluggesellschaft. Die behält in Gänze der Staat mit seinem 51%igen Anteil.

Die verbleibenden 9% Aktienanteile sollen an die Beschäftigten von Aerolíneas vergeben werden. Mit dieser Geste gelang es der Regierung, die betroffenen Gewerkschaften ruhigzustellen. Sie hatten seit Anfang Februar gegen die Privatisierungspläne protestiert und gestreikt.

Der Plan für diese "De-Monopolisierungs-Kampagne" war vom "Privatisierungsminister" Terragno Anfang dieses Jahres öffentlich verkündet worden. Er sieht vor - so Terragno - die defizitären Unternehmen des Landes zu sanieren. Betroffen von diesen Maßnahmen sind die unterschiedlichsten Bereiche, wie die staatlichen Energie-Unternehmen (Gas del Estado und SEGBA), die erdölfördernde und petrochemische Industrie (allen voran der Großkonzern YPF), die Telekommunikationssysteme und sogar die Eisenbahnlinien, das Symbol der nationalen Industrialisierungspolitik des Peronismus in den 40er und 50er Jahren.

Im Mai wurde die Liste der betroffenen Unternehmen noch ausgeweitet. Nun sollen auch TV-Kanäle, ein Großteil des industriellen

Komplexes der Militärs (Fabricaciones Militares) mit seinen über 10 Rüstungsfabriken und die Nationale Atomenergiebehörde CNEA "de-monopolisiert" werden.

SANIERUNG DER WIRTSCHAFT DURCH DAS AUSLAND?

Im Mai wurde dann auch der als "historisch" gefeierte Vertrag mit Italien unterzeichnet, demzufolge Italien zwischen 1988 und 1992 4,5 Mrd. US-\$ in Argentinien investieren will. Die Privatinvestoren Italiens interessieren sich vor allem für den zukunftssträchtigen Bereich der Petrochemie sowie für die lukrative Erneuerung und Digitalisierung des Telefonnetzes von Buenos Aires.

Zwei Wochen später wurde ein zweiter ähnlicher Vertrag mit Spanien abgeschlossen. Spanien erhofft sich sowohl in den schon von Italien "beanspruchten" Bereichen einträgliche Investitionsmöglichkeiten als auch beim Telekommunikationssystem des gesamten Landes (ENTEL) sowie beim nationalen Gas-Unternehmen "Gas del Estado" und dem Eisenbahnnetz.

So kam Spanien im März beim zweiten großen Schritt des "Staatsausverkaufs" zum Zuge. Die spanische Telefongesellschaft CTNE übernimmt zu denselben Konditionen wie beim Verkauf der Aerolíneas-Anteile (keine Schuldenübernahme) 40% von ENTEL. Sie beabsichtigt, in Argentinien eine vollkommen neue Telefongesellschaft zu gründen.

Neu an diesem zweiten großen Deal ist jedoch, daß nun auch private argentinische Investoren einen Teil der verbleibenden Aktien über-



Schwerbewachter Besuch: US-Außenminister Shultz in Buenos Aires

nehmen können. So soll also in zweiter Instanz auch das nationale Kapital den Sprung in die Modernisierungsaktivitäten des Staates schaffen.

Bei diesem, wie schon bei dem vorhergehenden Verkauf, ist es die Weltbank, die als "unabhängige" (?) Institution den Wert der argentinischen Unternehmen bestimmen soll, um dann den genauen Preis der Aktien festlegen zu können.

In Argentinien sucht man nun nach weiteren interessierten Firmen für die Staatsunternehmen. Italien zeigt inzwischen auch schon Interesse an nicht ursprünglich in den Plänen enthaltenen Unternehmen wie der Fisch- und Agroindustrie in Patagonien sowie an Schiffbauprojekten. Auch mit der BRD und der Schweiz erhofft sich Alfonsín zum Ende dieses Jahres weitere "Geschäftsabschlüsse".

Nach einem halben Jahr Privatisierungen zog die Regierung im letzten Monat ein Fazit ihres Programms: In allen privatisierten Bereichen sei ein Produktionszuwachs zu verzeichnen, aber finanziell sehe die Situation immer noch schlecht aus. Denn die weiter steigende Inflation entwertet zunehmend die Einnahmen aus den Privatisierungsverkäufen.

Alfonsín hofft darauf, daß sich die weitergehenden Auswirkungen der Privatisierungen und des jüngst verkündeten "Frühlings-Plans" (s. Kasten) noch rechtzeitig vor den Wahlen im kommenden Jahr positiv bemerkbar machen. Das müssen sie wohl auch, will seine Radikale Bürgerunion (UCR) die Wahl gewinnen. Nicht umsonst betonte der Nachfolgekandidat Alfonsíns, Eduardo Angeloz, daß er mit der

KEIN FRÜHLING MIT DIESEM PLAN!

Anfang August hat die Regierung einen neuen Wirtschaftsplan bekanntgegeben, just nach der Rückkehr des Zentralbankpräsidenten Machinea und des Finanzministers Brodersohn von Verhandlungen mit dem IWF und "zufällig" in Anwesenheit des US-amerikanischen Außenministers George Shultz in Buenos Aires. Der "Plan Primavera" (Frühlingsplan) umfaßt eine drastische Abwertung der argentinischen Währung, Senkung der Mehrwertsteuer, kurzfristigen Preisstop (kein Lohnstop), die Ankündigung, bis zu 30.000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Sektor zu entlassen, Freigabe des Devisenkurses für Importwaren, aber Abrechnung der Agrarexporte zum niedrigen offiziellen Kurs (um einen Teil der Gewinne durch die - dank der Dürre in den USA - hohen Weltmarktpreise abzuschöpfen) sowie weitere Maßnahmen, die die umlaufende Geldmenge begrenzen und Industrie-Exporte fördern sollen. Der Preisstop wurde mit dem Unternehmerverband vereinbart, eine effektive Kontrolle gibt es jedoch nicht. Unternehmer wie Regierung haben vorher allerdings noch einmal kräftig zugelangt: Innerhalb weniger Tage stiegen die öffentlichen Tarife wie die Verbraucherpreise um durchschnittlich 30 % an.

gegenwärtigen Inflationsrate (allein für den Monat Juli lag sie bei 25%!) nie und nimmer die Wahl gewinnen könne. Darüberhinaus ist es offensichtlich, daß mit der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik dem angestrebten Wahlbündnis mit der kleinen, erz-konservativen und wirtschafts-liberalen UCêDé der Boden bereitet werden soll.

LÖCHERSTOPFEN OHNE PERSPEKTIVEN

Dieser "große Ausverkauf" der staatlichen Betriebe ist im Grunde das offene Eingeständnis der Regierung, daß nun das zweite von ihr verfolgte Wirtschaftskonzept endgültig gescheitert ist.

Das erste nach dem Wahlsieg 1983 unter Wirtschaftsminister Grinspun begonnene Konzept wollte über Realloohnerhöhungen die Nachfrage beleben und damit die Wirtschaft reaktivieren. Es mußte jedoch schon sehr bald aufgegeben werden, als deutlich wurde, daß die Inflation damit nicht in den Griff zu bekommen war, und der IWF sich auch von der "jungen Demokratie" keine Hinhalte-Taktik in der Verschuldungsfrage gefallen lassen würde. Indem die Bedienung der Auslandsschulden als oberste Priorität der argentinischen Wirtschaftspolitik durchgesetzt wurde, war einem derartigen "keynesianistischen" Ankurbelungsprogramm die finanzielle Basis entzogen. Grinspun mußte seinen Hut nehmen.

Mit seinem Nachfolger Sourrouille und dem "Plan Austral" begann 1985 die zweite Phase der Wirtschaftspolitik der Regierung Alfonsíns. Es war der vielbeachtete Versuch, über ein "Stabilisierungsprogramm" die Inflation zu bekämpfen und die argentinische Ökonomie auf die Schuldendienstzahlung auszurichten, aber ohne die übliche Roßkur des IWF in allen ihren Punkten zu übernehmen. Mit der gegenwärtigen unkontrollierten Inflation und einer stetigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation ist auch dieses Programm ganz offensichtlich am Ende.

Die gegenwärtige Privatisierungskampagne und der mehr wahlstrategisch als ökonomisch motivierte "Frühlings-Plan" können somit als dritte Phase in der wirtschaftspolitischen Entwicklung Argentiniens seit dem Ende der Militärdiktatur betrachtet werden. Das große Durchwursteln, über die Zeit retten, Löcher stopfen, kurzfristige Managen der Krise ist angesagt. Nach weitergehenden Konzeptionen oder gar dem Versuch, einen möglichen Entwicklungsweg zumindest als Programm zu entwerfen, sucht man vergebens.

Dies böte die regierende UCR erst mit ihrem Kandidaten für die Alfonsín-Nachfolge (s. auch LN 171): Eduardo Angeloz verzichtet auf die substanzlosen Möchte-gern-sozialdemokratisch-Allüren der Alfonsín-Regierung; mit ihm wird der von staatlicher Einmischung befreite Wirtschaftsliberalismus und die orthodoxen Inflationsbekämpfungsmaßnahmen und die korrekte Bedienung der Auslandsschuld klar und deutlich zum Programm erhoben.

Roman Herzog / Bert Hoffmann

Atomare Privatisierung

Auch die Nationale Atomenergiebehörde Argentiniens (CNEA) ist mittlerweile ins Visier der "Privatisierer" geraten. Schweizer und kanadische Firmen sowie die Siemens-Tochter KWU hatten bereits in der Vergangenheit die wirtschaftliche Funktion der CNEA zunehmend untergraben (s. LN 128, 152, 160). Mit der Ankündigung, die CNEA in großen Teilen privatisieren zu wollen, öffnet ihnen die Regierung Alfonsíns die Tür für weitere lukrative Geschäfte. Auch von Seiten der Militärs ist bereits Zustimmung signalisiert worden.

Den Ausbau des nationalen Atom-Programms stellt in Argentinien im Moment wie schon in der Vergangenheit kaum jemand ernstzunehmend in Frage. Auch für die traditionelle "Linke" ist das Atom-Programm ein Ausdruck der nationalen Souveränität. Die Frage lautet nur, wie dieser Ausbau vonstatten gehen soll. Hierbei zeichnet sich in den letzten Monaten ein zunehmender Konflikt ab, zwischen den privaten, vom Ausland abhängigen Unternehmen und der staatlichen Behörde CNEA.

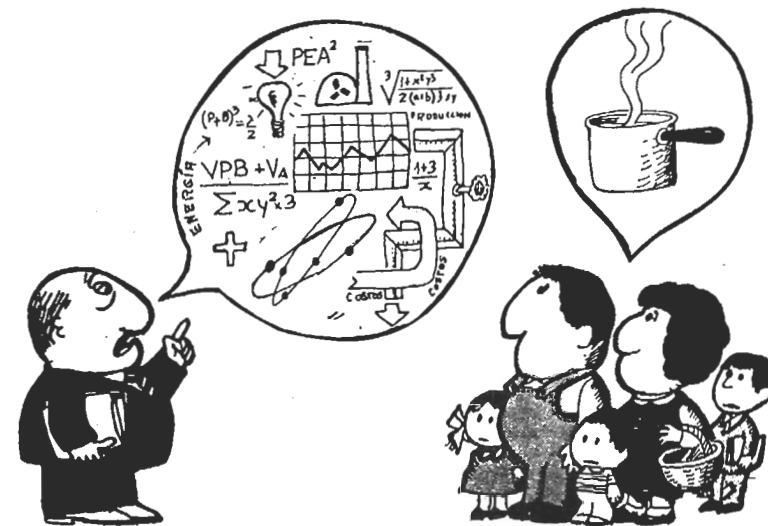
Insbesondere die drei in der "Nucleartechnologie-Assoziation" zusammengeschlossenen privaten Firmen SADE, Techint und Pescarmona haben gezielt auf ein Konzept der Privatisierung ("Dezentralisierung") der CNEA und ihre Umwandlung in eine Aktiengesellschaft hingearbeitet. Eine Vorkämpferrolle in der öffentlichen Diskussion nimmt der Präsident von SADE, Vittorio Orsi, ein.

Mit der Privatisierung wollen sich die Unternehmen vor allem die Uranförderung, das Ingenieurswesen und Teile der ergänzenden Technologien, wie die Gebrauchsgüterproduktion hoher Präzision, sichern. Ein weiterer lukrativer Bereich sind die 200 Mill. US Dollar, die die CNEA jährlich durch den Verkauf des Stroms erwirtschaftet. (Klar ist, daß der Staat weiterhin für die unrentablen Bereiche der Atomwirtschaft aufkommen soll...)

Hinter diesen argentinischen Firmen stehen - wie sollte es auch anders sein! - auch ausländische Konzerne, die am argentinischen Atom-business interessiert sind. So die schweizer Firma Sulzer Brothers Ltd., die schon von der im August 1986 von Präsident Alfonsín erteilten Genehmigung zum Export von Schwerwasserreaktoren profitierte. Sie hat in Argentinien den Schwerwasserreaktor von Arroyito in Neuquén gebaut, bei dem als "Abfallprodukt" waffenfähiges Plutonium anfällt. Selbiges Unternehmen, das ebenfalls gute Verbindungen auf dem Atom-Technologie-Sektor zu Indien besitzt, will in Patagonien ein atomares Endlager bauen (s. Kasten). Hierbei arbeitet Sulzer direkt mit den argentinischen Firmen SADE und Techint zusammen. Sulzers Ingenieure bauen weiterhin am Atomreaktor Atucha II, ein Projekt, das, wenn es fertig gestellt sein wird auf Grund der enormen Baukosten den teuersten Strom der Welt liefert.

Für den Schwerwasserreaktor in Arroyito werden nun 18 Spezialisten auf Kosten der CNEA in der Schweiz und in Indien ausgebildet. Diese Techniker, ursprünglich bei der CNEA angestellt, werden jetzt von den privaten Firmen durch höhere Löhne "abgeworben". Da der CNEA dann lediglich zwei geeignete Techniker verbleiben, wird deutlich, daß die "Privaten" das geschulte Personal monopolisieren. Wenn also der Reaktor irgendwann seinen Betrieb aufnehmen sollte, wird es nur autorisierte Techniker von SADE, Techint oder Sulzer selbst geben.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß einer Privatisierung der staatlichen Atombehörde schon subtil, z.B. durch die Verfügung über geeignetes Personal, vorweggegriffen wird.



Mit der Privatisierung der CNEA würden ebenfalls große Uranvorkommen der staatlichen Kontrolle entzogen. Doch auch hier wurde schon vorausgearbeitet. Neben der Privatisierung von Uran-Minen in den Provinzen Salta und Chubut vergab die CNEA bereits Konzessionen zur Ausbeutung des Natururan in einem der größten Vorkommen Amerikas in San Rafael (Provinz Mendoza) an die private französische Firma TOTAL. Die Weichen hierfür stellte Raúl Alfonsín im Dezember '86 mit der Modifizierung des Gesetzes zum Export von Natururan. Während vorher nur 25% des Rohstoffes in den Export gehen durften, wurde dies nun auf 100% ausgeweitet - ohne Auflagen.

Für Frankreich sind derartige Geschäfte unabdingbar, da das Land selbst über keine nennenswerten Uranvorkommen verfügt, aber bekanntlicherweise einen hohen Uranbedarf hat.

Darüber hinaus ist die CNEA bereits jetzt mit den Unternehmen, die die nuklearen Kraftstoffzyklen monopolisieren, verbunden. CONUAR S.A. produziert Uran-Brennstäbe und FAE fertigt spezielle Legierungen. Die Liste der Verbindungen privater Firmen mit der CNEA ließe sich noch weiter fortsetzen. Erwähnt werden soll noch die große Computer-Firma ALTEC, die vor allem die staatliche Atombehörde beliefert und wiederum von anderen Unternehmen kontrolliert wird. Ein scheinbar endloser Filz...

Eines ist jedoch klar: All diese Privatunternehmen verfolgen schon seit einiger Zeit die "Zerstückelungstaktik", die der nun anstehenden Privatisierung der staatlichen Atomgewalt vorangegangen ist. So liegt der private Anteil an der Atomwirtschaft Argentiniens schon heute bei 47%. Die genaueren Konzeptionen der "CNEA-De-Monopolisierung" sind noch nicht bekannt, aber die Behörde ist in dem im Mai verkündeten "Erweiterungsprogramm" zur Privatisierung enthalten.

ATOMMÜLLENDLAGER IN PATAGONIEN

Nachdem es lange als Gerücht kursierte, ist es nun amtlich: In Gastre, in der Provinz Chubut im Süden Argentiniens, soll ein großes Nuklearmüll-Endlager gebaut werden. Gastre ist ein Dorf von nicht mehr als 400 Einwohnern und befindet sich in einer touristisch genutzten Zone, kaum 50 km von der chilenischen Grenze entfernt. Das Projekt selbst wird jedoch auch weiterhin unter strengster Geheimhaltung vorangetrieben. Daher gibt es bisher kaum genaue Informationen über die Pläne.

Fest steht jedoch: Bauen soll das Endlager die Schweizer Firma Sulzer Brothers Ltd. Somit dürfte auch klar sein, wer neben Argentinien, das bisher nur geringe Mengen radioaktiven Mülls entsorgen muß, seine Abfälle dort einlagern will. Denn die Schweiz verfügt über keine geeigneten Atommüllendlager. Außerdem soll in Gastre auch der Bomben-Rohstoff Plutonium von den Brennelementen isoliert werden.

Gegen dieses erste Atommüllendlager in Lateinamerika mobilisieren die Mitglieder des chilenischen Komitees für Abrüstung und Abbau der Nukleartechnologie. Mit einer Unterschriftenaktion versuchten sie die Genehmigung für den Bau der Atommüll-Depotie in Gastre durch Präsident Alfonsín zu verhindern - bislang allerdings erfolglos.

Aber nicht nur die Schweiz, sondern auch die BRD und Kanada erhoffen sich über eine wachsende Privatisierung eine Steigerung ihres Technologie-Exports.

Das Unternehmen, in dem der ausländische Einfluß am deutlichsten wird, ist wohl die argentinische Organisation ENACE S.A.. Nach Tschernobyl auf Initiative der KWU gegründet, organisiert ENACE S.A. den Ausbau des gesamten Atomprogramms und den Export in Dritt-Länder. Diese "by-pass-Organisation" gehört zu 75% der CNEA und zu 25% der Siemens-Tochter KWU. Das deutsche Unternehmen besitzt jedoch ein Vetorecht und hat somit wesentlich höheren Einfluß.

Die Arbeiter der CNEA sprechen sich aus Angst vor dem Verlußt ihrer Arbeitsplätze vehement gegen eine Privatisierung aus. Ihre gewerkschaftlichen Vertretungen fordern einen Ausbau des Atomprogramms, aber national und staatlich.

Mit der anstehenden "Privatisierung des Atoms" verändern sich auch die Bedingungen für die Atombomben-Produktion "made in Argentina". So hat es besondere Bedeutung, wenn der Ex-Vizeadmiral und Ex-CNEA Chef unter der Militärdiktatur Carlos Castro Madero den Privatisierungsplänen grundsätzlich seine Zustimmung gegeben hat. Die Regierung Alfonsín selbst hält sich mit Äußerungen zu diesem Thema sehr zurück.

Roman Herzog / bh

Hintergrundinformationen zum Deutsch-Argentinischen Atomgeschäft und zum Aufbau der argentinischen Atomindustrie gibt die Broschüre des FDCL: "Der Griff nach der Bombe - Das deutsch-argentinische Atomgeschäft".

*Zu bestellen bei: Lateinamerika Nachrichten-Vertrieb
Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61*

2 700 000 000 DM GEWINN

Post und Telefon sind in Argentinien für gewöhnlich das einfache und auch so anschauliche Paradebeispiel der "Privatisierer" dafür, daß staatliche Betriebe grundsätzlich und automatisch und immer katastrophal funktionieren, ineffizient sind und Riesen-Defizite verursachen.

Nun, nicht nur, daß die nicht-privaten Telefone bei uns ja an sich ganz prima funktionieren, da lese ich auch noch in der ZEIT vom 5.8., daß die Bundespost mit 2,7 Mrd. (!) DM Gewinn(!) im Jahr 1987 von allen bundesdeutschen Unternehmen den mit Abstand höchsten Jahresgewinn erwirtschaftet (die 1,7 Mrd. DM vom zweiten der Hit-Liste, Daimler-Benz, nehmen sich dagegen fast mickrig aus).

Vielleicht gäb's da also doch noch andere Gründe.

Doch in Argentinien haben den Rückenwind zur Zeit die großen Vereinfacher.

Die Rückkehr des alten Peronismus

Am 9. Juli war es in Buenos Aires schwierig, ein Taxi zu bekommen. Die beiden Verbände der Taxifahrer fuhren peronistische Parteimitglieder zu den Wahllokalen für die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten der Partido Justicialista. Der eine Verband fuhr für den Kandidaten Antonio Cafiero, Parteivorsitzender und Gouverneur der Provinz Buenos Aires, der andere engagierte sich für den Herausforderer aus der kleinen Provinz La Rioja, Carlos Saúl Menem. (Eine ausführliche Darstellung der beiden Kandidaten in LN 171) Im ganzen Land beteiligten sich 1,6 Millionen Mitglieder der mit 4,1 Millionen Mitgliedern größten Partei der westlichen Welt an der Abstimmung, der ersten dieser Art in der Geschichte der Partei. Zur Überraschung vieler wurde keine einzige Unregelmäßigkeit, kein Zwischenfall bei der Wahl registriert. Ebenfalls zur Überraschung vieler gewann der Provinz-Caudillo aus La Rioja mit knapp 54% und über 100.000 Stimmen Vorsprung vor Cafiero (46%) relativ deutlich.

Trotz der Unterstützung fast des gesamten peronistischen Parteiapparats und der meisten Provinzgouverneure gelang es Antonio Cafiero nur in der Hauptstadt und in vier der 22 Provinzen des Landes mehr Stimmen als Menem zu gewinnen. Alle Andenprovinzen und der gesamte Süden Argentiniens wählte mehrheitlich Menem, zum Teil mit Traumergebnissen: Provinz La Rioja 97,9%, Catamarca 97%. Besonders bitter für Cafiero ist die Niederlage in der eigenen Provinz Buenos Aires. Vor allem im Industriegürtel am Rande der Hauptstadt holte Menem Stimmen. Auch die zweitgrößte Provinz des Landes, das industriell geprägte Santa Fe ging an den charismatischen Herausforderer.



Der triumphierende Carlos Menem mit schöner Frau (links) und seinem Vize (rechts)

MENEM AUF DEM WEG ZUR MACHT

Im Wahlkampf setzte Menem sich ein für die Besitzlosen und die von der Wirtschaftskrise am stärksten Betroffenen, die mißtrauisch gegen "die da oben" oder "die im reichen Buenos Aires" sind. Er ging in die Armenviertel und in die abgelegenen Dörfer, in die sonst nie ein Funktionär seinen Fuß gesetzt hatte. Auch wenn er dort substantiell nicht viel zu sagen hatte, er hat an ihre Existenz erinnert. Demonstrativ ging er lieber zu einer Wahlveranstaltung mit "einfachen Leuten" als zu einem vereinbarten Dinner mit dem Präsidenten der CitiBank, Argentiniens größtem privaten Gläubiger. Die Wahl Menems war eine Ohrfeige für die Macher und Funktionäre in Buenos Aires, gleichermaßen gegen die Wirtschaftspolitik der UCR-Regierung gerichtet als auch gegen Antonio Cafiero, der den Ruf nicht los wurde, mit den Radikalen zu kunkeln, ein Votum für den "alten" Peronismus mit einem charismatischen Caudillo an der Spitze einer "Nationalen Bewegung" und gegen einen "neuen", zahmen, bürgerlichen Peronismus nach europäischem Vorbild.

Noch am Wahlabend erkannte Cafiero den Sieg Menems an und bestätigte, daß die Wahlen korrekt und sauber abgelaufen waren. Keineswegs selbstverständlich, denn in den Wochen vorher waren viele Gerüchte einer kommenden Spaltung kursiert, hatten die Anhänger Menems immer wieder Unregelmäßigkeiten in den Wahllisten beklagt und auch eine Verlegung des Wahltermins um eine Woche erzwungen. Der Ablauf dieser ersten direkten Wahl des peronistischen Präsidentschaftskandidaten durch die Mitglieder sowie die relativ hohe Wahlbeteiligung daran werden viele gerne als Ausdruck der Stärke der Demokratie und des demokratischen Bewußtseins in Argentinien.

"DER CAUDILLO BIN ICH!"

Welche Bedeutung Menems Sieg für die demokratische Zukunft Argentiniens haben wird, ist jedoch noch unklar. Da Cafiero fast den ganzen Parteiapparat hinter sich hatte, nahm Menem - immer gemäß dem Motto Peróns: Politik machen ist (Kräfte) addieren - dankbar jede Unterstützung an, die sich ihm bot. Menem, der unter der Militärdiktatur fünf Jahre lang inhaftiert und unter Hausarrest war und danach mit zu den Gründungsvätern der Erneuerungsbewegung ("Renovación") des Peronismus gehörte, führte so eine bizarre, anmutende Allianz von rechten orthodoxen Gewerkschaften bis zur revolutionären peronistischen Linken an (s. LN 171).

Mit der Wahl Menems haben diese Kräfte wieder Oberwasser bekommen, sowohl in der Partei als auch - in noch stärkerem Maße - in den Gewerkschaften. So kündigte der "Menemist" Rousselot - ehemals rechte Hand des berühmten Sozialministers López Rega, der in den 70er Jahren Chef der para-staatlichen Mörderbande "AAA" war - an, er werde gegen Cafiero um den Parteivorsitz in der Provinz Buenos Aires kämpfen. Die "Gruppe der 62" orthodoxen Gewerkschaften haben auch bereits beansprucht, die einzig legitime gewerkschaftliche Vertretung der peronistischen Bewegung zu sein.

Menem selbst gab sich nach seinem Wahlsieg betont moderat. Faschistische und links-extreme Positionen hätten im Peronismus keinen Platz, ließ er seinen Vize Duhalde verkünden, und es stehe nun keinesfalls an, die gesamte Renovación in Bausch und Bogen über Bord zu werfen. Menem selbst vereinbarte mit Cafiero, die Kandidaten-Listen für die Abgeordneten-Wahlen einvernehmlich mit "Menemisten" und "Cafieristen" gleichermaßen zu besetzen. Und schließlich ging er auch noch ungeachtet seiner markigen Wahlkampfversprüche auf Good-Will-Tour in die USA und nach Europa.

"In der BRD war ich von der bayerischen Regierung eingeladen", so erläuterte Menem in einem Interview: "Ich traf dort etliche Unternehmer, unter anderem von der Firma Siemens. Siemens will sein in Argentinien investiertes Kapital ausweiten, mehr produzieren. Auch andere Unternehmen hatten großes Interesse an Argentinien. Das einzige, was sie fordern, ist politische Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Und diese Sicherheiten können wir ihnen garantieren." (El Nuevo Periodista, 5.8.88)

Menems politisches Programm beläßt er weiterhin so wenig definiert wie möglich (außer vielleicht dem Punkt "Förderung von Waffenexporten", der ist klar!). So kann Menem sich aus vollem Herzen solidarisch erklären mit Panamas Armee-Chef Noriega in seinem Konflikt mit den USA; und gleichzeitig vereinbart er auf seiner USA-Reise für September einen Vortrags-Termin bei der Heritage-Foundation, dem reaktionären "Think-tank" der Hardliner der US-Regierung, dem so prominente "Rechts-Reaganisten" wie die Ex-UN-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick oder der Lateinamerika-Beauftragte des State Departments Elliot Abrams angehören.

Das Projekt Menems, so scheint es, kann nur mit einer starken Führerfigur funktionieren, die die zahlreichen Widersprüche - wie einst Perón - in seiner charismatischen Person aufheben kann; Menem wird's schon richten, so die Hoffnung. Die gravierenden Interessengegensätze innerhalb der ihn unterstützenden politischen Gruppen seien kein Problem, "denn es gibt jemanden, der führt!", läßt Menem wissen. "Ich habe die Rolle des Führers der Nationalen Bewegung. Ohne Hochmut, ich fühle mich wohl in dieser Rolle, nicht als Nachfolger von Perón - dessen einziger Erbe ist das Volk - sondern als Beauftragter der Basis. Die hat mich zu ihrem Caudillo gemacht!"

Vermutlich wird es sich schon vor der Wahl 1989 herausstellen, wie weit es mit der Führungskraft Menems her ist. Alles deutet darauf hin, daß dem Peronismus ernste Auseinandersetzungen bevorstehen, wenn nun die Orthodoxen versuchen, ihre in den letzten Jahren verlorenen Positionen wiederzugewinnen.

UND DIE LINKE?

Während die Peronisten, die Radikalen und die erz-konservative UCeDé ihre Präsidentschaftskandidaten schon gekürt haben, ist bei

lismo (MAS) über ein Wahlbündnis auf. Da die jeweiligen Parteivorsitzenden gegenseitig nicht akzeptabel sind, wäre eine Einigung nur mit einem Unabhängigen möglich. Wunschkandidat ist der durch sein Menschenrechts-Engagement bekannt gewordene Generalstaatsanwalt Ricardo Molinas. Der wiederum war bisher Mitglied der Partido Demócrata Progresista (PDP), die jedoch ein Bündnis mit der rechten UCeDé eingegangen ist. Molinas ist inzwischen aus der PDP ausgetreten, wäre eventuell auch bereit zu kandidieren, allerdings nicht für ein Bündnis, das von den Kommunisten dominiert wird. In Frage kommen noch die gemäßigten Christdemokraten und die Partido Intransigente (PI), die mit Cafiero schon ein Wahlbündnis mit den Peronisten ausgehandelt hatten. Nach dem Wahlsieg Menems ist der interne Streit über diese Wahlaussage jedoch erneut ausgebrochen.

Die Linke könnte sich gewiß Wahlchancen ausrechnen, wenn sie in der polarisierten Auseinandersetzung zwischen dem selbsternannten "Anwalt der Armen", Carlos Menem, und dem Anwalt der Wirtschaft (er ist tatsächlich Wirtschaftsanwalt), Eduardo Angeloz, eine ernstzunehmende Alternative bilden würde. Für viele Argentinier stellt sich im nächsten Jahr die Frage, ob sie gegen Angeloz oder gegen Menem wählen werden. Sie würden es wohl begrüßen, wenn sie gegen beide Stimmen könnten.

Harald Paul / bh

Fußball, Folter, Korruption

1977 versuchte die Militärdiktatur, durch die Fußballweltmeisterschaft in Argentinien international ihr Image zu verbessern. Gleichzeitig bot die Organisation des Spektakels den Militärs, Baufirmen und anderen gute Möglichkeiten zur finanziellen Bereicherung, Veruntreuung und Unterschlagung. Einer der eklatantesten Fälle soll jetzt vor Gericht aufgeklärt werden.

Am 7. Juli 1988 eröffnete der Generalstaatsanwalt Ricardo Molinas ein Strafverfahren wegen Betruges zum Schaden des Staates in Höhe von 10 Mio. Dollar gegen General Luis Merlo, da-

mals Präsident der offiziellen Körperschaft, die die WM organisierte. Merlo hatte Verträge mit drei Vereinen unterzeichnet, denen der Staat Millionen-summen für den Ausbau ihrer Stadien zur Verfügung stellte, rückzahlbar in 40 Halbjahres-raten - ohne Inflationsausgleich. Aufgrund der chronisch hohen Inflationsraten in Argentinien wurde für die Vereine die Rückzahlung der Raten immer einfacher: Momentan entspricht die Jahresrate, die der Verein River Plate zahlt, noch dem Gegenwert von sechs Dollar, Rosario Central zahlt 3,60 und Vélez Sarsfield 2,50 Dollar an den Staat zurück.

Chilenen in Buenos Aires verhaftet

BEI ABSCHIEBUNG DROHT IHNEN FOLTER

Ende Juli wurden in Buenos Aires drei chilenische Staatsangehörige verhaftet. Rolando Amador Escobar Ibáñez, Iván Kaljevic Labra und Héctor Luis Palma werden Paßfälschung und illegaler Waffenbesitz vorgeworfen. Die Behörden der chilenischen Diktatur werfen diesen Personen die Teilnahme an bewaffneten Anschlägen in Chile vor und haben deshalb von Argentinien ihre Auslieferung verlangt.

Der zuständige argentinische Staatsanwalt ist bereits nach Chile gereist, um "weitere Informationen über diese Personen einzuholen". Aber selbst wenn dem Auslieferungsersuchen nicht stattgegeben wird, droht den drei Chilenen die Abschiebung, da sie - aufgrund der bei ihnen gefundenen falschen Pässe - nicht über eine gültige Aufenthaltsgenehmigung für Argentinien verfügen. In jedem Fall - bei Auslieferung oder Abschiebung - droht ihnen in Chile Inhaftierung und Folter.

Die konstitutionelle Regierung Argentiniens hat als eine der ersten der Welt die UN-Antifolterkonvention vom 26. Juni 1987 unterzeichnet und ratifiziert. Nach dieser Konvention dürfen Personen nicht in "Länder ausgewiesen, abgeschoben oder ausgeliefert werden, in denen ihnen Folter droht".

Wir möchten die LeserInnen bitten, sich für die drei Chilenen einzusetzen, indem sie Briefe und Telegramme senden an:

Ministro de Educación y Justicia	Botschaft der
Dr. Jorge Sábato	Republik Argentinien
Palacio Pizzurno	Adenauerallee 50-52
Buenos Aires C.F.	5300 Bonn 1
Argentinien	

Bitte fordert diese Personen auf, ihren Einfluß geltend zu machen, daß den Chilenen ein Verbleibsrecht in Argentinien garantiert wird, und daß sie nicht an die chilenische Diktatur ausgeliefert werden, da ihnen Folter droht. Fordert die argentinische Regierung auf, sich endlich an Wortlaut und Sinn der von ihr unterzeichneten Antifolterkonvention zu halten.

Kontakt und weitere Informationen über die Gruppe zur Unterstützung der Mütter der Plaza de Mayo: Por la Vida - Für das Leben e.V.
Mechthild Baum
Charlottenstr. 22
5100 Aachen

HAITI

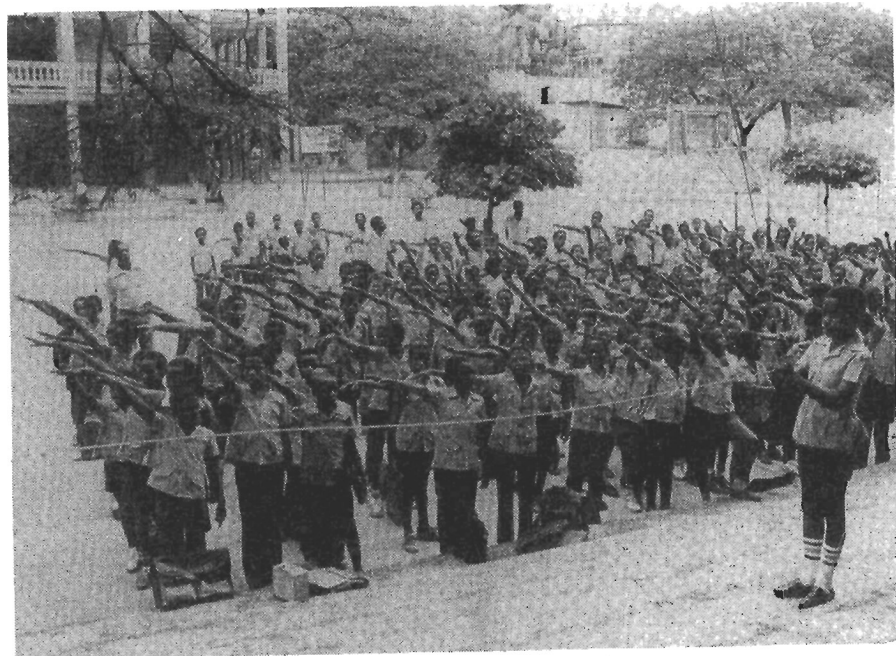
Auf dem Weg zu einer Militärdiktatur

Kam der Militärputsch am 19. Juni 1988 in Haiti auch etwas überraschend und plötzlich, d.h. nur vier Monate nach dem Amtsantritt des Präsidenten Leslie Manigat, so paßt er doch nahtlos in das Spektrum der innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Macht nach den manipulierten und anti-demokratischen Wahlen vom Januar 1988. Diese waren von der damaligen Übergangsregierung (CNG) organisiert worden, nachdem sie die freien Wahlen im November 1987 verhindert hatte - einfach indem man die Wahlbüros mitsamt der Wähler zusammengeschoßen hatte. Natürlich war klar, daß das Gleichgewicht zwischen der Armee und der Zivilregierung äußerst labil war, aber die Schnelligkeit, mit der die Armee, an ihrer Spitze General Namphy, die Macht wieder an sich gerissen hat, zeigt mit beeindruckender Deutlichkeit, daß auch die Wahlen im Januar die Frage nicht geklärt hatten, wie der Duvalierismus ohne Duvalier aussehen sollte. Mit der Entscheidung, die Kandidatur von Leslie Manigat zu unterstützen - obgleich die anderen Bewerber für das Amt des Präsidenten dem Duvalier-Regime mehr oder weniger nahe gestanden hatten und genauso gut diese Rolle hätten spielen können - hatte Namphy geglaubt, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: zum einen, die internationale Öffentlichkeit und die Geberländer von seiner Bereitschaft zu überzeugen, einen Demokratisierungsprozeß im Land einzuleiten und zum anderen, den ehemaligen Duvalier-Baronen eine politische Abrechnung zu ersparen und sie so vor einer Bevölkerung in Schutz zu nehmen, die in diesen letzten zwei Jahren deutlich gezeigt hatte, daß sie bis zum Äußersten für die Demokratisierung des Landes kämpfen würde. In der Tat waren die internationale Öffentlichkeit und die Geberländer sehr schnell über die Tatsache hinweggegangen, daß Manigat nur mit Hilfe manipulier-



ter, von 90% der Bevölkerung und den aussichtsreichsten Kandidaten der Opposition boykottierten Wahlen Präsident werden konnte.

Gespickt mit Universitätsdiplomen - wie übrigens die Mehrzahl seiner Kabinettsmitglieder -, unterstützt von den lateinamerikanischen Christdemokraten, mit ausgezeichneten Kontakten zu US-amerikanischen Politikern, hatte sich der neue Präsident als ein Garant der Demokratie in Haiti präsentiert, als angeblich einzige Alternative zu einer Militärdiktatur à la Pinochet. Doch der schwache Punkt des Präsidenten bestand in der Tatsache, daß er auf keinerlei Unterstützung seitens der Bevölkerung rechnen konnte: seine Teilnahme an den Wahlen im Januar war zu Recht als stillschweigende Duldung der im November 1987 von der Armee und den Milizen verübten Massaker an Wählern interpretiert worden. Damit hatte er sich völlig von der Bevölkerung isoliert, sich gleichzeitig von den Militärs abhängig gemacht. Namphy seinerseits hatte sich selbst - sozusagen als Rückversicherung - in seiner Eigenschaft als ehemaliger Chef der Übergangsregierung für mindestens drei Jahre zum Kommandanten der Armee ernannt - und als solcher kehrte er mit seinen Panzern zurück, um Leslie Manigat aus dem Amt zu vertreiben und sich selbst zum Chef einer Militärregierung auszurufen. Eine sei-



Schüler beim Fahnenappel auf Haiti

Foto: Michael Kooren

ner ersten Amtshandlungen bestand darin, die populärste Verfassung, die Haiti je hatte, außer Kraft zu setzen und das Parlament aufzulösen.

Diese Kraftprobe zwischen General Namphy und Manigat wäre nicht zu vermeiden gewesen. Nach der Wahl im Januar war die Armee zwar in die Kaserne zurückgekehrt, behielt aber weiterhin die politische Macht unter Kontrolle, hatte Manigat endgültig zu einer Marionette machen wollen. Um sich durchzusetzen hatte es dem Präsidenten allerdings an Unterstützung aus der Bevölkerung gefehlt. Die Versuchung und die Notwendigkeit für Manigat war daher groß, sich unter den Offizieren Verbündete zu suchen, um durch eine Spaltung der Armee den Einfluß Namphys zurückzudrängen. Darüberhinaus hatte sich die Regierung von Manigat auch noch der Opposition der alten Duvalieristen und der auf die politische Szene zurückgekehrten Tonton Macoutes gegenüber gesehen, die mit ihrem Terror ebenfalls versuchten, die Regierung zu destabilisieren. Es war klar, daß das doppelte Spiel des Ex-Präsidenten, den alten Duvalieristen Zugeständnisse zu machen und sich gleichzeitig gegen die demokratische Opposition zu stellen, ihn in die politische Isolation treiben mußte. Umso mehr, als die finanzielle Zurückhaltung der Geberländer - an ihrer Spitze der USA - gegenüber der neuen Regierung jeden Versuch hatte aussichtslos erscheinen lassen, mit einem Wirtschaftsprogramm wenigstens im Ansatz eine Legitimation aufzubauen. Gemäß den Vorstellungen der Weltbank und des AID - dessen Einfluß in Haiti so groß ist, daß man von einem Staat im Staate sprechen kann - hatte der ehemalige Finanzminister Leslie Delatour eine Liberalisierungspolitik verfolgt, die zu einer noch stärkeren Verelendung der Bevölkerung geführt und die Arbeitslosenzahlen in astronomische Höhen getrieben hat.

Die Rolle der USA

Die Rolle der Reagan-Regierung bei der Wiedereinsetzung der Militärdiktatur in Haiti ist im übrigen bemerkenswert. Wenn es nach der Flucht von Baby Doc im Februar 1986 noch so ausgesehen hatte, als würden die USA den von den unzähligen politischen Gruppierungen, Bauern und Gewerkschaften eingeleiteten Demokratisierungsprozeß unterstützen - z.B. in Form materieller Hilfe an den alten Wahlrat, der die freien Wahlen vom November 1987 organisieren sollte -, so hatte Washington gleichfalls, angesichts der Tragweite eines möglichen Wahlsiegs der großen Koalition von Sozialdemokraten und der gemäßigten Linken (Front de Concertation Nationale), die Augen verschlossen vor dem von der Armee und den Tonton Macoutes begangenen Massakern am Tag der Wahl. Seit der Abreise von Jean Claude Duvalier nach Frankreich hatte die Reagan-Regierung ihre Wahl getroffen. Zahlreiche Besuche

wichtiger Funktionsträger der Reagan-Administration in Haiti (George Schultz, Elliott Abrahms) zielten darauf, vor allem die Position der Armee zu stärken, sie zu modernisieren, sie schlagkräftiger zu machen. Unter anderem vergrößerte man sie von 7'000 auf 15'000 Mann, indem man eine große Anzahl der Tonton Macoutes von Baby Doc integrierte. Die Armee, die der Regierung von Duvalier völlig ergeben war, ist seitdem wieder zu einer eigenständigen politischen Kraft geworden, professionell genug, um jeglichen Protest der Bevölkerung zu verhindern und innerhalb der Karibik ihre Rolle als Bollwerk gegen den Kommunismus zu spielen.

Diese Strategie der Reagan-Regierung ist allerdings nicht nur als geopolitisches Kalkül zu verstehen. Die Kommunistische Einheitspartei Haitis (Parti Unifié des Communistes Haitiens, PUCH), deren Zentralkomitee in den 60er Jahren von François Duvalier zerschlagen worden war, versucht nach 20jähriger Abwesenheit wieder in der Politik Fuß zu fassen und verfolgt dabei eine streng legalistische Linie. Im Gegensatz zu einigen Ländern Zentralamerikas gibt es in Haiti keine Guerillabewegungen, die in der Lage wären, das herrschende Regime zu gefährden, und die seit Februar 1986 von der haitianischen Bevölkerung geführten Kämpfe bewegen sich im Rahmen einer liberalen Demokratie. Die Gefahr einer Destabilisierung geht also nicht von eventuellen kommunistischen Gruppierungen aus, sondern allein von der Armee und von ehemaligen Mitgliedern der Duvalier-Regierung, die nur darauf warten, in Port-au-Prince wieder die Macht zu übernehmen. Der beste Beweis dafür ist der von der Armee und den ehemaligen Macoutes ausgeübte Terror; systematisch werden politische Führer umgebracht wie erst vor kurzem der Rechtsanwalt Joseph Lafontant, Mitbegründer und Generalsekretär der Liga für Menschenrechte in Haiti.

Militärs und Drogenhandel

Darüberhinaus sind mehrere Mitglieder der Armee in den internationalen Drogenhandel verwickelt, wie zum Beispiel der Chef der Casernes Dessalines (der professionellste Teil der haitianischen Armee), Oberst Jean Claude Paul, der wie General Noriega in Panama von einem US-Gericht in Abwesenheit verurteilt wurde. Die Gefahr einer Internationalisierung der Krise in Haiti wird im übrigen immer größer, seitdem zuverlässige Quellen bestätigt haben, daß der Einfluß der kolumbianischen Drogenmafia (Kartell von Medellín) bis nach Haiti reicht. Sie rechnet auf die Unterstützung der haitianischen Militärs, um von Haiti aus ihren Aktionsradius noch auszuweiten. Die vergeblichen Versuche, Noriega in Panama zu stürzen und den Oberst Paul vor ein US-Gericht zu bringen, sind bei den bevorstehenden US-Präsidentenwahlen

im November ein nicht zu unterschätzendes Handicap für den republikanischen Kandidaten Bush. In diesem Zusammenhang sind die Erklärungen von G.Schultz nach dem Militärputsch gegen Manigat zu verstehen - der übrigens seinerseits versucht hatte, sich mit Oberst Paul gegen Namphy zu verbünden. Befragt von Journalisten hatte Schultz den Putsch begrüßt als ein Ereignis, das u.a. zur Auslieferung von Jean Claude Paul beitragen könne. Die offene Sympathie der Reagan-Regierung für die haitianische Armee hat mit dazu beigetragen, die demokratischen Bewegungen in Haiti zu destabilisieren, die einzig und allein in der Lage wären, die politische Krise zu überwinden. Die Armee, die den Forderungen der Bevölkerung, d.h. einem überdeutlichen Willen zu Demokratie im ganzen Land nur Panzer und Waffen entgegenhält, glaubt, den endgültigen und unaufhaltsamen Niedergang des Duvalierismus aufhalten zu können. Aber die tiefgreifende ökonomische Krise des Landes, die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber einem Regime, das 30 Jahre lang systematisch den Staat geplündert hat, die politischen Erfolge, die die Bevölkerung in den vergangenen zwei Jahren erreicht hat, machen es General Namphy nicht leicht, der offensichtlich fest entschlossen ist, an der Macht zu bleiben. In Port-au-Prince setzen die Generäle auf einen Sieg der Republikaner bei den US-Wahlen im November, um endgültig eine Militärdiktatur in Haiti zu errichten bzw. um die Diktatur der Duvalier-Anhänger wieder aufleben zu lassen. Die Auslieferung des Oberst Paul an die US-Justiz wäre das schönste Geschenk, das General Namphy dem republikanischen Kandidaten machen könnte. Die Reagan-Administration könnte so wenigstens teilweise ihre Mißerfolge in Panama und in der Anti-Drogen-Politik zuhause kompensieren. Dies wäre nur eins von diesen dubiosen Geschäften mehr, die die Administration Reagan mit den Generälen der Region zu machen pflegt.

PANAMA

Solidarischer Ortega

Der nicaraguanische Staatspräsident Daniel Ortega hat bei seinem Besuch bei Panamas umstrittenem Armee-Chef Manuel Antonio Noriega seine Solidarität mit dem panamaischen Volk ausgedrückt. Die Situation Panamas verglich Ortega dabei mit der Nicaraguas.

Noriega macht derweil noch keinerlei Anstalten zurückzutreten, wie es die US-Regierung gerne sähe. Vielmehr scheint er bemüht, sich die Möglichkeit offenzuhalten, bei den im kommenden Jahr anstehenden Wahlen selbst für das Präsidentenamt zu kandidieren.

CHILE

Ja zum Nein oder Nein zum Nein oder wie?

STREIT UM DAS PLEBISZIT

Ein Thema beherrscht seit Monaten die politische Diskussion in dem südamerikanischen Land: das bevorstehende Plebiszit. Als General Pinochet vor knapp zehn Jahren das Mittel des Volksentscheids in seine Verfassung einbauen ließ, dachte er wohl nicht im Traum daran, daß es für ihn eines Tages vielleicht zum Stolperstein werden könnte. Im Augenblick sieht es nämlich so aus, als ob eine Mehrheit für Pinochet und seine Politik nur durch großartige Manipulationen und massiven Betrug zu erreichen wäre. Vermutlich im Oktober werden die Chilenen aufgefordert, über den Diktator und sein Regime abzustimmen: ¿SI o NO?, JA oder NEIN? lautet die Frage. Eine klare Alternative, könnte man meinen.

Klar ist die Lage in Chile allerdings keineswegs, bis jetzt stehen weder der genaue Termin des Plebiszits noch der Kandidat des Regimes fest; alles deutet jedoch darauf hin, daß er Augusto Pinochet heißen wird. Lange wurde in der Opposition über Sinn und Unsinn der Teilnahme an einem Volksentscheid unter den Bedingungen der mittlerweile 15 Jahre alten Diktatur gestritten. Schließlich entschieden sich immer mehr Parteien für die Einschreibung in die neu geschaffenen Wahlregister. Erst Mitte Juni konnte sich die Kommunistische Partei nach monatelangen Auseinandersetzungen auf das NEIN einigen. Die lange diskutierte Alternative war die Aufforderung zum Boykott des Plebiszits.

BESCHIEDENE STARTBEDINGUNGEN FÜR PINOCHETS GEGNER

Noch zu Beginn dieses Jahres sah es so aus, als ob Pinochets Rechnung aufgehen würde. So muß er es sich vorgestellt haben, als er die auf ihn maßgeschneiderte Verfassung ausarbeiten ließ, die 1980 nach einem sehr zweifelhaften Plebiszit in Kraft trat. Der wirtschaftliche Aufschwung in Form von beachtlichen Exportsteigerungen (24% allein zwischen 86 und 87) und rückläufigen Arbeitslosenzahlen (nach offiziellen Angaben von 16 auf 9%, wobei den aktuellen Daten allerdings eine veränderte Zählweise zugrundeliegt) unterstrich scheinbar die Stärke und Überlegenheit des neoliberalen Modells, das unter Pinochet in Chile Einzug gehalten hatte. Die Regierungspropaganda wurde nicht müde, die 'objektiven Erfolge' des Regimes herauszustellen. Gleichzeitig war die Repression merklich selektiver geworden als in den ersten Jahren der Militärdiktatur – und somit für viele Chilenen weniger spürbar. Große Teile der Bevölkerung hatten sich im alltäglichen Leben zunehmend mit dem Regime arrangiert, das Thema Menschenrechte trat immer mehr in den Hintergrund. Und die Opposition war wie eh und je zerstritten und handlungsunfähig, da die Führungsgremien fast aller Parteien eher

auf die Wahrung des eigenen Profils und ihre Selbstdarstellung bedacht waren als auf entschiedenen Widerstand gegen die Diktatur. Eine wachsende Zahl von Chilenen kehrte den führenden Köpfen der Parteien und damit auch der Politik enttäuscht den Rücken.

So herrschte um die Jahreswende auch unter Oppositionellen der Eindruck, als ob das Plebiszit zu einer sicheren Sache für Augusto Pinochet werden mußte. Die staatliche Propagandamaschinerie lief auf Hochtouren und erschien übermächtig, und seine Gegner hatten dem anfangs nichts entgegenzusetzen. Im Oppositionslager waren eine gewisse Enttäuschung und Perspektivlosigkeit eingetreten, das Konzept der Massenmobilisierung hatte nicht nur keinen greifbaren Erfolg gebracht, sondern war nach dem gescheiterten Attentat auf den Diktator von dessen Repressionsapparat endgültig gestoppt worden. Auch die Demonstrationen vom 7. Oktober und 19. November des Vorjahres konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß es einen Bruch in der Widerstandsbewegung gegeben hatte, von dem sich die chilenische Opposition bis heute nicht gänzlich erholen konnte.

Entscheidenden Einfluß hatten in diesem Zusammenhang die USA – wie so oft auf dem lateinamerikanischen Subkontinent. Offenbar hatte die zwischen 1984 und 86 ständig anwachsende Protestbewegung gegen den ungeliebten Diktator Besorgnis in Washington ausgelöst. Das breite Bündnis der Opposition drohte, die Kontinuität des Systems und letztlich auch der Besitz- und Machtverhältnisse in Frage zu stellen. Kurz nach dem bisher größten Proteststreik am 2./3. Juli 1986, der den Höhepunkt der Widerstandsbewegung darstellte und als "der wichtigste Ausdruck der sozialen Mobilisierung seit 1973"¹ bezeichnet wurde, reisten mehrere US-Staatssekretäre für interamerikanische Angelegenheiten nach Chile.² In Gesprächen mit führenden Militärs außer Pinochet und mit der Christdemokratischen Partei (DC) wurde das Interesse der Vereinigten Staaten an einem ausgehandelten, 'friedlichen' Übergang zu demokratischeren Verhältnissen deutlich gemacht. Und die bürgerliche Opposition reagierte prompt: Die Zusammenarbeit mit der sog. marxistischen Linken, v.a. mit der Kommunistischen Partei (PC) und der Sozialistischen Partei (PS) von Clodomiro Almeyda, wurde aufgekündigt, gemeinsame Gremien wie das "Private Politische Komitee" verloren ihre Bedeutung. Die DC begann nunmehr, ihre Fühler nach rechts auszustrecken, die Kontakte mit dem Pinochet-müden Flügel der Nationalpartei (PN), der traditionellen Rechten Chiles, wurden intensiviert.³

¹ ANALISIS 191, 7.-13.9.1987

² Nach General Galvin statteten nacheinander die Staatssekretäre für interamerikanische Angelegenheiten im Außen-, Robert Gelbard, Finanz-, Elliot Abrams, und Verteidigungsministerium, Néstor Sánchez, Santiago einen kurzen Besuch ab. Siehe auch LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 154, Dez. 1986

³ Am 8. September 86 unterzeichnete die DC gemeinsam mit der PN und rechtsradikalen Gruppierungen wie dem MUN eine Übereinkunft mit dem Titel "Eckpfeiler der Demokratie". Vgl. LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 154, Dez. 1986

Das Ergebnis dieser Entwicklung war, daß die Massenmobilisierung zum Sturz der Pinochet-Diktatur praktisch in sich zusammenfiel. Hinzu kamen andere Ereignisse wie das fehlgeschlagene Attentat auf Pinochet, dem ein mehrmonatiger verschärfter Ausnahmezustand mit seiner demobilisierenden Repression und Angst folgte.

1987 hielt diese Tendenz an. Der Papstbesuch im April hatte Hoffnungen erzeugt, die nicht erfüllt werden konnten. Man hatte sich zu viel von dem reaktionären Staatsmann aus dem Vatikan versprochen, auch er konnte die Mobilisierung gegen die Diktatur nicht zu neuem Leben erwecken. Vielmehr wurde sein Besuch geschickt vom Militärregime ausgenutzt. Zum Ende des wahrlich nicht ermutigenden vergangenen Jahres herrschten in den Reihen der Opposition Plan- und Mutlosigkeit: "Wenn es so weitergeht", war wiederholt in linken Kreisen zu hören, "dann gewinnt Pinochet das Plebiszit auch ohne oder mit ein bißchen Betrug." Nach 14jähriger Terrorherrschaft ein bedrückendes Fazit!

DIE KAMPAGNE ROLLT...

Während der großen Sommerpause im Januar und Februar änderte sich an diesem Eindruck nichts. Die Kampagne von und für Pinochet lief auf Hochtouren, intelligent gemachte Werbespots flimmerten in allen Programmen über die Bildschirme. Nur im Oktober des Vorjahres beliefen sich die Propagandakosten für die Kandidatur des Diktators allein im Fernsehen auf 99.621.600 Pesos (rd. 420.000 US-\$).⁴ Zwischen August und November '87 verschlang die Kampagne 302 Mio Pesos (1,26 Mio US-\$).⁵

Gleichzeitig reiste der Generalkapitän höchstpersönlich kreuz und quer durch Chile, versprach hier ein neues Stadion, weihte dort eine Schule ein und eröffnete mit großem propagandistischen Aufwand sein ehrgeiziges Projekt in Südhile, die zu einem knappen Drittel fertiggestellte Carretera Austral, die chilenische Landverbindung nach Feuerland. Nach klassisch populistischem Konzept gab und gibt es bis heute immer wieder 'Geschenke' an die Bevölkerung. So verfügte Pinochet im Juni d.J. eine 15%ige Lohnerhöhung für den öffentlichen Dienst und für die niedrigsten Einkommen. Das Wohnungsproblem ist zu einem besonderen Knüller der Regierung geworden. Überall im Land 'verschenkt' der General großzügig Minihäuschen von 18 bis maximal 36 m², die erst mit gewisser Verzögerung und auf jeden Fall erst nach dem Plebiszit abgezahlt werden müssen. Nachdem für die Militärdiktatur jahrelang das Problem der Wohnungsnot und Obdachlosigkeit gar nicht existierte, schämen sich die Chicago-Boys nun nicht, mehrköpfigen Familien ganze 20m² als Paradies anzubieten. Dies läßt sich wohl nur mit der besonderen Logik der Anhänger von Friedmans Wirtschaftstheorie begreifen, da es für diese Technokraten überhaupt kein 'Wohnungsdefizit' gibt.⁶

⁴ ANALISIS 208, 4.-10.1.88; SOLIDARIDAD auf deutsch Nr. 98, Feb. 1988

⁵ ANALISIS 212, 1.-6-2.88. In den Ausgaben Nr. 204, 205, 208, 210 und 212 finden sich weitere interessante Daten zur Pinochet-Kampagne.

In der groß angelegten Wohnbaukampagne von Pinochet spielen die Obdachlosen allenfalls eine Nebenrolle. Hauptdarsteller ist das Regime des Generals, dessen Leistungen dem unentschiedenen Wähler nahegebracht werden sollen. So wurden den Chilenen Tag für Tag die Erfolge unter die Nase gehalten, die die Militärregierung für sich in Anspruch nimmt. Und steigende Exporte, zunehmender offensichtlicher Wohlstand in den Stadtzentren und in bestimmten Schichten geben ihr scheinbar recht. Daß die vielzitierten Wettbewerbsvorteile z.B. beim Holz- und Obstexport auch auf der schlechten Bezahlung und den teilweise üblen Arbeitsbedingungen beruhen, wird dabei regelmäßig übersehen. Gerne verweisen Regierungsvertreter auf die für Chile relativ guten Löhne für die Arbeiter in bestimmten Weinbergen in Nordchile, wo die Tafeltrauben für den Konsum in Nordamerika, Europa und neuerdings auch Japan produziert werden. Fünf US-\$ pro Tag, das ist für chilenische Verhältnisse ein guter Lohn. Er hat allerdings zwei entscheidende Nachteile: man bekommt ihn nur in der Umgebung von Copiapó, in den anderen Weinanbaugebieten gibt es viel weniger; und die Arbeiter erhalten ihn fast alle nur zwei oder drei Monate lang, die übrige Zeit gibt es weder Arbeit noch Geld.

"Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Einkommensverteilung trotz der verbesserten Absatzlage im Ausland zunehmend ungleicher wird," erklärt dazu der ehemalige Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaften, Humberto Vega. "Wenn das Nationaleinkommen steigt,

⁶ Alvaro Vial, Leiter des Staatsamtes für Statistik (INE) in LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 171, Juni '88: "Was steckt hinter dem Aufschwung?"



Selbst die Hinweistafeln für Betriebserlaubnis und Nummernschilder der Autos werden für Propaganda genutzt: Augusto Pinochet soll von 1989 bis 97 bleiben!

fließt es eher in Profite als in Löhne. Das ist der zentrale Punkt der ökonomischen Situation in Chile, die arbeitende Bevölkerung bleibt bei der Verteilung der wachsenden Exporterlöse außen vor."⁷

Vor diesem Hintergrund läßt sich erahnen, auf welch dünnen Beinen das Propagandagerüst von Augusto Pinochet steht. Während größere Teile der Mittelschicht mehr oder weniger bewußt der Vorstellung nachhängen, sie könnten ein wenig von der Verbesserung der makroökonomischen Bedingungen profitieren, läßt sich die wachsende Zahl der Armen, die am Rande des Existenzminimums leben, immer schwerer etwas vorgaukeln. Sie haben von den wirtschaftlichen Erfolgen gar nichts zu erwarten, ihnen geht es Tag für Tag ums bloße Überleben. Und wenn selbst die intensive politische und soziale Arbeit der Nationalpartei oder der ultrarechten Avanzada Nacional in den Armensiedlungen, den sog. poblaciones, nicht mehr ausreicht, die mal ein Fußballturnier organisieren oder einen Ausflug an die Küste spendieren, dann muß das Regime bei den Ärmsten der Armen auf andere 'Überzeugungsmittel' zurückgreifen: 5.000 Pesos, umgerechnet etwa 35 DM, gibt es für jede JA-Stimme. Pinochet-Anhänger ziehen in den armen Stadtvierteln von Haus zu Haus und bieten einem jeden Stimmberechtigten, der sich in die Wahlregister eingetragen hat, Geld für die Zusage, im Plebiszit für den Kandidaten des Regimes zu stimmen. Die Namen und Daten der Betroffenen werden genau aufgenommen, und da bei jedem Chilenen bekannt ist, in welchem Wahllokal er abzustimmen hat, ist die Kontrolle über die Einhaltung der Zusage effektiver, als man vielleicht annehmen könnte, besonders weil dem übermächtigen Staatsapparat nahezu alles zugetraut wird. Als neuesten Knüller hat sich die Pinochet-Promotion eine Verlosung einfallen lassen: Wer sich für das JA ausspricht und einen entsprechenden Coupon ausfüllt, kann Fernsehgeräte, Heizöfen, Reisen und sogar ein Häuschen gewinnen. In einigen Anzeigen wird direkt "die Opposition" angesprochen; nach einer Lektion in Sachen Demokratie gipfelt der Text in dem Satz: "Im neuen Chile" regiert auch die Opposition". Das muß doch jeden Abtrünnigen wieder auf den rechten Weg des Pinochetismus bringen!

KOMMANDO FÜR DAS NEIN

Im Moment erscheint es allerdings fraglich, ob die groß angelegte Pinochet-Kampagne letztlich zum Erfolg für den Diktator führt. So gar rechte Meinungsforschungsinstitute, die immer wieder deutliche Mehrheiten für Pinochet vorausgesagt hatten, sehen ihn jetzt allenfalls als knappen Sieger. Er hat alle Machtmittel in der Hand, professionelle Werbeagenturen unterstützen ihn, und an Finanzen mangelt es ihm bekanntlich nicht. Dennoch kehrte mit dem Ende der Sommerpause Zuversicht bei den Gegnern Pinochets ein. Nachdem sie monatelang immer nur reagieren konnten, übernahmen sie plötzlich

⁷ Aus einem Interview, das der Autor im März '88 mit dem renommierten Wirtschaftswissenschaftler Humberto Vega von der Akademie des Christlichen Humanismus führte; nachzulesen in LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 171, Juni '88

selber die Initiative. Zu einem ganz ungewöhnlichen Zeitpunkt, genau in der Mitte der Sommerferien am 2. Februar, unterzeichneten nach zähen Verhandlungen 13 Parteien – mittlerweile hat sich die Zahl auf 16 erhöht – eine Plattform, in der sie sich auf das NEIN im Plebiszit einigten.⁸ Dies bedeutet, daß die Mitglieder dieser Parteien aufgefordert waren, sich in die Wahlregister einzutragen und am Plebiszit teilzunehmen, um Pinochet eine Abstimmungsniederlage beizubringen.

Vorausgegangen waren langwierige Überlegungen und Verhandlungen in und zwischen den beteiligten Parteien, wobei weniger die Ablehnung in Form des NEIN zum Kandidaten der Diktatur in Frage stand als die Teilnahme an dem Plebiszit, das als Bestandteil der pinochetistischen Institutionalität anfangs von allen Oppositionsparteien als Mittel angesehen wurde, mit dem sich der General an der Macht halten wollte. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Rede des ehemaligen christdemokratischen Parteiführers und Präsidenten, Eduardo Frei, 1980 im Caupolicán-Theater in Santiago, in der er die neugeschaffene Verfassung rundherum ablehnte und jede Beteiligung an den darin angekündigten Abstimmungen verneinte. Damals war sich die gesamte Opposition in diesem Punkt einig.

Doch die Front begann mit dem Näherrücken des Plebiszits zu bröckeln. Nach dem Bruch mit der Linken und unterstützt von den USA schwenkten die bürgerlichen Parteien, allen voran die DC, früh auf die Teilnahme an der Volksbefragung um. Mit der steigenden Zahl eingeschriebener Wähler erschien ein Boykott des Plebiszits immer aussichts- und sinnloser, mittlerweile haben sich über 7 Millionen Chilenen in die Wahlregister eingetragen. Juan Pablo Cárdenas, der Chefredakteur der Oppositionszeitschrift ANALISIS, beschreibt das Dilemma in der Linken: "Das Letztere beweist ein neues Szenario, in dem – ob es uns paßt oder nicht – der Volksentscheid zu der großen in Chile erkennbaren



Überpinseltes Plakat der JA-Kampagne: Stimmen Sie mit NEIN. Heute gibt es in diesem Land mehr Armut

⁸ Die Plattform des "Kommando für das NEIN" unterzeichneten ursprünglich die DC, Sozialdemokratische (PSD) und Humanistische Partei (PH), PADENA, USOPD, ULR, PR-Fraktionen Luengo und Cima, PS-Núñez, PS-Almeyda, Christliche Linke (IC), Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (MAPU) und PPD – Partei für die Demokratie

Chance wird, um der Diktatur einen entscheidenden Schlag zu versetzen und den Weg zu einem wirklich demokratischen System einzuschlagen."⁹

Hieß die Alternative, im Plebiszit mit NEIN zu stimmen, ohne ganz genau voraussehen zu können, welche Folgen das haben wird, oder Pinochet einfach zu stürzen, würden sich bestimmt die meisten Oppositionellen für die zweite Möglichkeit entscheiden. Doch die Realität sieht anders aus, der von der Linken Revolutionären Bewegung (MIR) und der Patriotischen Front Manuel Rodríguez (FPMR) so oft beschworene revolutionäre Kampf gegen die Militärdiktatur ist 1988 weit davon entfernt, Pinochet entscheidend gefährden zu können. Und wenn der MIR schreibt, das Volk "steckt nicht in dem falschen Dilemma, mit NEIN stimmen zu müssen, damit das JA nicht gewinnt, denn es hat bei diesem Wahlakt gar nichts zu gewinnen"¹⁰, so ist das eine Verkennung von Tatsachen. Bevor man Pinochet bei einem JA-Sieg für weitere neun Jahre erträgt - bisher hat er sich eineinhalb Jahrzehnte unangefochten gehalten - ist es doch legitim, die wenigen Chancen zu nutzen, vielleicht schon nach einem Jahr eine Veränderung zu erreichen, auch wenn diese nicht besonders durchgreifend sein kann.¹¹

UNTERSCHIEDLICHE POSITIONEN DER OPPOSITION

Derartige Überlegungen dürften auch in der PS-Almeyda eine Rolle gespielt haben, deren Beteiligung am Kommando für das NEIN ebenso überraschend wie bedeutsam war: Dieses Kommando umfaßte zwar ein breites Spektrum von 'rechts' nach 'links', jedoch nicht die ganze Opposition. Neben der rechten, anti-pinochetistischen Nationalpartei fehlten v.a. die stärkste linke Partei, die PC, ein Flügel der Sozialistischen Partei, (PS-Histórico) und beide Fraktionen des MIR. Faktisch bedeutete dies die Aufkündigung des linken Bündnisses Izquierda Unida (IU)¹², denn die darin zusammengeschlossenen Parteien verfolgten nunmehr unterschiedliche Strategien. Während PS-Almeyda, IC und MAPU das Plebiszit als möglichen Weg anerkannten, um Pinochet eine Niederlage beizubringen, sahen PC, PS-Histórico und MIR in einer Beteiligung an dem vom Generalkapitän inszenierten Spiel die Aufgabe grundsätzlicher Positionen wie der Forderung nach der Beseitigung Pinochets als unabdingbare Voraussetzung für politische Veränderungen in Chile. Diese Parteien bildeten im Gegenzug das Kommando gegen den Betrug (Comando contra el fraude) und riefen dazu auf, den Volksentscheid des Militärregimes zu boykottieren.

⁹ ANALISIS 223, 18.-24.4.88; SOLIDARIDAD auf deutsch Nr. 101, Mai '88

¹⁰ Aus einer Erklärung des MIR-Flügels um Pascal Allende vom Mai dieses Jahres

¹¹ Näheres dazu in: Isidoro Bustos, Die Verfassung der Diktatur, FOCL-Berlin 1987

¹² Vereinigte Linke, am 26.6.87 gegründetes Bündnis von IC, MAPU, MIR (zumindest der Flügel von Nelson Gutiérrez, s.u.), PR, PS-Histórico, PS-Almeyda und PC.

"Wir chilenischen Kommunisten lehnen die Falle des Plebiszits ab", erklärte im April der frühere Abgeordnete der PC, Luis Guastavino, der heute illegal in Chile lebt und dem ZK der Partei angehört. "Die Verfassung (von 1980) ist eine eiserne Rüstung des Faschismus in Chile, die jeden Durchbruch zur Demokratie verschließt. Auf die Bühne des Plebiszits zu steigen und dabei den Kampf der Massen zu umgehen, garantiert bloß - ob man will oder nicht - die Legitimation und den Fortbestand der Diktatur."¹³ Eine deutliche Kritik in erster Linie an die Adresse des bisherigen engsten Verbündeten, der PS-Almeyda, der von Seiten der Kommunisten ein zunehmendes Abdriften nach rechts vorgeworfen und die Absicht unterstellt wurde, sich bei Zeiten ein Plätzchen in einer zukünftigen Parteienlandschaft zu sichern, die ja nach pinochetistischem Recht frei von Marxisten zu sein hat.

In einem hat Guastavino zweifellos recht: eine wirkliche Demokratisierung ist in Chile ohne Bruch mit der geltenden Verfassung gar nicht möglich. Zu eindeutig hat Pinochet darin seine Herrschaft und seinen Einfluß auch für zukünftige Zeiten verankert.¹⁴ Doch die einzelnen Paragraphen der zutiefst undemokratischen Verfassung von 1980 betreffen verschiedene politische und gesellschaftliche Gruppen unterschiedlich hart. Christdemokraten wurden zwar wiederholt bedroht und eingesperrt, doch waren sie nie der brutalen Repression des Regimes im gleichen Maße ausgesetzt wie die Linke. Folglich fällt es der bürgerlichen Opposition wesentlich leichter, sich mit dem Regime zu arrangieren und auf Verhandlungen mit den Militärs zu setzen, also mit den Verantwortlichen für die jahrelange Unterdrückung. Sie können auch mit der herrschenden Verfassung leben, mit ein paar Korrekturen, die man mit Unterstützung des State Department nach der Niederlage Pinochets im Plebiszit mit den Streitkräften zu vereinbaren gedenkt. Der 15 Jahre alte Traum der DC, die Macht eines Tages auf dem Silbertablett serviert zu bekommen, ist noch nicht ausgeträumt.

Auch für die bürgerlichen Linksparteien, allen voran die PS-Núñez, besteht kein besonderer Druck, die undemokratische Verfassung abzuschaffen und mit dem faschistischen System zu brechen. Und die Vorstellung eines Volksaufstandes läßt der chilenischen Mittel- und Oberschicht seit je her das Blut in den Adern gefrieren: "Sie (die Kommunisten) gehen davon aus, daß der Sieg des NEIN auf der Straße von einer Bewegung verteidigt werden soll, die in einen nationalen Aufstand mündet, der einen nicht vereinbarten Bruch beinhaltet, den wir ablehnen."¹⁵

¹³ Interview in EL PAÍS vom 13.4.88

¹⁴ Weitere Einzelheiten hierzu in "Die Illusion eines Auswegs durch Verhandlungen" in LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 167, Feb. '88 sowie in Isidoro Bustos, Die Verfassung der Diktatur, Berlin 1987.

¹⁵ Interview mit Ricardo Núñez in EL PAÍS vom 13.4.88

Für die Linke im Kommando für das NEIN ist das Plebiszit eng mit der Erwartung verbunden, mit Hilfe der Mobilisierung gegen den Regimekandidaten – aller Voraussicht nach Pinochet, es sei denn, die Diktatur zieht noch einen geeigneten Joker aus der Tasche – eine Massenbewegung auf die Beine zu stellen, die weit über den engen Rahmen des Volksentscheids hinaus Widerstand leisten kann. Denn es gab seit 1986 tatsächlich kein annähernd so breites Bündnis der chilenischen Opposition, wie es heute das Kommando für das NEIN darstellt. Doch die Plattform der abstimmungswilligen Gegner Pinochets steht auf wackligen Füßen: man schwankt zwischen der Erwartung, den Diktator allein durch den Volksentscheid zu Fall bringen zu können, und der Überlegung, sich die Chance eines solchen mobilisierenden Ereignisses nicht entgehen zu lassen. Von der Christdemokratie, die eine gewisse Vormachtstellung im Kommando für das NEIN einnimmt, wird unter ihrem konservativen Parteivorsitzenden Patricio Aylwin – der die DC auch anführte, als sie sich 1973 für den Militärputsch aussprach – kaum eine mobilisierende Kraft im Widerstand ausgehen. Im Hinblick auf eine mögliche Beteiligung an der Macht werden immer mehr Positionen aufgegeben. So spricht heute kaum noch jemand von den ursprünglich geforderten Bedingungen, die als unerlässlich erachtet wurden, damit das Plebiszit ein Minimum an Glaubwürdigkeit und Aussagekraft hätte. Bisher ist nur die dafür notwendige Zahl der eingeschriebenen Wähler erreicht, wobei niemand weiß, ob sich der eine oder andere Pinochet-Anhänger nicht mehrfach eingetragen hat. Soeben wurde die Aufhebung des Ausnahmezustands in Chile nach 15 Jahren gemeldet. Vom gleichberechtigten Zugang zu den Massenmedien ist man noch weit entfernt; im Gegenteil, die Repression gegen oppositionelle Publikationen hat in den letzten Monaten deutlich zugenommen.¹⁶

¹⁶ Zuletzt wurde am 3.8.88 der Auslandsredakteur von ANALISIS, Alvaro Rojas, wegen eines im März im Zusammenhang mit dem Plebiszit veröffentlichten Artikels verhaftet. Siehe auch "Kriminalpolizei entführt Chefredakteur" in LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173



Ich NEIN!, Du NEIN!, er NEIN!, Wir....NEIN! Jugendbewegung für das NEIN

Almeyda-Sozialisten und Christliche Linke verbinden dagegen erheblich weitergehende Forderungen und Konsequenzen mit ihrem Engagement für das NEIN. Es schließt für sie – ebenso wie nun auch für die Kommunisten – die grundsätzliche Ablehnung des Regimes und der Verfassung ein. Für eine wirkliche Demokratisierung in Chile ist ein radikaler Bruch mit der gesamten von Pinochet geschaffenen Institutionalität unerlässlich, der durch eine landesweite Streik- und Protestbewegung durchgesetzt werden muß. Ob die dazu erforderliche Massenmobilisierung bis zum Volksentscheid genügend Kraft und Schwung entwickeln kann, ist fraglich. Es gab zwar in den letzten Monaten eine zunehmende Mobilisierung der Opposition, doch bezog sie sich bei den Parteien im Kommando für das NEIN wesentlich stärker auf das Plebiszit als auf andere Formen des Kampfes gegen die Diktatur. Dies gilt auch für PS-Almeyda, IC und MAPU, die sich relativ früh auf das Spiel der Diktatur eingelassen und damit heftige Kritik von Kommunisten, MIR und FPMR zugezogen hatten. Dahinter verbirgt sich letztlich die in der Linken Chiles nach wie vor ungelöste Frage nach dem Verhältnis zwischen politisch-sozialem Widerstand und militärisch-revolutionärer Gewalt. Dieses Problem, das sich ebenso hinter der Spaltung des MIR¹⁷ wie hinter der Loslösung großer Teile der FPMR von der kommunistischen Partei verbarg,¹⁸ macht auch vor dieser größten und wichtigsten Organisation der Linken nicht halt.

KRISE IN DER PC

Selbst aus den Reihen der Partei war Anfang dieses Jahres zu hören, daß die PC in einer der schwersten Krisen ihrer Geschichte steckte. Einige sahen darin einen Ausdruck des Generationskonfliktes zwischen den alten Kämpfern dieser Partei, die auf mehrere Jahrzehnte parlamentarisch-demokratischer Tätigkeit zurückblicken können, und den vorwiegend jüngeren Mitgliedern, die nicht zuletzt aufgrund der intensiven Basisarbeit v.a. in den poblaciones zur Partei gestoßen waren. Offensichtlich verliert das 'Fußvolk' – und diese Schwierigkeit teilt die PC mit allen anderen Parteien der Opposition – zunehmend die Geduld im Kampf gegen das Regime. Der politische Widerstand und die soziale Massenmobilisierung haben keine spürbaren Erfolge gebracht, vielmehr gingen die Verarmung großer Bevölkerungsteile und das repressive Vorgehen gegen Linke

¹⁷ Ende '86 spaltete sich der Flügel um Nelson Gutiérrez von dem von Pascal Allende angeführten MIR ab. Der MIR-Renovación kritisierte das starre Festhalten der Partei am Konzept der revolutionären Avantgarde und forderte aufgrund der realen Bedingungen eine offenere Bündnispolitik, die u.U. auch büregliche Parteien mit einschließen sollte. Vgl. Informations-Rundbrief Nr. 58, 6.7.87, der Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V.

¹⁸ Mitte '87 sagte sich der größere Teil der FPMR von der PC los, wobei der Partei Verrat an gemeinsamen Zielen vorgeworfen wurde. Die gesamte Logistik und die wichtigsten Comandantes gingen zur Frente-autónomo, die im Unterschied zur Frente partido ein zunehmend avantgardistisches Konzept verfolgte.

weiter. Der tägliche Kleinkrieg mit der Diktatur zermürbt, macht ungeduldig; nach 15 Jahren Unterdrückung schwindet das Vertrauen in Reformen oder ausgehandelte Veränderungen. Der einzige Ausweg scheint eine radikale militärische Lösung zu sein.

Doch die Bedingungen in Chile sind anders. Schon 1986 wählten sich einige Optimisten kurz vor dem Ziel: Nach der Einfuhr großer Mengen von Waffen dachten führende Köpfe der FPMR, es bedürfe nur eines Anstoßes wie des Attentats auf Pinochet, um den Funken überspringen zu lassen und das Militärregime zu stürzen. Man glaubte so sehr an den bevorstehenden Erfolg, daß es die an dem Attentat Beteiligten für angebrachter hielten, im Land zu bleiben, anstatt sich schnellstens auf den vorbereiteten Wegen abzusetzen, wie vorher vereinbart worden war. Doch sie hatten sich verrechnet, wobei der Frente keineswegs das Scheitern des Attentats zum Vorwurf gemacht werden soll, sondern eher eine Verkenntung der politischen Bedingungen in Chile, die sich nach dem 2./3. Juli 1986 rasch geändert hatten (s.o.). Die am Attentat beteiligten Frente-Angehörigen wurden gefaßt, und Pinochet saß erst einmal wesentlich fester im Sattel als vorher.

Die Bedeutung der Waffenfunde in Nordchile und des gescheiterten 'Tyrannenmords' für die politische Arbeit der FPMR faßt Jaime Insunza von der PC-Führung zusammen: "Diese beiden Rückschläge waren nicht zweitrangig; sie bedeuteten eine Schwächung ihrer militärischen Stärke nicht in materieller Hinsicht, sondern im Hinblick auf das Vertrauen der Massen. Die FPMR erlitt die erste Niederlage und erscheint nicht mehr als unschlagbar."¹⁹ Folgerichtig erkannte die Parteispitze der PC, daß eine zu starke Forcierung des militärischen Widerstands in der Folgezeit kaum erfolversprechend wäre. Bewaffneter Widerstand ja, um sich zu wehren und dem Regime seine Grenzen zu zeigen, aber der Schwerpunkt der Partearbeit sollte auf der Mobilisierung der Bevölkerung zum Widerstand gegen Pinochet liegen. Diese Auffassung, die auch Koalitionen mit anderen politischen Gruppierungen nicht ausschließt, deckte sich jedoch nicht mit der Überzeugung einer Mehrheit in der FPMR, der Diktator wäre einzig durch gewaltsamen Widerstand zu beseitigen. Überzeugt davon, daß die Opposition in Chile eine entschlossene Avantgarde braucht, lösten sich der gesamte logistische Apparat und die meisten Comandantes von der PC. Sie warfen ihr vor, den Weg der nationalen Erhebung und Volksrebellion zu verlassen. Dabei richtete sich die Kritik ausdrücklich gegen die Parteiführung und nicht gegen die Basis, wo auch die autonome Frente (Frente autónomo) auf genügend Unterstützung zählen konnte.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung zeigte sich auch im Zusammenhang mit der Diskussion über das Plebiszit. Als die Parteiführung im März d.J. zum zweiten Mal die Empfehlung gab, sich in die

¹⁹ APSI 256, 13.-19.6.88; SOLIDARIDAD auf deutsch Nr. 103/104, Juli/August '88. Der Artikel geht detailliert auf Ursachen und Konsequenzen der FPMR-Spaltung ein.

Wahlregister einschreiben zu lassen, war das Echo gleich null, die Basis verweigerte sich dem Plebiszit nach wie vor. Die PC machte einen Rückzieher und vertagte die Entscheidung mit dem diplomatischen Versprechen, zu gegebener Zeit "eine Entscheidung im Sinne des chilenischen Volkes" zu treffen.

Dies hat sie am 15. Juni d.J. getan: Die PC ruft nun zum "totalen NEIN"²⁰ auf. Diese Entscheidung war schon länger erwartet worden. Angesichts der Breite der Parteien, die sich am Volksentscheid beteiligen wollen, und der massiven Einschreibung der Chilenen in die Wahlregister macht ein Aufruf zum Boykott auch wenig Sinn, zumal sich die PS-Histórico kurz zuvor ebenfalls dem NEIN zum Regime angeschlossen hatte. Für die Kommunisten beinhaltet das NEIN die totale Ablehnung der Pinochet-Diktatur und der von ihr geschaffenen Gesetze. Verliert der Generalkapitän, bedeutet das nach dem Verständnis der PC zwangsläufig die Einsetzung einer Übergangsregierung und die Ausschreibung freier Wahlen. Notfalls muß eine breite Volksbewegung diesen Forderungen Nachdruck verleihen und das Land lahmlegen, um jeden Versuch des oft angedrohten 'Selbstputsches' von Pinochet zu vereiteln.

²⁰ APSI 258, 27.6.-3.7.88; auszugsweise in SOLIDARIDAD auf deutsch Nr. 103/104



11. Juli 1988: Bei dem "Hungermarsch" der CUP ist ein Passant von Gummikugeln der Polizei getroffen worden. Bei dem vergleichsweise gewaltsamen Protest gab es eine Reihe von Verletzten und 216 Verhaftungen; 8 Busse gingen in Flammen auf.

Soweit die neue Position der Kommunistischen Partei. Daß selbst Vertretern der Parteiführung diese Entscheidung nicht leicht fiel, gibt Luis Guastavino unumwunden zu, auch wenn er die neue Linie rechtfertigt,²¹ die er wenige Monate zuvor noch als "Politik-Fiktion"²² abgetan hatte. Wie die Parteibasis auf die Kehrtwendung reagiert, ist nicht genau vorherzusehen. Ob sie mitzieht, ist z.B. aufgrund der Erfahrungen bei den Studentenparlamentswahlen im Mai d.J. an der Universität Chile, wo die Streiks und Besetzungen auch in diesem Jahr weitergehen, eher fraglich. Die Kommunistische Jugend (JJCC) kündigte nicht nur die gemeinsame Liste mit der Sozialistischen Jugend-Almeyda auf, sondern führte ihren Wahlkampf in erster Linie gegen diese "Verräter" und gegen die Beteiligung am Plebiszit. Damit konnten sie einen Stimmenzuwachs um 8% erreichen! Auch die gewaltsamen Auseinandersetzungen bei der Demonstration am 11. Juli lassen ahnen, daß sich viele Linke nicht mit dem Plebiszit und der aktuellen PC-Linie zufriedengeben werden.

Auf Ablehnung gestoßen ist die Kommunistische Partei in jedem Fall bei der Mitte-Rechts-Opposition: DC-Vorsitzender Aylwin kündigte an, er werde die Integration der PC in das Kommando für das NEIN auf keinen Fall akzeptieren.²³ Und da zeigt sich auch gleich die Schwäche der chilenischen Opposition. Auch wenn sich Augusto Pinochet vor knapp zehn Jahren mit der Festlegung auf das Plebiszit etwas verkalkuliert hat - die bislang in den eigenen Reihen und sogar in der Junta laut gewordene Kritik an seiner Position macht das deutlich - so kann er sich immer auf seine Gegner verlassen. Falls es eine Mehrheit für das NEIN gibt, was bei halbwegs korrekten Bedingungen anzunehmen ist, steht eins fest: unmittelbar danach entbrennt der Wahlkampf. Dann findet der Minimalkonsens des NEIN ein jähes Ende, die 'marxistischen' Parteien dürfen ja noch nicht einmal mitmachen. Divide et impera - so schnell wird Pinochet nicht aufgeben.

Jens Holst

²¹ APSI 258, 27.6.-3.7.88; Auszüge in SOLIDARIDAD auf deutsch Nr. 103/104

²² ANALISIS 210, 18.-24.1.88

²³ Interview in HOY 566, 23.-29.5.88

DEUTSCHE ZEUGEN ENTLASTEN ANGEBLICHEN POLIZISTENMÖRDER

Am 17. Mai 1988 wurde Jorge Colina aus Renca unter dem Verdacht verhaftet, am 12. April d.J. den Polizisten Samuel López erschossen zu haben. Zum Pech der Militärstaatsanwaltschaft saß Jorge Colina, der von CNI-Agenten belastet wird, zur Tatzeit zusammen mit 15 jungen Deutschen, die einen Monat bei Missio gearbeitet hatten, im Bus zum Flughafen, um die Gäste zu verabschieden. Doch die Zeugenaussagen der Gruppe aus Köln nützte Jorge Colina bisher wenig: Nachdem er tagelang gefoltert worden war, sitzt er immer noch im Gefängnis. Die Ankläger schlugen angesichts der entlastenden Zeugenaussagen mehrere Purzelbäume, um die Anklage Polizistenmord aufrecht zu erhalten.

Solidarität mit »Casa de la Mujer«, Valparaíso

In LN 161/162 (S. 28 ff.) haben wir über das Frauenprojekt "Casa de la mujer" in Valparaíso/Chile berichtet und zu Spenden für das Projekt aufgerufen.

Die "Casa de la mujer" besteht nunmehr seit fast 2 Jahren und erfüllt innerhalb der oppositionellen Bewegung in Valparaíso eine wichtige Rolle. So haben die Frauen in einem breiten Zusammenschluß mit anderen Frauengruppen zum Frauentag am 8. März dieses Jahres mehrere Aktionen und Aktivitäten organisiert, unter anderem eine Demonstration im Zentrum von Valparaíso - gut besucht trotz ausdrücklichen Verbots seitens der Behörden und vorheriger Einschüchterungskampagne durch die Medien der Diktatur.

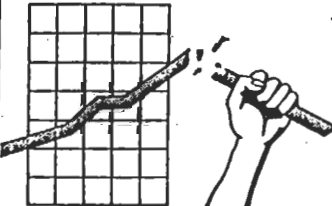
Vor einigen Tagen erreichte uns die Nachricht, daß "Casa de la mujer" - wie auch einige andere oppositionelle Projekte - zum zweiten Mal eine Todesdrohung einer Gruppe mit Namen "Nationalistische Front Husaren des Todes" erhalten hat, in der dem "marxistisch-leninistischen Terrorismus" der Krieg bis aufs Messer angekündigt wird: "Es gibt nur einen guten Terroristen oder Kommunisten: denjenigen, der tot ist". In Chile ist es ein offenes Geheimnis, daß sich hinter diesen verdeckt operierenden Banden - Comando 135, CO-VEMA ... - Mitglieder der Streitkräfte und des Geheimdienstes CNI verbergen, die den schmutzigen Krieg gegen die Linke auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Die Lateinamerika Nachrichten rufen ihre Leser/innen dazu auf, in Briefen o.ä. an "Casa de la mujer" unsere Solidarität mit den bedrohten Frauen zum Ausdruck zu bringen. Briefe bitte senden an:

Casa de la mujer
Casilla 4315, Agencia 2
Valparaíso 2 - Chile

SPENDENAUFRAF

Kampagnenbüro: Oranienstr. 159
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 614 50 98



Spendenkonto:
Netzwerk-
Sonderkonto IWF
Sparkasse
Berlin (West)
Nr. 61 000 61 77
BLZ 100 500 00

IWF/WELTBANK-KAMPAGNE

MEXIKO

Wahlwirbel

Einen Monat nach der Wahl ist die politische Situation in Mexiko immer noch konfus. Von den fünf Präsidentschaftskandidaten sind drei, jedenfalls in der Öffentlichkeit, von ihrem Wahlsieg überzeugt. Es gehen Gerüchte um, Cárdenas wolle eine Gegenregierung organisieren, wenn Salinas tatsächlich Präsident wird, Clouthier plane die Gründung einer neuen Partei und es fänden Verhandlungen zwischen der Regierungspartei PRI und der Opposition statt.

Deklariert Gewinner des Systems ist, wie nicht anders zu erwarten, Carlos Salinas de Gortari (PRI), der gemäß dem offiziellen Wahlergebnis mit 50,36% der Stimmen vor Cuauhtémoc Cárdenas (FDN) mit 31,12% und Manuel Clouthier (PAN) mit 17,07% liegt.

Auch wenn dieses Ergebnis nicht den Vorhersagen der PRI entspricht (vgl. LN 172/173), die bei 65-70% für Salinas lagen, so ist ihm deswegen noch lange nicht zu glauben. Nachdem es schon vor den Wahlen "Probleme" mit dem Wahlregister gegeben hatte, ist es während der Wahlen selbst zu weiteren Fällen von Wahlbetrug gekommen. Gefälschte, für die PRI gekennzeichnete Wahlscheine tauchten z.T. schon vor dem Wahltag auf; in einigen Gegenden wurden die Wähler massiv von der PRI zur Wahl "befohlen"; PRI-Anhänger haben mehrfach gewählt oder bei einem Wahlakt mehrere Wahlscheine in die Urne gesteckt; viele Leute konnten nicht wählen, da sie nicht wußten, wo das Wahllokal war; Oppositionsmitglieder wurden am Bewachen der Urnen gehindert.

Hinzu kam die reichlich verspätete Bekanntgabe der Wahlergebnisse: Am Mittwoch, dem 7.6.1988 fanden die Wahlen statt, und die Resultate sollten am darauffolgenden Sonntag veröffentlicht werden. Das geschah dann aber mit mehr als einer Woche Verspätung. Als Begründung mußten der Zusammenbruch des Computersystems und die unerwartet viele Arbeit herhalten, letztere angeblich hervorgerufen durch die völlig unterschiedlichen Ergebnisse in den einzelnen Urnen und die zusätzliche Arbeit, die die Wahlbeobachter der Opposition machten.

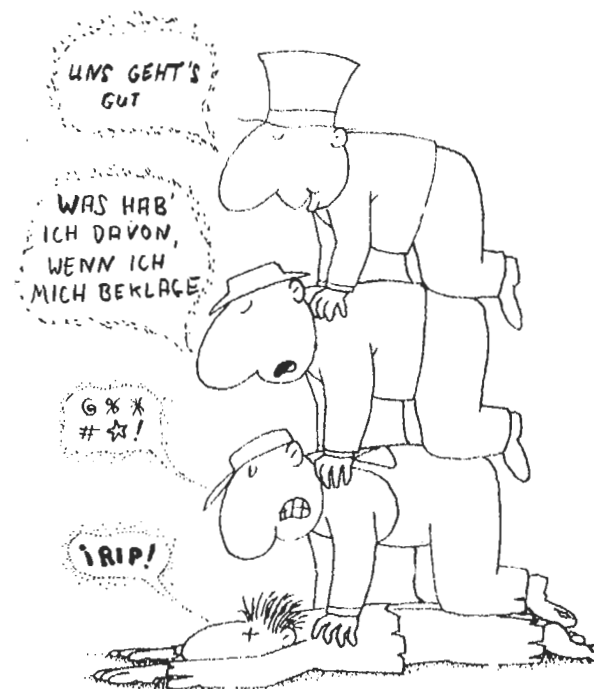
Wahrscheinlicher ist, daß die PRI trotz des gefälschten Wahlregisters und der Betrugsmethoden während der Wahlen noch Schwierigkeiten hatte, den Sieg einigermaßen "sauber" aussehen zu lassen. Bis heute wurden die Einzelergebnisse von ca. 25 Millionen Urnen (die Hälfte) noch nicht veröffentlicht. Von der Opposition immer wieder gefordert, lehnt die PRI dies bis jetzt jedoch ab.

Trotz der erwarteten Ernennung Salinas' zum Wahlsieger hielten die offiziellen Ergebnisse eine Überraschung bereit: Entgegen

der Behauptungen auch des PRI, daß mit den Wahlen 1988 ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratie gemacht worden sei, da der abstencionismo, das massive Fernbleiben von den Wahlen, überwunden worden sei, sind doch 50% der Wahlberechtigten nicht zur Wahl gegangen.

Sowohl die PAN, als auch FDN/PMS, letztere unterstützt von der PRT, haben nach ihren eigenen Berechnungen den Wahlsieg ihres jeweiligen Kandidaten verkündet. Clouthier hat diese Haltung in der Öffentlichkeit relativ schnell wieder aufgegeben; er erklärt nun, angesichts des Betrugs könne es keinen Wahlsieger geben.

Noch am 7.6. abends haben die Oppositionsparteien (außer der PDM) ein gemeinsames Papier veröffentlicht, in dem sie den Wahlbetrug verurteilen und zu gemeinsamen Aktionen zur Verteidigung des Wahlrechts aufrufen. Auch wenn es in der folgenden Zeit einige Probleme zwischen der PAN und der FDN gab – wie beispielsweise die Anschuldigung des PAN, der FDN-Senatskandidat für den Distri-



to Federal, Muñoz Ledo, habe sein Mandat durch Betrug gewonnen - wird diese verbale "Koalition" bis jetzt fortgeführt. Konkrete Aktionen werden von den Parteien allerdings meist allein durchgeführt. Die Präsidentschaftskandidaten der Opposition reisen wieder, wie im Wahlkampf, durchs ganze Land, um die Bevölkerung zu mobilisieren. Demonstrationen finden statt, Straßen werden blockiert, und der Bundeswahlkommission werden Betrugsfälle vorgelegt. Diese hat bis jetzt allerdings nur eine Minderheit der Beschwerden akzeptiert.

Die Opposition fordert die detaillierte Offenlegung der Wahlergebnisse oder die Durchführung von Neuwahlen. Beides ist äußerst unwahrscheinlich. Und selbst die veröffentlichten Ergebnisse sind damit ja noch nicht "sauber".

Die Opposition konnte zwar vor den Wahlen große Teile der Bevölkerung mobilisieren und hat jetzt zum Teil noch größeren Zulauf; aber mit ihren Mitteln wird sie Salinas nicht aus dem Sattel heben. Die PRI ist nicht bereit, ihre Versprechungen wahr zu machen und einen Demokratisierungsprozeß einzuleiten, der eine Niederlage der offiziellen Partei zur Folge haben könnte.

Salinas kann außerdem auf internationale Unterstützung zählen. Reagan hat "seinem" Kandidaten schon seit langem gratuliert. Glückwünsche kamen aber auch aus Cuba, Nicaragua und Peru.

Die PRI kann nun entweder die Opposition massiv unterdrücken oder Reformen einleiten, um das System aufs Neue zu legitimieren und das Protestpotential zu neutralisieren. Repressalien werden sicher nicht ausbleiben, aber es gibt Hinweise, daß letztendlich die zweite Option ergriffen wird. Ähnliches versuchte die PRI 1979 mit den Wahlrechtsreformen. Jetzt wurde Manuel Camacho Solís neuer Generalsekretär (und geheimer Präsident) des PRI.

Schon 1977, als die Partei sich ebenfalls in großen Schwierigkeiten befand, schlug dieser eine Reihe von politischen Reformen vor, um das angeschlagene System zu stabilisieren. Damals konnte er sich gegenüber Altparteimitgliedern nicht durchsetzen, heute befindet er sich jedoch in einer machtvollen Position.

Aber auch Salinas hat im Wahlkampf Reformen gefordert, womit er sich mehr an seine eigene Partei als an die Öffentlichkeit wandte. Den Mexikanern scheint ein weiteres "sexenio" unter PRI-Herrschaft jedenfalls nicht erspart zu bleiben.

Abkürzungen: PRI - Partido Revolucionario Institucional, FDN - Frente Democrático Nacional, PAN - Partido Acción Nacional, PRT - Partido Revolucionario de los Trabajadores, PSM - Partido Mexicano Socialista, PDM - Partido Democrático Mexicano.

Quellen: Jornada, Proceso

Silke Hensel

EL SALVADOR

Duartes eleganter Abgang

Die Wahlen sind ebenso vorüber wie das unvermeidliche Gerangel um Wahlbetrügereien. Das Scheitern der Christdemokraten und der deutliche Sieg der rechten ARENA setzen klare Zeichen für die Präsidentschaftswahlen im kommenden März. Die Christdemokratie ist genauso am Ende wie ihr totkranker Vorsitzender Duarte, die Probleme des Landes konnten durch die Strategie des low intensity conflict aus Washington nicht gelöst werden. Nutzen hat daraus die ARENA gezogen, die sich ein gemäßigteres Image zugelegt und ihre Hardliner wie Roberto D'Aubuisson zurückgenommen hat. Inwieweit sich die teilweise aus dem Exil zurückgekehrte Linke in das politische Geschehen in El Salvador einbringen kann und will, bleibt noch abzuwarten, neu entstandene Massenorganisationen machten in den letzten Monaten wiederholt durch zunehmend offensives Auftreten von sich reden. Der folgende Artikel geht auf die Situation nach den Wahlen und auf Perspektiven für das kleine mittelamerikanische Land ein.

Das Projekt des Krieges niedriger Intensität, das von der Reagan-Regierung an El Salvador exerziert werden sollte, ist gescheitert. Der Aufbau der Christdemokratie sollte nicht nur das Aushängeschild für eine formale Demokratie schaffen, sondern mit Unterstützung bestimmter Bevölkerungsgruppen auch die Befreiungsbewegung FMLN stärker isolieren. War 1984 noch eine gewisse Unterstützung von Seiten der Bevölkerung zu erkennen, wobei die Hoffnungen auf Dialog und Agrarreform ausgenutzt wurden und man mit Duarte einen Mann zum Präsidenten machte, der 1972 selbst gefoltert worden war und ins Exil gehen mußte, wodurch er sich seinerzeit im In- und Ausland ein gewisses Ansehen erworben hatte, so ist dieses zumindest im Land selber zusammengeschmolzen. Die Erfahrung mit der Agrarreform bedeutet für die Kooperativen Verschuldung, fehlende Infrastruktur, keine Kredite, keinen Gewinn und zum größten Teil keine Überlebensemöglichkeit. Der Dialog wurde sabotiert und als nationaler Dialog bzw. in seiner Bedeutung als Lösung unter Salvadorianern durch Esquipulas II, das Abkommen der fünf mittelamerikanischen Präsidenten vom August 1987, abgewertet. Esquipulas hat für El Salvador auch keinen sichtbaren Fortschritt gebracht, mit Ausnahme der Amnestie, die aber auch den Todesschwadronen zugute kam. Die Flächenbombardierungen wurden wieder aufgenommen, die Armee erhielt Nachtsichtgeräte und Wärmedetektoren und wurde insgesamt vergrößert und modernisiert.

Nicht zuletzt das Erdbeben vom 10.10.86 hat zur Desillusionierung und zur Transparenz des Duarte-Regimes beigetragen. Nicht nur, daß

die Armee Hilfsgüter verkaufte, die Zelte als Autoplanen in den Wohnvierteln der Reichen auftauchten, daß Second-Hand-Läden mit gespendeter Kleidung wie Pilze aus dem Boden schossen, daß offen Reis mit dem Aufdruck "Spende der Volksrepublik China" auf Märkten verkauft wurde, daß dem Ausbau der Fußgängerzone Priorität vor dem Bau von Hütten gegeben wurde, nicht nur, daß es also keine Hilfe für die Erdbebenopfer gab, sondern sich das Militär, die Bürokratie, der mit der Verteilung beauftragte Verband der Privatunternehmer an den Hilfsgütern bereichert haben. Nicht nur dies hat das Duarte-Regime im Land kräftig diskreditiert, sondern auch die Tatsache, daß dem Projekt "unidos para reconstruir" (vereint zum Wiederaufbau), dem Zuckerbrot-und-Peitsche-Modell der Wiederansiedlung in bestimmten Konfliktzonen im Rahmen des Krieges niedriger Intensität Vorrang vor dem Wiederaufbau der beim Erdbeben zerstörten Hütten und Gebäude eingeräumt wurde, hat zum Niedergang der christdemokratischen Regierung beigetragen.

Ein öffentlicher Hinweis - abgesehen von seiner politischen Bedeutungslosigkeit als Volksentscheid - war das Ergebnis der Abgeordneten- und Kommunalwahlen am 20.3.88, bei der eindeutig gegen die PDC (Christdemokratische Partei) gestimmt wurde und die rechtslastige, mit den Todesschwadronen in Verbindung stehende ARENA einen erdrutschartigen Sieg erringen konnte. Vermochte die PDC durch ihre Stimmenmehrheit im Wahlrat bei der Stimmauszählung die Mehrheit von ARENA mit 31 Sitzen zu verhindern, so ist es ihr jedoch nicht gelungen, die Partei der Nationalen Versöhnung (PCN) als Koalitionspartner bei der Stange zu halten. Gerüchte um einen Staatsstreich kamen auf, als ARENA nach der offiziellen Stimmauszählung und der Entscheidung des Wahlrates, nicht ihr, sondern der PDC den einen umstrittenen Sitz zuzuschlagen, die Pattsituation nicht lösen konnte. Die Rechte wählte jedoch die elegantere, weniger riskante und unblutige Lösung in Form des Kaufs eines PCN-Abgeordneten, um die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu ihren Gunsten zu verschieben.

Die Rangelerei um den Kandidaten für die Präsidentenwahlen 1989 demonstrierten die Zerrissenheit und den weiteren Niedergang der PDC. Nach der Wahl vom 20.3.88 war klar geworden, daß der Verlierer der Kommunalwahl in San Salvador, Duarte-Sohn Alejandro, nicht als Anwärter für die Präsidentschaftskandidatur in Frage kam. Auch Morales Ehrlich, der frühere Bürgermeister der Hauptstadt, gab frühzeitig bekannt, er stünde nicht zur Verfügung. Altpolitiker Rey Prendes, an dessen Fingern in seiner Ministerzeit so viel kleben geblieben ist, daß er sich eine Hausmacht aufbauen konnte, hat lange mit dem Technokraten und Wunschkandidaten der US-Botschaft, Chávez Mena, um die Kandidatur gestritten. Für Chávez Mena sprach sich die UNOC aus, der von der PDC im Juni 86 als Gegengewicht zur linken UNTS ins Leben gerufene Gewerkschaftsverband, der kurz vor den Wahlen bei einer Demonstration für die Agrarreform der Duarte-Regierung allerdings bloß 5.000 Bauern aus dem ganzen Land mobilisieren konnte und damit eher Schwäche demonstrierte. Rey Prendes



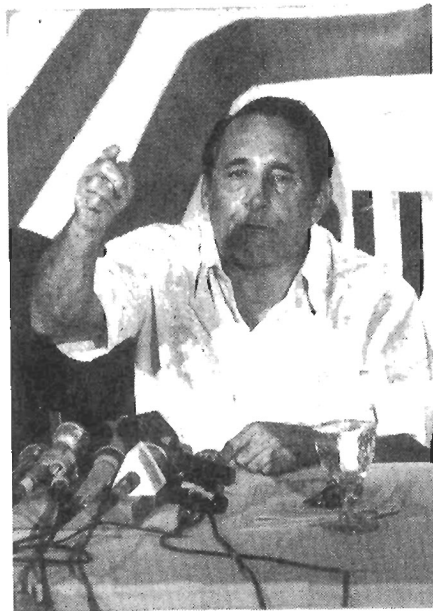
Die beiden Kontrahenten friedlich vereint an einem Tisch: Chávez Mena (ganz links) und Rey Prendes (rechts außen) neben Präsident Duarte und den Generälen Vides Casanova (links) und López Nuila nach dem Dialog vom Oktober 1987

Foto: Jens Holst

konnte die Wahlversammlung der PDC mit einem geschickten Coup vor dem Eintreffen der Anhänger von Chávez Mena für sich entscheiden. Aber später wurde die Versammlung angefochten und für ungültig erklärt, sodaß die Kandidatur wieder völlig offen war. Letztlich gab es doch eine Mehrheit für den jüngeren und dynamischeren Kandidaten, der "König" Prendes hatte seinen Mund zu voll genommen und muß sich nun vermutlich mit der undankbaren Rolle des Vizepräsidentenskandidaten zufrieden geben. Duarte hatte zwei Tage vor der Versammlung einen seiner Stellvertreter, den völlig unbekannten Abraham Rodríguez, als Kompromißkandidaten vorgeschlagen, ohne daß dieser Vorschlag in der PDC ernsthaft diskutiert wurde. Eine halbwegs geschlossene Partei oder einen Nachfolger kann er somit nicht hinterlassen.

War es durch das Gerangel um den Abgeordnetensitz in Usulután und die Weigerung der PDC, das neue Parlament zu eröffnen, noch gelungen, die ARENA-Mehrheit im Parlament hinauszuzögern, so erschien die Erkrankung von Präsident Duarte als letzte Notbremse, in der Abgeordnetenversammlung eine Machtübernahme durch ARENA herauszuschieben. Am Freitag wurde seine Krankheit bekanntgegeben, am Wochenende blühten die Spekulationen über diese Taktiererei. Die Bekanntmachung, er habe unheilbaren Magen- und Zwölffingerdarmkrebs, war dann der Trommelwirbel, um einen tränenreichen Abgang mit weinender Familie, weinenden Ministern und weinendem Präsidenten zu initiieren. Im Parlament wurden eine Botschaft und sein politisches Testament verlesen, in der Kathedrale von San Salvador und

den großen Kirchen Bittgottesdienste abgehalten. Die zu solchen Anlässen gezeigten Transparente hatten alle den gleichen Tenor: "Der König stirbt, es lebe der König!" Eleganter hätte er seinen Abgang nicht initiieren können. Mitnichten erscheint er so als der erfolglose Präsident, der er eigentlich ist, mit seiner gescheiterten Agrarreform, der Intensivierung des Krieges ohne Ausweg, mit dem Niedergang der Wirtschaft sowie der Vergeudung von Unsummen, die das gescheiterte Projekt des Krieges niedriger Intensität hinterläßt. Es ist ihm nicht gelungen, seinen Sohn oder einem ihm genehmen Nachfolger zu etablieren. Er ist nun vielmehr ein leidgeprüfter Führer der Nation, dem ein weinendes Volk nachblickt, das



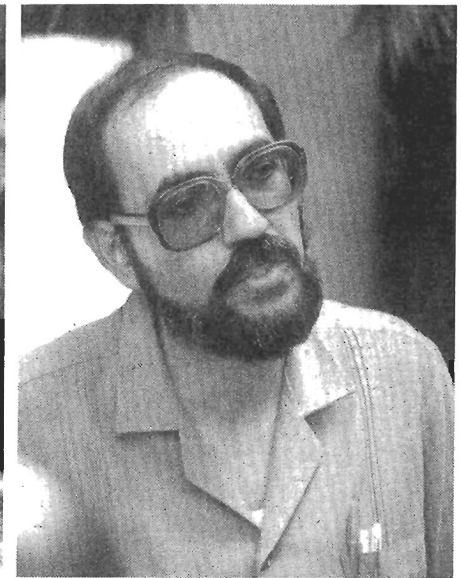
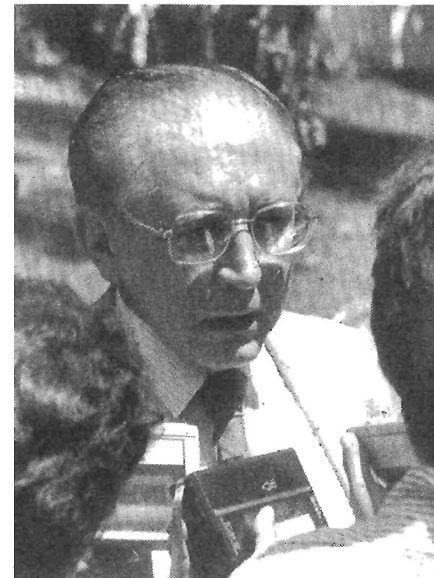
Präsident Napoleón Duarte

nun in die Kathedrale strömt, um bei Gott für sein Leben zu bitten. So versucht es zumindest eine gut angeleierte Propagandamaschinerie darzustellen. Allerdings hält auch dieses Theater nur eine Woche an. Zu interessant sind das weitere Gerangel um die Macht in der übrigen PDC und die Polarisierung ARENA - Massenorganisationen.

Es ist Bewegung in die Machtverhältnisse in El Salvador gekommen. Guillermo Ungo (MNR) und Rubén Zamora (MPSC), die beiden Vorsitzenden der Revolutionären Demokratischen Front (FDR) sind ins Land zurückgekehrt und versuchen, den politischen Spielraum zu nutzen, der sich durch die veränderten Machtverhältnisse ergibt. Sie müssen sich aber davor hüten, sich in Formalismen wie die Unterschriftensammlung für die Zulassung ihrer Parteien

Foto: J.Holst

verwickeln zu lassen, die spätestens im Falle des Wahlsiegs von ARENA bei der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr eine weitere schwarze Liste darstellt. Sie müssen sich auch davor hüten, sich so weit in die Legalität vorzuwagen, daß sie in Zugzwang kommen, an den bevorstehenden Wahlen teilnehmen zu müssen, ohne daß sich die Bedingungen für eine Umwälzung ergeben haben. Dies ist durch eine Wahl in El Salvador solange nicht möglich, wie nicht der Oligarchie, dem Militär, der US-Administration die Macht im Land entrissen wird und eine grundlegende Veränderung erfolgt. Die Beteiligung an Wahlen unter den derzeitigen Bedingungen, d.h. nach acht Jahren Krieg, bei immer mehr Toten durch die Todesschwadronen und Bombardierungen auf dem Land, angesichts vorgehaltener Gewehre und der Morde an der Basis, würde, wenn nicht gleich Selbstmord, so doch Isolierung und eine offensichtliche Bruchlandung bedeuten.



Guillermo Ungo (links) und Rubén Zamora, die beiden Vorsitzenden der FDR und der nach ihrer Rückkehr nach El Salvador entstandenen Demokratischen Konvergenz (CD)

Fotos: Lisa Luger

Eine neue Tendenz in der Taktik der fortschrittlichen bis revolutionären Kräfte ist daher nicht die Schaffung von oder Mobilisierung für politische Parteien, ebenso wenig wie die Orientierung auf formale Wahlen. Es geht vielmehr um die Schaffung bzw. Radikalisierung einer neuen politischen Massenbewegung, wie zum Beispiel das Komitee gegen Hunger und Repression, das aus Morazán stammt und kurz vor dem 1. Mai durch eine militante Demonstration auf sich aufmerksam gemacht hat. Diese Massenbewegung soll weite Teile der Bevölkerung mobilisieren, sich als gesellschaftliche Kraft und damit als möglicher Dialogpartner präsentieren und die Organisationsbasis für eine massive Widerstandsbewegung im kommenden, bewegten Jahr bilden. Sie konnte zugleich den Gewerkschaftsdachverband UNTS etwas aus der Schußlinie nehmen, der sich derzeit in der undankbaren Rolle des Hauptangriffspunktes der Repression befindet und dessen offene Radikalisierung wichtige Teile der Basis verstärkter Repression aussetzen würde. Die Schwäche der jetzigen Regierung, der absehbare Sieg von ARENA bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen sowie die dadurch zu erwartende Polarisierung zeitgleich mit der möglichen Wahl des Demokraten Dukakis zum US-Präsidenten und dem damit eventuell zu erwartenden Umschwung in der Zentralamerikapolitik der USA könnten einen gewissen Spielraum für die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in El Salvador eröffnen, das Blatt zu Gunsten des Volkes zu wenden.

Anonimi compagni
amici che restate
le verità sociali
da forti propagate.
E questa la vendetta
che noi vi domandiam.

Unbekannte Genossen,
Freunde, die ihr zurückbleibt,
verkündet standhaft weiter
die sozialen Wahrheiten.
Das ist die Rache
um die wir euch bitten.

Wir trauern um unseren Freund, Bruder und Genossen

Jürg Weis

Er wurde am 22.8.88 zusammen mit zwei Salvadorianern in der Nähe von Ilobasco / El Salvador von der Nationalpolizei ermordet. Sie sind drei weitere Opfer der Kriegspolitik in El Salvador, die bislang über 70 000 Menschenleben gefordert hat, und die von Washington und Bonn aus organisiert und finanziert wird.

Im Juli war Jürg zu einer mehrwöchigen Reise nach El Salvador aufgebrochen. Er fiel, als er mit einheimischen Führern unterwegs war in ein Gebiet, das von der salvadorianischen Armee bombardiert worden war und wo er Zeugenaussagen der dort lebenden Zivilbevölkerung sammeln wollte, für die er Medikamente bei sich trug.

Jürg arbeitete seit 1986 im Zentralamerika-Sekretariat in Zürich. Er war überzeugt vom Sieg der salvadorianischen Revolution. Für dieses Ziel arbeitete er mit allen seinen Kräften. Sein Tod ist auch die Konsequenz seines Lebens und seiner Arbeit.

**Companero Jorge: Presente!
Venceremos!**

Solidaritätskomitees in Hamburg, Westberlin, Bremen, Mainz, Marburg, Aachen, Speyer, Göttingen, Erlangen, Tübingen, Heidelberg, Saarbrücken, Frankfurt, Stuttgart, Kleve, Essen, Bochum, Bielefeld, Nürnberg und anderen Orten.

Informationsstelle El Salvador · Informationsstelle Lateinamerika · Infobüro Nicaragua · Infostelle Guatemala · Mittelamerikasekretariat München · Ökumenisches Büro für Gerechtigkeit und Frieden · Christliche Initiative Romero · Ides · Unterstützergruppe Radio Venceremos · Flüchtlingshilfe Mittelamerika · Europa-Koordination der El Salvador-Solidarität · Medico International · GRAEL / Regenbogenfraktion im Europaparlament · Alternative Liste Berlin · Radio 100 Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Kuba

Die Lateinamerika Nachrichten teilen die Empörung und die Trauer um den Mord an Jürg Weis und seine salvadorianischen Begleiter. Wir drucken daher die nebenstehende Anzeige aus der taz vom 25.8. ab.

KURZNACHRICHTEN

EL SALVADOR

Zweite Massenrepatriierung von Flüchtlingen aus Honduras
Zwischen dem 13. und 16. August 1988 kehrten weitere 1.227 salvadorianische Flüchtlinge aus den Lagern Mesa Grande in ihre Heimat zurück. Die Regierung in El Salvador und die Armee verhielten sich auch bei dem zweiten "retorno" ablehnend und zögerten ihn hinaus, während die militärische Repression in den Lagern in Honduras zunahm.

An der salvadorianischen Grenze gab es dann Probleme: Den internationalen Begleitern der Flüchtlinge, u.a. dem Bischof von Detroit, wurde die Einreise verweigert. Gleichzeitig hielt das Militär 30 km nördlich drei verschiedene Karawanen (CNR/CRIPDES, Lutherische Kirche und einen Lkw-Konvoi mit Hilfsgütern) auf, die von San Salvador zum Empfang der Kriegsvertriebenen aufgebrochen waren. Erst nach längeren Verhandlungen waren die Flüchtlinge bereit, trotz dieser Repressalien nach El Salvador einzureisen. Nach weiteren Auseinandersetzungen und Verhandlungen über den Weg und ein Zusammentreffen mit den festgehaltenen Karawanen kamen die Flüchtlinge schließlich am 16.8.88 in Teocinte und San Antonio Los Ranchos in Chalatenango an.

COSTA RICA

Versöhnen statt Spalten
Nachdem die Spaltung der Kommu-

nistischen Partei und des linken Lagers insgesamt 1984 den beiden neu entstandenen Gruppierungen weder bei den Wahlen 1986 noch bei den außerparlamentarischen Kämpfen Erfolg gebracht hat, wird jetzt wieder eine gewisse Einheit angestrebt. Die beiden KP-Splitter, Partido Vanguardia Popular und Partide del Pueblo Costarricense, sowie die Frente Amplio Democrático des mehrfachen Präsidentschaftskandidaten Rodrigo Gutiérrez haben dafür ein gemeinsames Dokument veröffentlicht. Ziel ist "ein Prozeß der Sammlung der Volks- und antiimperialistischen Kräfte und eine möglichst breite demokratische Einheit". Grundlage der zukünftigen Arbeit und des zu erarbeitenden Wahlprogramms für 1990 sollen "soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und nationale Souveränität" sein. Bei dieser Wahl wollen die Parteien ein Bündnis bilden, die Unabhängigkeit ihrer Organisationen jedoch bewahren.

ECUADOR

Revolutionäre Prominenz bei Borja

Nicht nur, daß Ecuadors neuer Präsident, der Sozialdemokrat Rodrigo Borja, gleich mit seinem Amtsantritt am 10. August die von seinem Vorgänger unter dem Druck der USA abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua wieder aufnahm; vor allem der betont herzliche Empfang, den Borja Nicaraguas

Präsidenten Daniel Ortega und dem kubanischen Staats-Chef und Revolutionsführer Fidel Castro bereitet hat, dürfte der Reagan-Administration schwer im Magen liegen.

Für Fidel Castro war dies die erste Reise in ein südamerikanisches Land seitdem er 1972 das Chile der Allende-Regierung besucht hatte. Hortensia Bussi de Allende, die Witwe des 1973 ermordeten chilenischen Präsidenten, war bei Borjas Amtsantritt eine viel gefeierte Ehrengästin.

EL SALVADOR

Revolutionäre, auf zur Wahl!

Die in der Convergencia Democrática (CD) zusammengeschlossene "sozialdemokratische" MNR von Guillermo Ungo und die von Ruben Zamora angeführte MPSC wollen bei den für kommenden März angesetzten Präsidentschaftswahlen kandidieren. Beide Parteien gehören der mit der FMLN-Guerilla verbundenen Frente Democrático Revolucionario (FDR) an. Wie Zamora betonte, wird sich an dem Bündnis zwischen FMLN und FDR durch die Beteiligung an den Wahlen nichts ändern. Zentraler Punkt des Wahlprogramms der Convergencia Democrática wird die Forderung nach einem "nationalen Dialog" und fairen Verhandlungen mit der Guerilla sein.

ARGENTINIEN

Straffreiheit für Militärs
Straffrei werden ca. 20 Mili-

tärs bleiben, die von argentinischen Gerichten wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden waren.

Das durch die Regierung Alfonsín verabschiedete "Befehlsnotstandsgesetz" (LN 161/162) macht dies möglich. Nur als grotesk kann man allerdings bezeichnen, daß der ehemalige Befehlshaber des 2. Heereskorps in Rosario unter der Diktatur Videlas, General Galtieri, auch nur ein Opfer dieses Befehlsnotstandes gewesen sein soll. Galtieri steht nur noch wegen seiner Vergehen in Zusammenhang mit dem Malwinenkrieg vor Gericht. Bleibt daran zu erinnern, daß auch der wegen Menschenrechtsverletzungen und der Ermordung der Schwedin Dagmar Hagelin verurteilte Alfredo Astiz nach wie vor einen hohen Rang bei der Marine bekleidet. Die Regierung hatte, nachdem sie auf Druck der Militärs hin seine Beförderung zugelassen hatte, zumindest versprochen, ihn - nun befördert - in den Ruhestand zu schicken. (s. LN 167)

PANAMA

Arnulfo Arias gestorben

Mit dem Tod des "Grand Old Man" der panamaischen Politik, dem 86-jährigen Rechtsnationalisten Arnulfo Arias, hat die Opposition gegen Armee-Chef Noriega ihre wohl wichtigste Integrationsfigur verloren. Einen Nachfolger für Arias gibt es in seiner Partei, der Partido Panameñista Auténtico (PPA), nicht. Die PPA droht nun in drei rivalisierende Fraktionen zu zerfallen.

Eingegangene Bücher

Antonio Morten (Hrsg.): **Vom heimatlosen Seelenleben** - Entwurzelung, Entfremdung und Identität. Psychiatrie - Verlag, ISBN 3-88414-085-x, Bonn, 1988

Marie - Agnes Heine: **Dritte Welt auf Empfang?** Die Medienförderung der BRD in der Dritten Welt. asa - Studien. Breitenbach - Verlag, Saarbrücken/Fort Lauderdale, 1988

Report of the CIIR Executive committee delegation: **A thousand times heroic** - Signs of faith, hope and peace in Central America. Catholic Institute for International Relations, ISBN 1-85-287-008-7, Glasgow, 1988

Lateinamerika - Institut Berlin: **Exkursionsbericht 1987 - Argentinien, Perspektiven der Demokratie**. Lateinamerika-Institut, Rüdesheimer Str./ 1000 Berlin 33, Berlin, 1988

Gabi Gottwald, Barbara Lucas, Anna Mohr u.a.: **Die Contra - Connection**. Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer. Konkret Literatur Verlag ISBN 3-922144-72-1, Hamburg, 1988

Martha Honey, Tony Avigan, Georg Hodel: **Das Attentat von La Penca**. Geheimer Krieg gegen Nicaragua. Rotpunkt Verlag, ISBN 3-85869-042-6, Zürich, 1988

Paul Sandner, Michael Sommer (BDKJ - Stuttgart): **IWF - Weltbank, Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die Dritte Welt**. Schmetterling Verlag, ISBN 3-926369-57-4, Stuttgart, 1988

Dirk Bruns (Hrsg.): **Argentinien** - Ein Express-Reisehandbuch. Mundo Verlag, ISBN 3-926966-20-3, Rieden am Fergensee, 1988

DSE, Studienkreis für Tourismus e.V., Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung: **Entwicklungspolitik - Unterwegslexikon**. Stuttgart, 1988

Heidi Keller, Miranda Greaves: **Karibisch Kochen** - Gerichte und ihre Geschichte. Edition dia, ISBN 3-905482-36-3, St. Gallen/Köln, 1988

Otto Benecke - Stiftung: **Medizin in Entwicklungsländern**. Berufsorientierte Hochschulausbildung für Studenten der Humanmedizin aus Ländern der Dritten Welt. Nomos Verlagsgesellschaft, ISBN 3-7890-1505-9, Baden-Baden, 1987

BDI und ICC. Deutsche Gruppe der internationalen Handelskammer: **Multinationale Unternehmen und Wirtschaftswachstum in der Dritten Welt**. Dt. Gruppe der internat. Handelskammer, Kolumbastr. 5, 5000 Köln 1, Köln, 1988

Eduardo Galeano: **Erinnerungen an das Feuer**. Das Jahrhundert des Sturms. Peter Hammer Verlag, ISBN 3-87294-361-8, Wuppertal, 1988

Heinrich Schäfer: **Befreiung vom Fundamentalismus** - Entstehung einer neuen kirchlichen Praxis im Protestantismus Guatemalas. Ed. Liberación, ISBN 3-923792-30-1, Münster, 1988

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik 14/15/88

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Die Gewinne der Multis in Argentinien / Die große Depression 1988 / Entwicklungshilfe für den Bundeshaushalt / Giftmüllexport: das Kontrollsystem krankt
Dokumentation: Die neuen "Entwickler" sind bedrohlicher als die alten Fortschrittsexperten

EPK 3/88

EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Mit brennendem Durst - Südkorea: Die wirtschaftlichen Erfolge des Schwellenlandes kritisch betrachtet / Die miserable Situation der Textilarbeiterinnen und ihre Gewerkschaftsarbeit / Das militärische Dreieck USA, Japan, Korea / Der neue Präsident Roh und die Demokratie
Speziell für deutsche Leser wichtige Themen bilden den zweiten Schwerpunkt: Korea als geteiltes Land und die ganz andere Wiedervereinigungsdiskussion / Das Verhalten der Bundesregierung zu politischen Gefangenen in Südkorea / koreanische Studenten in der BRD

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 129/130

Lingener Str.9, 4400 Münster

Schwerpunkt: Gegen die Macht des Geldes - Nachbereitung des BUKO
Redebeiträge von Ernest Mandel und Herbert Schui zur Verschuldung, von einer südkoreanischen Gewerkschafterin zur Situation in Südkorea, von P.Castillo zu Kolumbien, und von Hugo Blanco über Peru / Berichte, Reden und Protokolle
Außerdem: IWF/Weltbank-Kampagne aktuell / Korea Kampagne - auf in den Endspurt

PERIPHERIE 33/34

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Umkämpfte Souveränität. Zur Politik von IWF und Weltbank

T.Schiel: Staatsschuld und Souveränität. Die historische Perspektive / G.Hauck: Eine unhistorische Perspektive. Bemerkungen zu T.Schiels 'Staatsschuld und Souveränität' / R.Tetzlaff: Nationale Souveränität in Gefahr? Kritische Betrachtungen über den Verlust eines kostbaren Gutes der Dritten Welt angesichts der Verschuldungskrise / R.Köbler: Internationalismus, internationale Konkurrenz und Solidarität. Versuch einer Besinnung / T.Chahoud: Zwischenbilanz der Anpassungspolitik - Die Weltbank auf dem Weg zu einer neuen Politik der Armutsbekämpfung? / T.Fues: B.Umüßig: Entwicklungspolitische Strukturreformen in der Dritten Welt: Die Weltbank als neue Hoffnungsträgerin? / A.Malagardis: Entschuldung und Krisenmanagement: Keine globale Schuldenamnestie ohne institutionelle Reform / L.Marmora: Was haben Demokratisierung und Außenverschuldung miteinander zu tun? Das Beispiel Argentinien / B.Töpper: Verschuldung, externe Intervention, nationale Souveränität und Demokratie: Das Beispiel Argentinien? / W.Biermann: Ökonomische Optionen durch Strukturanpassung in afrikanischen Transformationsgesellschaften am Beispiel Tansanias / D.Messner: Südkorea: Kontrastfall der Verschuldungskrise - Streitfall in der entwicklungstheoretischen Debatte / I.Lenz: Die Dekaden der Frauen am Fließband: Frauenarbeit und exportorientierte Industrialisierung in Ostasien

ila - info 117, Juli/August 88

Heerstr.205, 5300 Bonn

Schwerpunkt: "Vorhof Karibik". Mit Überblicksartikeln zur Gesamtregion und die Schwierigkeiten, zu einer afrokaribischen kulturellen Identität zu gelangen / Der Stellenwert der Reagan'schen "Caribbean Basin Initiative" für die regionale ökonomische Entwicklung / Länderspezifische Beiträge zu Puerto Rico, Curacao, Guyana, Jamaica / Ansonsten: Neun Jahre Sandinistische Revolution - eine Rückschau / Manifest der MAPI (alternative Volksbewegung) in Panama

Dritte Welt (früher AIB) 8-9/1988

Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Schwerpunkt: Schuldenkrise Der Weltwirtschaftsgipfel von Toronto / Die Bonner Entwicklungspolitik im Schatten der Schuldenkrise / Beispiele Zaire und Philippinen / Endzeit für Regionalkonflikte? 2. Teil eines Beitrags und Diskussionsforum Nicaragua: Interview mit Daniel Ortega / El Salvador: Zurück zur oligarchischen Militärdiktatur? / Guatemala: Tauziehen um den Dialog / Mexico: Machterhalt durch Wahlbetrug / Chile: Das Referendum Pinochets

Informationsdienst Südliches Afrika 4/88

issa, Blücherstr.14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Verschuldung

Die anhaltende Wirtschaftskrise hat viele Staaten im Südlichen Afrika gezwungen, mit dem IWF einen Bund einzugehen. Die Auflagen, die der IWF an seine Geldvergabe knüpft, sind jedoch so massiv, daß dadurch viele Staaten an politischer Eigenständigkeit verlieren. Die Krise läßt den Ländern vielfach allerdings keine andere Option als diesem Druck Folge zu leisten.

Blätter des IZ3W 151, August 88

Postfach 5382, 7800 Freiburg

Philippinen: Entwicklungshilfe zur Guerillabekämpfung / Kolumbien: Die Voraussetzungen für einen Generalstreik sind vorhanden / Medien zum Schuldenskandal IWF/Weltbank- Kampagne: Stellungnahme und Kritik / Militarisierung Indiens / Neues und Altes von Schering und Bayer / Giftmüllexport in die Türkei

TRIALOG 17 Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr.2, 1 Berlin 61

Umwelt Dritte Welt

V.Hauff: Unsere gemeinsame Zukunft / E.Ribbeck: Umweltprobleme in Mexiko-Stadt / R.Dilger: Managua: Über Umweltprobleme wird nicht nur geredet / H.Ghaemi/K.Bahram-soltani: Teheran - Metropole am Rande des Zusammenbruchs / N.Pleumarom: Umweltprobleme in Bangkok / B.Müller-Wünsche/C.H.Bahlberg/M.K.Louafi: Algerien - Entwicklung, Umwelt und Raum / D.Zumpe: Maßnahmen zur Eindämmung des fortschreitenden Wüstungsprozesses in Jordanien / M.do Carmo Sobral: Wasserressourcen in Brasilien am Beispiel der Region Recife / B.J.Rietsch: Landesentwicklungsstrategien in Kamerun / K.Dörnenburg: Familiengärten in Chile / V.Nickol: Colegio Verde, Kolumbien / R.Kroll: Bosque de Pedregal - Ansätze einer ökologischen Siedlungsplanung in Mexiko-Stadt / E.Figari Gold: Umweltaspekte im Pilot-Programm "Huaycan" in Lima/Peru

Termine

Alter und neuer Kolonialismus

Die THEATERMANUFAKTUR am Halleschen Ufer, Berlin, spielt Szenen aus B.Brecht 'PAUKEN UND TROMPETEN'

Podiumsdiskussion zur Politik von Weltbank und IWF am 15.9., 19 h

mit: Dr. Raul Rojas, Mexico, Dr. Leopoldo Mármora, Argentinien, Dieter Eich, DGB - Bundesvorstand, Rainer Heinrich, DGB - Berlin, VertreterIn der Theatermanufaktur

Kartenvorverkauf: ARBEITEN UND LEBEN, Keithstr. 1-3, Berlin 30
Tel. 2119007, Büchergilde Gutenberg, Kleiststr. 19-21, Berlin
30 Tel. 241750, Theatermanufaktur Am Halleschen Ufer, Abendkasse

Internationaler Währungsfond und Weltbank - Hilfe oder Hindernis für die Entwicklung der "Dritten Welt"?

Tagung der Evangelischen Akademie Mühlheim/Ruhr vom 9.-11.Sept.88

mit: Dr. Wof-Dieter Just, Ev. Akademie, Jan Joost Teunissen, Forum on debt and development (Fondad), Hellmut Hartmann, IWF Washington, Prof. Konrad Raiser, Univ. Bochum, Dr. Otto Kreye, Starnberger Institut zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e.V. u.a.

Haus der Begegnung, Uhlenhorstweg 29, 4330 Mühlheim/Ruhr

"Aus aller Herren Länder: Frauen auf der Flucht"

7. bundesweites Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen vom 14. bis 16. Oktober im ZAKK Düsseldorf, Fichtenstr. 40

Anmeldung an: ID Asyl in der BRD, c/o Mo Kuball, Worringer Str. 70, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0221 - 350 261

Das Menschenrecht sich zu ernähren

Ethisch - theologische Aspekte

Seminar des Franziskanischen Bildungswerks in Zusammenarbeit mit der Missionszentrale der Franziskaner in Bonn

Referenten: Horst Goldstein, Rolf Künnemann

Termin und Ort: 23.9. bis 25.9.88 in Bottrop

14.10. bis 16.10.88 in Karlsruhe

FIAN Int. Menschenrechtsorg. für das Recht sich zu ernähren

"Nur" eine Welt.

Wie Massenelend und Ausbeutung in der "Dritten Welt" und Konzernmacht und Krisen in der "Ersten Welt" zusammenhängen - und was wir tun können.

Seminar des Arbeitskreises Entwicklungspolitik (AKE)

Anmeldung bitte an: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho
(Als Bildungsurlaubsveranstaltung nach dem AWbG von NRW anerkannt
5 Tage zusätzlicher Urlaub. Auskünfte beim AKE)

Mit: Klaus Göbel, DED, Vehement, Helmut Hagemann, AKE, AG Regenwald und Artenschutz, Georg Haneke, AK III. Welt St. Peter, Volksmund, Mahmoud Omidian-Schnepper, AKE Siegfried Pater (angefragt) ILA, Heinrich-Böll-Stiftung, Christa Schüßler, AKE, Dritte Welt Haus Bielefeld.

Paraguay - Seminar

Seminar der Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V. vom 4.11. bis 6.11. in Marl/Westfalen

Die veränderte Situation in Paraguay nach der Wiederwahl Stroessners. Der Papstbesuch in Paraguay im Mai 1988. Die Auswirkungen des Papstbesuches auf die Bevölkerung.

Paraguay Arbeitsgemeinschaft Wiedemannstr. 4, Mönchengladbach 3

Städte- u. Entwicklungszusammenarbeit am Bsp. Nicaragua

Konferenz am 5. und 6.11.88 in Bonn

Mit: Prof. Franz Nuscheler, Gunther Hilliges, Hans Koschnick, Sergio Ramirez (angefragt).

Weitere Infos und Anmeldung: Jusos in der SPD, Bundesvorstand, Roland Röscheisen, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn

Die Rolle von IWF und Weltbank in der Verschuldungskrise - Geschichte und Lösungskonzepte

Tagung am 19. und 20.11.88. in Aachen

voraussichtlich im Karmann-Gebäude der RWTH-Aachen

Mit: A. Schubert, Berlin, Otto Kreye, Starnberg, Raul Rojas, Berlin, Ernest Mandel, Brüssel, Elmar Altvater, Berlin, K. Raffer, Wien, u.a.

La Candelaria spielt: El Paso

Gastspielreihe der Theatergruppe "La Candelaria" aus Bogotá im September durch Europa. Sie wird in fast 20 Städten der BRD, Niederlande, Belgiens und Frankreichs spielen.

Premiere: Samstag, den 24.Sept.88 um 20 Uhr. Danach: Lateinamerikanisches Fest, Live Musik mit der Gruppe "Los Caminantes", Essen und Getränke. Im: BKA

"El Paso" vom 25.9.-28.9.88 um 21 Uhr

BKA (Berliner Kabarett Anstalt) Mehringsdamm 34, 1000 Berlin 61

entwicklungs-
perspektiven

GhK

FB 6



Anne Piepenstock: Mensch-Natur-Verhältnis
in einem Hochgebirgskösystem
Gesellschaft und Landwirtschaft in den
Zentralanden in präspanischer Zeit

ladok

31

Ökologie der Anden
Siedlungsgeschichte

Ebenen sozialer und ökonomi-
scher Organisation im Inka-
reich

Entwicklung der Landwirtschaft
in den Zentralanden

Landnutzungsformen in ver-
schiedenen Regionen der Zen-
tralanden

114 S. DM 7,50

Bezug: LN-Vertrieb
Gneisenastr. 2
D-1000 Berlin 61



GUINEA - BISSAU

Auf der Suche
nach einem neuen Weg



Geschichte - Politik - Wirtschaft
Familie - Erziehung - Projekte

Die Geschichte von Guinea-
Bissau in den letzten 20 Jah-
ren

Guinea-Bissau auf der Suche
nach einem sozialen Modell

Die Wirtschaftspolitik der
guineischen Regierung seit
der Unabhängigkeit und die
aktuelle wirtschaftliche Si-
tuation

Die guineische Familie - Sta-
bilität und Veränderung

Das guineische Schulsystem.
Koloniale Bildung und natio-
nale Befreiung

Ländliche Entwicklung in Boé

86 S. DM 6,--

Bezug: LN-Vertrieb
Gneisenastr. 2
D-1000 Berlin 61

LAB
LATIN AMERICA BUREAU
LONDON

THE DANCE OF THE MILLIONS

Latin America and the Debt Crisis



The Dance of the Millions includes case studies of Brazil, Peru and Costa Rica. It asks how Brazil came to run up the Third World's largest debt and why it failed in its attempt to go it alone without the IMF; it analyses the successes and constraints of Alan Garcia's policy of not paying all Peru's debt; and it documents the enormous political and economic constraints on a tiny debtor country like Costa Rica. It concludes by analysing all the present options to relieve the debt and allow Latin America a modicum of development in the 1990s.

1988 256 pp. DM 21,80

Im Buchhandel oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61

LAB
LATIN AMERICA BUREAU
LONDON

Economic Policy and Change in the Caribbean



Clive Y. Thomas

The Poor and the Powerless - Economic Policy and Change in the Caribbean. Moving from historical overview to contemporary analysis, the book examines recent or current development strategies in five english-speaking Caribbean countries and evaluates their economic and social impact upon the poor majority. Drawing lessons from the cases of Jamaica, Grenada, Guyana, Barbados and Trinidad, Clive Thomas argues that "another" form of development - by the poor and for the poor - is not only possible but necessary.

1988 396 pp. DM 32.-

Im Buchhandel oder bei:
LN-Vertrieb Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61